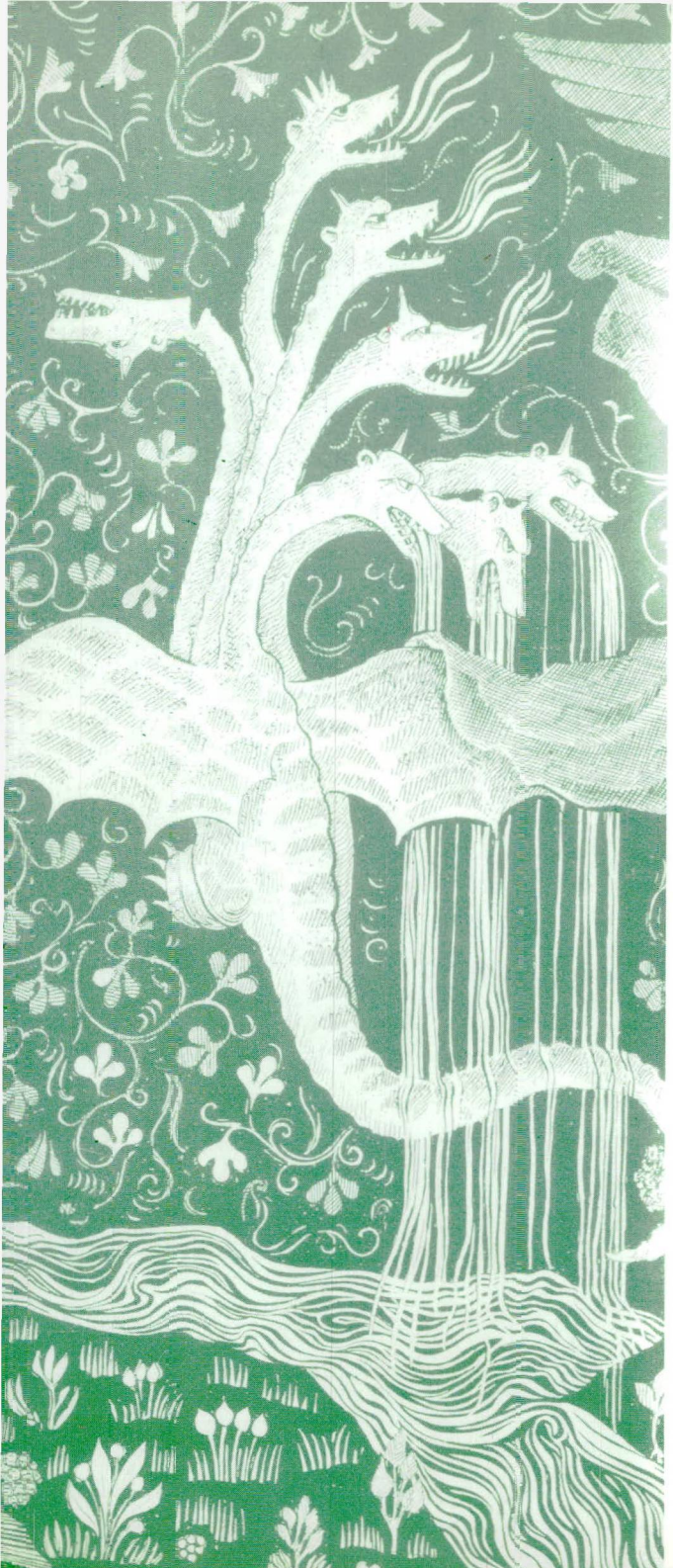
N 20587 F



Fragen der Freiheit

Die Verantwortung des Menschen

– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –

Januar/Februar 1978
Doppelheft 130

Die moderne Naturwissenschaft vermittelt also Erkenntnisse, deren Richtigkeit im ganzen nicht bezweifelt werden kann; und die aus ihr entspringende Technik gestattet, diese Erkenntnisse zur Verwirklichung auch weitgestreckter Ziele einzusetzen. Aber ob der so erreichte Fortschritt wertvoll sei, wird damit überhaupt nicht entschieden. Das entscheidet sich erst mit den Wertvorstellungen, von denen sich die Menschen beim Setzen der Ziele leiten lassen. Diese Wertvorstellungen aber können nicht aus der Wissenschaft selbst kommen; jedenfalls kommen sie einstweilen nicht daher. Der entscheidende Einwand Goethes gegen die seit Newton angewandte Methodik der Naturwissenschaft richtet sich also wohl gegen das Auseinanderfallen der Begriffe »Richtigkeit« und »Wahrheit« in dieser Methodik. Wahrheit war für Goethe vom Wertbegriff nicht zu trennen. Das »unum, bonum, verum«, das »Eine, Gute, Wahre« was für ihn wie für die alten Philosophen der einzig mögliche Kompaß, nach dem die Menschheit sich beim Suchen ihres Weges durch die Jahrhunderte richten konnte. Eine Wissenschaft aber, die nur noch richtig ist, in der sich die Begriffe »Richtigkeit« und »Wahrheit« getrennt haben, in der also die göttliche Ordnung nicht mehr von selbst die Richtung bestimmt, ist zu sehr gefährdet, sie ist, um wieder an Goethes »Faust« zu denken, dem Zugriff des Teufels ausgesetzt.

Werner Heisenberg*

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Doppelheft
Folge 130

Januar/Februar 1978

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Heinz Hartmut Vogel
Die Verantwortung des Menschen
– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch – 3

Ernst Weichel
Gefährdung des Landbaus und der Landwirtschaft durch die Industrialisierung
– Grundfragen des Energiehaushaltes, der Ökologie und des Wirtschaftswachstums – 14

Gert von Kortzfleisch
Die Grenzen des Wachstums
– Resonanzen der Studie und weitere Aktivitäten des Club of Rome 30

Herbert Hensel
Die Verantwortung der Wissenschaft 43

Ulrich Müller
Ende des Wachstums – Ende der Freiheit? 58

Ernst Winkler
Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsplanung? 80

Berichte

Fritz Penserot
Bericht über die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in der Ev. Akademie Bad-Boll vom 6. – 8. Januar 1978 »Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus 96

Ankündigungen
2. Jahresveranstaltung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 31. 3. bis 2. 4. 1978 im Hotel Höhenblick, 7321 Mühlhausen: »Zentralismus oder Föderalismus im europäischen Bildungswesen« . 108

56./57. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 14. bis 24. Juli 1978 in Herrsching/Ammersee 111

Tagung des Studienkreises für freiheitliche Ordnung am 15./16. April 1978 in Männedorf/Schweiz: »Wesen und Grenzen der Demokratie« 112

Die Verantwortung des Menschen*

– Energiekrise, Wirtschaftswachstum
und die Gefährdung von Erde und Mensch –

Heinz Hartmut Vogel

Die vor uns liegende Tagung mit dem Thema: »Die Verantwortung des Menschen« setzt das Anliegen des Seminars für freiheitliche Ordnung fort. Wenn wir die Frage nach der Verantwortung des Menschen und nach der Verantwortung der Wissenschaft stellen, dann tun wir dies im Hinblick auf das Grundanliegen des Menschen innerhalb seines Lebens, innerhalb der Gesellschaft. Ich möchte Ihnen einige Veröffentlichungen nennen, die sich mit der Gegenwartsfrage beschäftigen. Wir erleben eine Zeit, in der das Grundbedürfnis des Menschen nach Selbstbestimmung, nach Selbstverwirklichung in Frage gestellt wird. Die Unsicherheit, die Ungewißheit, dieses eigentümliche Gefühl des nicht recht Wissens: Wie geht es weiter? – diese Frage hat natürlich ihre Berechtigung, und sie hat eine Ursache. Diese Ursache aufzudecken, ist das Anliegen vieler nachdenklicher Menschen. Wenn vor fünf Jahren das Buch von *Meadows* »Die Grenzen des Wachstums«, ein Bericht des »*Club of Rome*« zur Lage der Menschheit, erschienen ist, (übersetzt ins Deutsche in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart 1972), wenn Sie eine solche Schrift nehmen, dann ist es ja nicht nur die Frage nach dem Wirtschaftswachstum, die gestellt wird, sondern wesentlich die Frage *nach der Lage der Menschheit.* In welcher Lage befinden wir uns? Kann das Leben so weitergehen? Diese Frage wird gestellt, weil wir mehr oder weniger bewußt spüren, daß die Entwicklung unserer Lebensformen zunehmend unsere menschliche Existenz infrage stellt. Ist uns die eigene Entwicklung entglitten? Hat sie sich verselbständigt und bedroht so oder so unsere innere und äußere Existenz? Wenn wir auf dieser Tagung den Vortrag von Professor Hensel hören über *die Verantwortung der Wissenschaft,* dann handelt es sich um die hochaktuelle Frage: Wem dient die Wissenschaft? Oder um es einfacher zu sagen – wem dient unsere Erkenntnis, unser Nachdenken, unser Erkenntnisbemühen – wem dient die Wissenschaft als der Gipfel aller Erkenntnisbemühungen?

Wenn wir über unser Leben, über den Sinn des Lebens, über unsere Lebenssituation nachdenken, ist das im Grunde eine *wissenschaftliche* Bemühung. Doch hat man den Eindruck, daß die Anstrengungen, die die

* Wortlaut des Eröffnungsvortrages anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 30. Oktober bis 1. November 1977 in der Evang. Akademie Bad Boll

Wissenschaft auf allen Gebieten macht, den Menschen aus dem Blickfeld verloren hat. Sie rennt gleichsam hinter der Entwicklung her und versucht, diese einzuholen, den Anschluß an die sich verselbständigende Entwicklung zu finden; bzw. sie versucht, soweit sie es mit dem Menschen zu tun hat, ihn dieser Entwicklung anzupassen (Skinner). Das versucht zum Beispiel die *Pädagogik* als Wissenschaft, die versucht, die Jugend (und das sage ich als Arzt) in der Schule so zu präparieren, daß sie den *Anschluß an das dahineilende Geschehen findet.* Auch in der offiziellen wissenschaftlichen *Medizin* wird nicht die Frage gestellt, wie werden wir dem Menschen gerecht, sondern, wie bewältigen wir die Probleme, die medizinisch auftreten, *mit Hilfe der nun auf ganz anderem Gebiet entwickelten Technik,* mit Hilfe der modernen apparativen Medizin – *unabhängig vom Menschen.* Also auch hier: Anpassung des Menschen an die naturwissenschaftlich-technische Zivilisation.

Die *Nationalökonomie,* die Sozialwissenschaften sehen ihre Aufgabe darin, mit Hilfe wissenschaftlicher Verfahren den Menschen *anzuschließen an die gegenwärtige technische, industrielle Entwicklung.* Der Blick der Wissenschaft ist auf die *objektiv gewordene, sich automatenhaft fortentwickelnde Situation* gerichtet. Er hat sich abgewandt von der Frage: Worum geht es? Was ist der Mensch? Welches sind seine Intentionen?

Hierzu möchte ich ein paar Gedanken bzw. Zitate bringen, zunächst aus einem Werk von *Friedrich Wagner,* das schon vor über zehn Jahren erschienen ist unter dem Titel: »*Die Wissenschaft und die gefährdete Welt*«.* Da erscheint unsere Frage als Thema eines umfangreichen Buches: Auch Wagner stellt die Frage: »Welche Position nimmt die Wissenschaft ein?« und stellt fest, daß es eine Wissenschaft ist, die nicht vom Menschen ausgeht und nicht fragt, was sein Lebensbedürfnis, sein Anliegen ist, dem sich dann die weitere Entwicklung – auch die äußere, auch die soziale Entwicklung – zu fügen hat. Auch Wagner konstatiert eine Wissenschaft, wie sie durch das materialistisch-naturwissenschaftliche Denken geworden ist. Sie, die Wissenschaft, macht große Momentaufnahmen und versucht an den so fixierten Entwicklungsstand der Technik, der Physik, der Chemie den Menschen anzupassen, ihn sozusagen hinterherzuschleppen.

Nun sagt Wagner in seinem Werk »Die Wissenschaft und die gefährdete Welt«:

> »Denn auch die Umwelt des Menschen, die Erde und ihre Natur, bleibt als Unterbau seines Lebens ein Maßstab und eine Bremse seines Erfindens und Forschens, die unausweichbare Wirklichkeit, die auch sein Dasein bedingt«.

* C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1964

Wir erleben hier den Versuch, den Menschen in den Mittelpunkt seiner Lebenswelt, in seinen ursprünglichen, naturgegebenen Zusammenhang gestellt zu sehen. Eine Wissenschaftsgesinnung, die den Menschen nicht aus dem Blickfeld verliert, sondern ihn bei der Betrachtung der Wissenschaft von vornherein in einen Gesamtzusammenhang stellt. Auch der Mensch ist Natur und bleibt ihr untrennbar verknüpft. Die Loslösung von der Natur macht ihn unfähig, seine Daseinsfragen zu lösen. Wie alle Lebewesen, lebt auch *der Mensch als Mitte und Maß seiner Welt.* Es fragt sich nur: *welcher Welt?* Wie weit wollen wir sie spannen? Wollen wir sie vor der Haustür oder dem Gartenzaun beendet sehen? Oder wollen wir nicht auch unseren ganzen Planeten mit einbeziehen? *Ist nicht das Schicksal des Menschen gleichzeitig das Schicksal dieser Erde?*

Der Mensch als Mitte und Maß seiner Welt, die nun durch ihre heute erlangten Bedingungen auch ihn bremst. Es ist *die Natur selbst, die ihn zur Rechenschaft zieht, wenn er ihre Grenzen verläßt.* Wir leben jetzt schon in einer Phase der Entwicklung, in der die Natur beginnt, den Menschen zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn *Herbert Gruhl,* der Verfasser des Buches »*Ein Planet wird geplündert*«* hier im Hause vor etwa einem Vierteljahr über sein Anliegen gesprochen hat, dann ist es ja im Grunde das gleiche Thema, die gleiche Frage: »*Warum wird der Planet* geplündert, obwohl wir jetzt längst die größten Bedenken haben?« Der nachdenkende Teil der Menschheit beginnt zu erkennen, daß wir dabei sind, unsere eigenen Lebensgrundlagen rasch zu zerstören. Um diese Frage geht es.

Um diese Frage ging es *Meadows,* und darum das Menetekel: »*Grenzen des Wachstums*«**. Darum der Titel eines weiteren Buches aus Amerika: »*Der teuflische Kreis – kann die Menschheit überleben?*« oder das Buch von Professor *von Kortzfleisch* und einem Mitarbeiter an seinem Institut, *Gerhard Lehmann:* »*Wirtschaftswachstum im Gleichgewicht*«. Aus dem Vorwort des zuletzt erwähnten Buches möchte ich einige Zeilen von Professor von Kortzfleisch vorlesen, wodurch Sie leichter Anschluß an die vorhandene einschlägige Literatur und an die vorhandenen Gedanken finden, an die wir bei dieser Tagung anknüpfen wollen. Wir möchten diese Gedanken fortsetzen, das heißt, wir wollen sie nicht um weitere Analysen vermehren, sondern möchten von dieser Basis ausgehend prüfen, ob sich ein Ausblick finden läßt – das ist unser Anliegen. Es heißt dort:

> »Der erste Bericht des »Club of Rome« »*Die Grenzen des Wachstums*« hat eine weltweite Resonanz ausgelöst. Unter den vielen Stellungnahmen

*) Herbert Gruhl, »Ein Planet wird geplündert«, S. Fischer-Verlag, Frankfurt/Main 1975

**) Denis Meadows, »Grenzen des Wachstums«, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, DVA Stuttgart 1972

dazu von Publizisten, von Politikern und von Wissenschaftlern überwiegt die positive Kritik. Von ihr wird besonders hervorgehoben, daß mit der sogenannten MIT-Studie (vom Massachusetts Institut of Technology) die wichtigsten Probleme angesprochen werden, von deren Lösung das Schicksal der gesamten Menschheit abhängt: die Überbevölkerung in weiten Bereichen der Erde, die dadurch bedingten Hungerkatastrophen, das Zurneigegehen wichtiger Rohstoffe und die irreparable Belastung der Umwelt. Nicht ganz so ungeteilten Beifall findet die Methode, die Systemanalyse, mit deren Hilfe die Aussagen über die Konsequenzen des seine Grenzen überschreitenden Wachstums abgeleitet und dargelegt werden. Dagegen besteht wieder nur *eine* Meinung darüber, daß Maßnahmen zur Beeinflussung der zu Katastrophen führenden Entwicklungen nur soweit möglich sind, wie die Einflußbereiche von politischen Instanzen reichen. Daraus folgt dann meistens die Forderung, derartige Studien für einzelne Wirtschaftsregionen, für ganze Volkswirtschaften und für Wirtschaftsgemeinschaften durchzuführen«.

»Der ökonomische Komplex des Modells ist – abweichend von dem üblichen Vorgehen – in die drei Teilbereiche Produktionswirtschaft (dazu gehört auch die Landwirtschaft), Dienstleistungswirtschaft und Staat, gegliedert«.

Also drei Bereiche müssen ins Auge gefaßt und in einem integralen Zusammenhang gesehen werden: die Produktion, die *Wirtschaft* im eigentlichen Sinne – alles, was wir Dienstleistungen nennen einschließlich der kulturellen Einrichtungen, also das *Kulturleben*, Schule, Hochschulwesen – und der *Staat*.

Sie wissen vielleicht, daß die negativste Kritik an »Grenzen des Wachstums« ausgeht von den Nationalökonomen, von den Bankleuten. Wir werden noch darauf zurückkommen, warum von dieser Seite die Hauptkritik zu den »Grenzen des Wachstums« und auch gegen den »*Zweiten Bericht des Club of Rome zur Weltlage*« von Pestel* ausgeht. Wiederum handelt es sich bei dem Bericht von Pestel nicht um ökonomische Fragen der Grenzen des Wirtschaftswachstums (darf die Erde weiter ausgeplündert werden? usw.), sondern um die Grundsatzfrage unserer Existenz. Der Haupttitel heißt bezeichnenderweise: »*Menschheit am Wendepunkt*«. Die Menschheit steht nicht etwa an einem widrigen Punkt ihrer Entwicklung, sondern am *entscheidenden Punkt der Selbstbesinnung des menschheitlichen Daseins* und ihrer weiteren Zielsetzung.

Vielleicht darf ich nun noch einen Titel von dem Göttinger Atomphysiker Professor A. M. *Klaus Müller* nennen: »*Die präparierte Zeit*«.** Dieses Buch ist vor fünf Jahren erschienen. Allein der Titel ist hochinteressant,

*) Professor Eduard Pestel ist Vorsitzender des Club of Rome und jetzt Wissenschaftsminister in Niedersachsen.

**) A. M. Klaus Müller, »Die präparierte Zeit«, Radius-Verlag, Stuttgart 1973

und der Untertitel macht uns deutlich, was damit gemeint ist und was wir in unserem gegenwärtigen Zustand vorfinden: »*Der Mensch in der Krise seiner eigenen Zielsetzung*«.

Daß sich die warnenden Stimmen mehren, geht auch aus einer Fernsehsendung* von vor genau einem Jahr hervor: »*Führt Wirtschaftswachstum in die Katastrophe?*« In dieser Fernsehsendung wirkte auch der eben zitierte Atomphysiker A. M. Klaus Müller mit, ebenso Robert Jungk, bekannt durch seine Bücher »Heller als tausend Sonnen«, »Die Zukunft hat schon begonnen«, »*Der Jahrtausendmensch*«, »*Grenzen der Resignation*«, »*Arbeitsgebiet Zukunft*« unter anderem. – Dann liegt eine weitere Arbeit von zwei amerikanischen Atomphysikern vor: »*Ende der Zukunft*«, ein Buch über den gewaltigen Einbruch der Energiefreisetzung, die wir wohl nicht mehr in der Hand haben. Ein Spiel mit der Explosion des Planeten!

Nun also noch zwei kurze Zitate, mit denen ich dann die Vorbetrachtungen abschließen will: Professor *Robert Jungk* führt in der vorhin erwähnten Fernsehdiskussion gegenüber dem ebenfalls beteiligten Nationalökonomen, *Professor Helmut Hesse*, Mitarbeiter des »Club of Rome« aus:

> »Sie denken in Ihrem alten Trott weiter und können gar nicht anders, Sie sind ganz einseitig, obwohl Sie an einer weltweiten Studie teilgenommen haben, ich will ein bißchen Leben in die Diskussion bringen, daß wir uns nicht immer so einig hier sind, und glauben, jetzt muß das immer in demselben Trott weitergehen. Wir haben doch inzwischen gesehen, daß das einmal führt zur Zerstörung großer Teile der Welt, auch in den Entwicklungsländern. Wollen Sie denen verkaufen, daß die ihr Land genauso zerstören, wie wir unser Europa zerstören; das machen Sie nämlich, das geschieht schon heute. Ich war in Malaysia, vor anderthalb Jahren, da war Herr *Teller* gekommen und hat den Leuten eingeredet, sie müßten großindustrialisiert Atomenergie einführen, obwohl sie nur ein Zehntel ihrer Wasserkraft genutzt haben. Es gibt heute eine Industrie-Lobby in der ganzen Welt, die die Zerstörung nicht nur dessen, was hier zerstört ist, sondern die ganze Welt mitzerstören will, die die Natur überall zerstören will, die am Amazonas ganze Wälder rasieren will und diese Ideologie des ständigen Weiterwachsens bei gleichzeitiger Rationalisierung und, das muß man doch einmal sagen, ohne klassenkämpferische Töne anzuschlagen, daß gleichzeitig in die Taschen von Besitzern und Aktionären derartig große Gelder fließen, die nicht verteilt werden an die Arbeitnehmer, die nicht mit betrachtet werden bei der Gesamtrechnung, dagegen muß man doch anfangen, sich zu wehren, und da muß man Lösungen finden«.

Nun darf ich den Übergang herstellen zu unserer heute beginnenden Seminar-Arbeit und die Richtung andeuten, in die wir weiterdenken müssen.

* Hessisches Fernsehprogramm, »Das aktuelle Thema – Umdenken – Umschwenken«, Moderator: *Kurt Mornweg, 20. November 1976*

Ich zitiere von Pestel aus dem ersten Kapitel des »*Zweiten Berichts an den »Club of Rome – Menschheit am Wendepunkt*«. Hier ist zu erkennen, wie Pestel um einen neuen Begriff des Wachstums ringt:

> »Um die vielfältigen Aspekte des Begriffs Wachstum richtig würdigen zu können, sollten wir uns an dem Wachstum in der Natur orientieren«.

– Der Wachstumsbegriff ist ein Naturbegriff, ein biologischer Begriff. – Man muß hier grundsätzlich zwischen zwei Arten von Wachstum unterscheiden, zwischen undifferenziertem und organischem Wachstum. Unter undifferenziert verstehen wir ein vom Ganzen her gesehen unkoordiniertes, um sich greifendes Wuchern, eine aus immanenten Wachstumstendenzen einsetzende Vermehrung zum Beispiel von Zellen. Ein Organ wuchert. Typisches Beispiel ist das Krebswachstum. So beginnt ein bestimmter Industriezweig zu wuchern, ohne Rücksicht auf den Gesamtorganismus. Ich erinnere hier an das Zitat von Professor von Kortzfleisch. Er sagte, drei große Aspekte sind zu sehen in der Gesellschaft: Erstens die eigentliche Wirtschaft, die Produktion und der Konsum. – Zweitens der sogenannte Dienstleistungsbereich, alles, was wir zum Leben hinzufügen, was das Leben fördert, begünstigt, erleichtert. Zu den Dienstleistungen zählen wir auch das Schulwesen und die Hochschulen. – Drittens der Bereich, den wir Staat nennen. *Diese drei Bereiche müssen in einem inneren organischen Gesamtzusammenhang gesehen werden.* Es kann also nicht der eine Bereich, etwa die Wirtschaft, allein wachsen wollen. Es kommt dann zu krebsartigen Erscheinungen. Dieser Begriff wird auch von Professor Pestel benutzt:

> »Undifferenziertes Wachstum manifestiert sich in fortgesetzter Zellenvermehrung. Eine Zelle teilt sich in zwei, zwei in vier usw., bis in sehr kurzer Zeit Millionen, ja Milliarden von Zellen entstanden sind. Beträgt zum Beispiel die Verdoppelungszeit nur eine Stunde, dann können innerhalb 24 Stunden aus einer Zelle fast 17 Millionen Nachkommen entstehen, innerhalb von zwei Tagen mehr als 280 Billionen Zellen. Bei diesem Wachstum – oder besser bei dieser Vermehrung – sind alle Zellen einander gleich. Es handelt sich also um eine rein exponentielle Zunahme der Zellenzahl. Beim organischen Wachstum dagegen spielt der *Differenzierungsprozeß* eine ausschlaggebende Rolle. Es bilden sich artverschiedene Zellgruppen, die organspezifische Eigenschaften entsprechend dem Entwicklungsprozeß des Organismus besitzen. Das bedeutet, daß sich Leberzellen von Gehirnzellen und diese sich wiederum von Knochenzellen unterscheiden«.

Nun zeigt Pestel, wie das eine im Zusammenhang mit dem anderen steht.

> »Bei den gegenwärtigen Wachstumsdebatten ist zumeist nur vom undifferenzierten exponentiellen Wachstum die Rede. Aber es ist gerade das Differenzierte organischer Art, das für die künftige Entwicklung der Menschheit zentrale Bedeutung besitzt, wie unsere Untersuchungen

zeigen; wir möchten jedoch betonen, daß der Vergleich des «organischen« Wachstums des Weltsystems mit dem eines Organismus nur als Analogie verstanden werden sollte. Sie bezieht sich im wesentlichen auf die Differenzierung der verschiedenen Teile des Systems sowie auf deren gegenseitige funktionelle Abhängigkeit. In einem System, das lediglich eine Ansammlung von einander fast unabhängiger Teile ist, kann jeder Teil wachsen, wie er will ob zum Guten oder Bösen. In einem System jedoch, das aus Teilen besteht, die organisch miteinander verkettet sind, hängt das Wachstum des einen von dem Wachstum oder Nichtwachstum der anderen ab. Hier wird also die Tendenz zum undifferenzierten Wachstum irgendeines Teiles durch die gegenseitige organische Abhängigkeit von den anderen kontrolliert und in Schranken gehalten. Wenn unter Wachstum nur undifferenziertes Wachstum verstanden wird, dann besteht kein Zweifel darüber, daß der Wachstumsprozeß in jeder Hinsicht zum Halten gebracht werden muß. Für diese Schlußfolgerung sind keine komplizierten Analysen notwendig. Selbst dann, wenn der Rohstoffverbrauch weniger als das Bruttosozialprodukt zunehmen sollte, würden die Probleme der Beschaffung, der Verarbeitung und Abfallbeseitigung der Materialien kaum vorstellbar anwachsen. Selbst die Leiter von Unternehmen, die auf Wachstum ausgerichtet sind, bestreiten dies nicht«.

Der Physiker und Mathematiker *Ernst Winkler,* der ebenfalls auf dieser Tagung sprechen wird, hat in seinem Aufsatz »*Das Problem des Wirtschaftswachstums – Gibt es einen Ausweg aus Ideologie und Katastrophe?*«* – folgendes ausgeführt; ich zitiere daraus einige Sätze, weil wir damit mitten in die Problematik hineingeführt werden. Winkler geht bei seinen Ausführungen ähnlich vor wie Pestel. Er spricht ebenso von der Frage nach dem *organischen* Wachstum. Er betrachtet auch den *sozialen Organismus wie einen biologischen Organismus.* Es ist doch in der Tat so, daß die ökonomischen Bedürfnisse eine physiologische Grenze haben. Nahrungs-, Kleidungs-, Wohnungsbedürfnisse sind physiologisch begrenzt. Denken Sie nun aber an die Tendenz der Wirtschaft: Wir sollen immer mehr konsumieren. Hier nun das Zitat von Ernst Winkler:

»Die Vergleiche aus dem organischen Bereich legen die Vermutung nahe, daß auch das ungehemmte Wirtschaftswachstum eine Krankheit, nämlich eine Art Krebserkrankung des Wirtschaftskörpers sein müsse – offensichtlich nicht eine exogene (das heißt von außen verursachte) und akute, sondern eine endogene (das heißt von innen her bedingte) und zwar chronische und konstitutionelle Krankheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In der Tat leuchtet unmittelbar ein, daß dieses System nur bei beständigem Wachstum von jährlich 3 bis 5% funktionsfähig bleibt. Denn Wirtschaftswachstum geschieht durch Kapitalver-

* Ernst Winkler »Organisches Wachstum und Wirtschaftsordnung«, abgedruckt in Fragen der Freiheit Nr. 115, zu beziehen bei Seminar für freiheitliche Ordnung, Bosslerweg 11, 7325 Eckwälden

mehrung, wobei Geldkapital in Realkapital und zwar vorwiegend in Produktionsmittel umgesetzt wird. Die Folge ist auch eine ständige Steigerung der Produktion von Konsumgütern und von weiteren Produktionsmitteln. Das Bruttosozialprodukt ist zu einer jährlichen Vermehrung um mindestens 3% gezwungen, um wenigstens die Verzinsung des investierten Kapitals abzudecken, gleichgültig ob der Fabrikant mit Fremd- oder Eigenkapital arbeitet. Nur um diesen Preis ist das Leihkapital bereit, die »Vorliebe für Liquidität« (J. M. Keynes) zu überwinden und sich für längerfristige Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Daß ein solcher Zwang zu beständiger Wirtschaftsexpansion ohne jede Rücksicht auf die jeweils gegebenen Möglichkeiten und bestehenden Bedürfnisse nicht Kennzeichen einer wirklich »freien« Wirtschaft sein kann, wird verdeckt durch eine, zu gültiger Wissenschaft erhobene Ideologie und durch in sich widersprüchliche Phrasen wie »frei expandierende Wirtschaft«. Hier ist die Ideologie in der Tat die Verquickung von Erkenntnis mit »Interessen« im ursprünglichsten und materiellsten Sinn dieses Wortes, nämlich »Geldzinsen«. Daß es sich dabei um eine Krankheit mit theoretisch absurden, daher praktisch immer wieder katastrophalen Konsequenzen handelt, zeigt ein primitives Einmaleins: Ein jährliches Wachstum um 3%, also Verdoppelung in 23 Jahren (70 : 3 ungefähr = 23) bedeutet, daß alles investierte Kapital und daher die gesamte Produktion sich in 230 Jahren auf das Tausendfache (zehnmalige Verdoppelung ergibt 1024), also in 460 Jahren auf das Millionenfache (1024 · 1024 = 1.038.576) vermehren müßte«.

Das ist auch die übliche Argumentation der Nationalökonomen. Es ist in der Tat so, daß *dieses* System zusammenbrechen muß, wenn es nicht wächst. – So als *ob ein Mensch nur solange gesund wäre, solange er wächst.* Man stelle sich vor: der Mensch bricht in sich zusammen, wenn er nicht mehr weiterwächst. – Wirtschaftswachstum bedeutet Kapitalvermehrung, wobei Geldkapital in Realkapital, und zwar vorwiegend in Produktionsmittel umgesetzt wird. Das versteht man im besonderen unter Wirtschaftswachstum. Man sagt, wenn wir investieren, schaffen wir neue Arbeitsplätze. Man vergißt dabei, daß wir zum Beispiel in Deutschland nur eine Auslastung unserer Kapazitäten von 80% haben. Trotzdem sagt man, es muß mehr investiert werden, um die Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß einzubeziehen. Dabei sind bereits 20% der vorhandenen Arbeitsplätze nicht ausgefüllt. Hier liegt ein fundamentaler Trugschluß vor. – Diese Frage sollte von uns beantwortet werden.

Wir stehen damit vor einer Problematik von weltgeschichtlichem Ausmaß – Sie wissen, daß sich in Deutschland zahlreiche Bürgerinitiativen für Umweltschutz, für (das kann man sagen) Grenzen des Wachstums gebildet haben. – ich habe zum Beispiel hier einige weitere Schriften: *»Deutsche Lebensschutzverbände und Bürgerinitiativen e. V., Bundes-*

verband für Umwelt und Lebensschutz«. Leiter ist Professor Walter *Bruns;* oder das *Innen*ministerium in Bonn bringt regelmäßig das Blatt »*Umwelt*«, *Information des Bundesministers des Innern für Umweltplanung und für den Umweltschutz* heraus.

Man könnte sagen: Die Diagnose ist gestellt. Man weiß, die Umwelt wird systematisch zerstört. Man hat bisher jedoch nur die Symptome festgestellt. Offenbar weiß man noch nicht, was hier das Treibende ist, was uns zum Wachstum zwingt. Natürlich, es wird immer wieder gesagt: Da ist noch die dritte Welt, dort herrscht noch unvorstellbare Armut, deshalb – Wirtschafts*wachstum!* Warum wird unsere Technologie, werden unsere Methoden der industriellen Fertigung dorthin verpflanzt? Robert Jungk bringt dazu ein Beispiel von einer Afrikareise. Dort wurde eine europäische Schuhfabrik eingerichtet, die in der Lage ist, sämtliche Schuhe, die in diesem Land benötigt werden, herzustellen. Nun hat dieses Land eine gewachsene Infrastruktur; es gab Schuhmacher überall in den Dörfern, die Schuhe *ihrer* Art gemacht haben. Diese sind nun alle überflüssig, sie sind ihrer Existenz beraubt und müssen mit ihrem niederen Einkommen die Schuhe dieser Schuhfabrik kaufen. Durch die Verpflanzung unserer Fertigungsmethoden in diese Länder zerstören wir ganz rasch die gewachsenen sozialen Verhältnisse und treiben die Menschen dem Kommunismus in die Arme.

Ich bin nun bei meiner Einführung in das Tagungsthema an einem entscheidenden Punkt, bei der Frage angelangt: *Was muß die Wissenschaft leisten* – oder *welche Umkehr muß die Wissenschaft vollziehen* –, um diesen Fragen gerecht zu werden? Heute – so sagte ich eingangs – orientiert sie sich an den so gewordenen Verhältnissen. Die *Nationalökonomie* versucht, die bestehenden Zustände einigermaßen zu steuern, das Erziehungswesen, *die Pädagogik und die Hochschulen* versuchen, die Menschen gleichsam anzuschließen an die fehlgelaufene Entwicklung. Es muß jetzt eine Umkehr stattfinden in der wissenschaftlichen Orientierung. Das fällt den Wissenschaftlern schwer, weil sie gewohnt sind, *wertneutral* vorzugehen. An der Naturwissenschaft geschult, will der Wissenschaftler über seine wissenschaftlichen Entdeckungen und Forschungsergebnisse alles andere bewerten, er will sie jedoch *nicht auf ein Wertsystem* beziehen. Dieses Wertsystem wäre möglicherweise subjektiv. Wir hören im Zusammenhang mit der sogenannten Kostenexplosion in unserem Gesundheitswesen, daß eine wesentliche Ursache dafür die wissenschaftliche Entwicklung sei. Man müsse die Ergebnisse der Wissenschaft dem Menschen zugute kommen lassen. Wenn ich nun sage, die Wissenschaft bewertet das nicht, dann hängt das damit zusammen, daß man sich nicht primär frägt: Was will ich überhaupt erreichen mit meiner Therapie? Was ist der Mensch denn für ein Wesen, das ich hier heilen will? Als Arzt sollte ich eigentlich im Zentrum

die Frage nach dem Menschen haben. Danach muß die Art der Therapie und der Diagnostik beurteilt werden. Diese Frage nach dem Menschen ist jedoch nach Meinung der Wissenschaft subjektiv, sodaß sie es unterläßt, diese Frage zu stellen. Sie möchte nur »objektivierte« Tatsachen als wissenschaftlich anerkennen. Wenn das aber die Methodik der Wissenschaft ist, dann kann man natürlich verstehen, daß der Mensch ausgeklammert wird. Deshalb ist eine Wertordnung, eine bewertende Beurteilung der wissenschaftlichen Ergebnisse weitgehend unterblieben. *Wir müssen eine wissenschaftsmethodische Umorientierung vollziehen und den Menschen mit einbeziehen in unser wissenschaftliches Verfahren.* Da liegt ein entscheidender Moment in unserer ganzen Betrachtung, sodaß wir nunmehr in der Medizin, in der Pädagogik, in der Sozialwissenschaft, in der Landwirtschaft, in der Biologie die Frage des Zusammenhanges von Mensch und der ihn umgebenden Umwelt unseren Überlegungen zugrunde legen, sodaß der Mensch im Zentrum dieser ganzen Betrachtung stehen kann, wie ich es von A. M. K. Müller und Friedrich Wagner am Anfang geschildert habe. Das wird ein neuer Ansatz sein. Ich hoffe, daß wir im Laufe dieser zwei Tage hier wenigstens die ersten Schritte miteinander tun können.

Die Verantwortung der Wissenschaft – Einleitung

Zusammenfassung

Seit der Aufklärung und der Säkularisierung der Wissenschaft, der Loslösung des Denkens aus der Obhut der Religion, galt *wertneutrale Forschung* und Erkenntnis als wissenschaftlich. Das Ideal der Objektivität wissenschaftlicher Methoden zur Erzielung objektiver, für jeden nachprüfbare Ergebnisse, beherrscht auch heute noch das Erkenntnisstreben auf allen Gebieten: in der Medizin, der Pädagogik, den Sozialwissenschaften – am wenigsten noch die Wissenschaft der Wissenschaften, die Philosophie. Hier scheint dafür der Subjektivismus für Wissenschaft zu stehen.

Diese vom Menschen völlig absehende Wissenschaftsgesinnung entwickelte sich an den Naturwissenschaften und der Mathematik. Die Wissenswirklichkeit zerfiel damit in eine Subjektwelt und eine Objektwelt. Wohin hat uns das wertneutrale Denken geführt? Wir stellen diese Frage im Hinblick auf die Lebensbedingungen des Menschen, um den es doch letztenendes bei allem Streben nach Erkenntnis geht. Der Mensch sucht mit den Erkenntnismitteln der Wissenschaft letztenendes die Einheit der Welt zurückzugewinnen, seinen Standort in der Welt, in der Natur, in der Mitwelt, in der Gesellschaft und schließlich seine Identität, die Identität mit sich selbst zu bestimmen. Die Frage nach den Methoden und Zielen der Wissenschaft, bezieht sich auf unserer Tagung vor allem auf die *Werte,* mit denen

es die Pädagogik, die Medizin, die Sozialwissenschaft, die Lebenswissenschaft (Biologie) zu tun hat. Hier wird deutlich, daß das Ideal der Wertneutralität nicht aufrecht erhalten werden kann. Diese Wissenschaften haben den Menschen selbst zum Gegenstand. Eine Wissenschaft, die sich an der Objektwelt orientiert und sich von den sogenannten Sachzwängen leiten läßt, muß – wenn sie den Menschen erfassen will – scheitern. Der »Forschungsgegenstand« Mensch ist selbst der Forschende, der Denkende. Also muß sich die Wissenschaft vom Menschen sowohl dem denkenden Subjekt, wie der gedachten Objektwelt in gleicher Weise zuwenden. Erst das Ergebnis beider Erkenntnispole ist die wahre Wirklichkeit.

Wenn wir uns an dieser Tagung vorwiegend mit der unmittelbaren Umwelt des Menschen beschäftigen, so ist der Grund dafür im teilweisen Versagen des traditionellen gesellschaftlichen Regel- und Ordnungssystems zu suchen. Die Maßstäbe für die gleichgewichtige Ordnung der Gesellschaft sind nicht mehr gültig. Das Rechtssystem vermag das Gleichgewicht zwischen Leistungen – kulturellen und wirtschaftlichen – und Ansprüchen nicht mehr aus sich herzustellen. Die technischen Praktiken und Möglichkeiten haben sich so sehr in den Vordergrund gespielt, daß die wissenschaftlichen Anstrengungen ausschließlich der Bewältigung und dem Ausbau der technischen »Errungenschaften« dienen. Dazu wird die Pädagogik, das Schulwesen geradezu mißbraucht. Aber nicht nur inhaltlich ist die Ausbildung zur technisch-ökonomisch-zivilisatorischen Bewältigung des Lebens programmiert. Auch die Methoden zur Vermittlung der entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten orientieren sich an den späteren Aufgaben. Das apparative Lernen, die »Lernökonomie«, die »Operationalisierung« der Lernschritte sind der Technik und ihrer Organisation abgelesen.

Hinzu kommt ein zweites Phänomen, die unbewältigte Automatik des ökonomischen Prozesses selbst, das heißt die Art und Weise, wie sich Produktion und Konsum zueinander in Beziehung setzen. Hier liegen ungeklärte Eigenprobleme des Wirtschaftssystems vor. Der Markt, wie er heute ist – bewältigt nur unvollkommen den Interessenausgleich der Teilnehmer. Die Eigengesetzlichkeit des Kapitals verfälscht die Bedürfnisstruktur und die Schwerpunkte der Lebensinteressen. Nicht der Markt als dezentrale Planung der Produzenten und Konsumenten wirft die Probleme auf, sondern die Deformierung des Marktes durch Vermachtung, deren letzte Ursache in der Verfälschung der Geldfunktion zu suchen ist. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, vor allem der Lebensgrundlage selbst, der Natur einschließlich der Natur des Menschen ist eine Folge der Eigengesetzlichkeit der Geld- und Kapitalinteressen. Hier taucht das ökonomische Wachstumsproblem auf, das aus dem traditionellen Währungs-, Geld- und Kapitalsystem unlösbar erscheint.

Gefährdung des Landbaues und der Landschaft durch die Industrialisierung*

– Grundfragen des Energiehaushaltes,
der Ökologie und des Wirtschaftswachstums –

Ernst Weichel

I.

Wenn alles, was seit dem Ende des letzten Weltkrieges aufgebaut, erfunden, produziert, konsumiert und verändert wurde, »Fortschritt« gewesen wäre, müßten die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme heute wenigstens kleiner sein als zum Beispiel vor zehn Jahren. Sie sind und werden aber leider überall und ständig größer: Stagnation der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Kostenexplosion der Sozialversicherungen, Staatsverschuldung, Gesundheits-, Nahrungs-, Energie- und Rohstoffkrisen, Kriminalität und ständige Fehlprognosen der Fachleute darüber, wie es eigentlich weiter gehen soll.

Aller Fleiß und alle Fachkenntnisse der Berufstätigen, die erstaunlichen Leistungen der Wissenschaft und Technik, die Bemühungen um Bildung und Ausbildung, die echten und vermeintlichen Rationalisierungserfolge in der Wirtschaft und unzählige Reformen haben also entweder nicht ausgereicht, um diese zunehmenden Schwierigkeiten zu verhindern, oder diese Leistungen und Veränderungen haben diese Schwierigkeiten verursacht. Dies beweist, daß – neben den zweifellos erreichten Fortschritten – entweder in der Wissenschaft oder in der Politik oder in der Wirtschaft *große Fehler* gemacht worden sein müssen. Die Größenordnungen dieser Schwierigkeiten und die allgemeine Ratlosigkeit darüber, wie sie behoben werden könnten, machen es daher sehr unwahrscheinlich, daß die Folgen der bisherigen Fehler jemals dadurch beseitigt werden könnten, daß diese Fehler so wie bisher auch künftig laufend wiederholt werden.

Wir müssen also versuchen, die Ursachen der Fehler unseres Handelns in den Fehlern unseres bisherigen Denkens zu erkennen.

II.

Sie liegen darin, daß die bisherige Praxis unserer sog. Sozialen Marktwirtschaft und das übliche Vokabular der Volkswirtschaftslehre, zum

* Vortrag, gehalten anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung: »Die Verantwortung des Menschen – Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –« vom 30. Oktober bis 1. November 1977 in der Ev. Akademie Bad-Boll.

Beispiel Geld, Sozialprodukt, Wachstum, Vollbeschäftigung, Produktivität, Rentabilität usw. von ebenso erstaunlichen wie folgenschweren Denkfehlern beeinflußt wurde.

1. Es ist zwar bekannt, daß der Wert des *Geldes* vom Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zur Menge der am Markt angebotenen Güter und Leistungen, das heißt davon abhängt, was man dafür kaufen kann. Deshalb ist die Geldmenge, die jeder besitzt, kein »Wert« an sich, sondern lediglich ein »Anspruch« auf den Teil der am Markt angebotenen Güter oder Leistungen, der dem entsprechenden Anteil an der gesamten Geldmenge aller Geldbesitzer entspricht. Die Kaufkraft einer bestimmten Geldmenge hängt also immer von den am Markt verfügbaren Mengen an Gütern oder Leistungen ab.
2. Obwohl also die am Markt angebotene Menge an Gütern und Leistungen weder durch Umverteilung noch durch Vermehrung der vorhandenen Geldmenge vergrößert werden kann, haben wir uns um die Vermehrung der Geldmenge viel mehr bemüht als um die Vermehrung der Menge verfügbarer Güter. Die Politiker bezeichnen diese Bemühungen nicht nur mit dem an sich paradoxen Begriff »Wirtschaftswachstum«, sondern sie hüten sich auch alle davor, genauer zu definieren, ob sie darunter zum Beispiel das Wachstum der Geldmenge oder dasjenige der Investitionen oder der Produktion oder dasjenige des Verbrauches verstehen. Sie übersehen, daß die sog. soziale Marktwirtschaft bisher der ständig gewachsenen Geldmenge nur dadurch wenigstens teilweise Deckung verschaffen konnte, daß mit dem technischen Fortschritt einerseits die auf unserem Planeten vorhandenen (nicht allein unserer Generation, sondern auch späteren Generationen gehörenden) fossilen Vorräte an Rohstoffen und Energie immer schneller abgebaut und andererseits die Umwelt immer mehr verschmutzt, zum Teil sogar zerstört wurde. Sie bezeichnen also die Erlöse für die versilberten Vorräte fälschlich als »Einkommen«, obwohl dieses mindestens überwiegend aus *Kapitalverbrauch* stammt.
3. Die Verwechslung von Kapitalverbrauch mit echtem Einkommen ist ein grundlegender Denkfehler, der zu völlig *falschen Vorstellungen* über die Beiträge der verschiedenen Bereiche der Volkswirtschaft zur Entstehung aller Güter, das heißt der *Lebensmittel, Rohstoffe, Fertigwaren* und *Energie,* die jeder einzelne und die Volkswirtschaft zum Leben braucht, und zu zahlreichen weiteren Denkfehlern in der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaft geführt hat.

   3.1.1. In der Landwirtschaft wird durch Arbeit am Boden und an der Natur jedes Jahr eine Ernte an Gütern, das heißt Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie produziert. In der Naturalwirtschaft

konnten die Bauern diese selbst erzeugten Güter auch selbst verbrauchen, ohne nach den Preisen zu fragen. Sie mußten dann aber das Saatgut, den Dünger, die Lebensmittel, das Futter usw., das heißt alle Güter, die sie zur Erzeugung der nächsten Ernte brauchten, beiseite stellen. Auch danach blieben normalerweise so viele Güter übrig, daß sie die Bauern gar nicht selbst verbrauchen konnten. Dies beweist, daß die Landwirtschaft von jeher außer dem Reallohn, das heißt dem Güterbedarf ihrer Arbeitskräfte, einen riesigen Realertrag, das heißt einen Überschuß der Ernte an Gütern über den Erzeugungsaufwand an Gütern erzielt hat. Er ist naturgemäß desto größer, je weniger Güter zur Erzeugung einer bestimmten Erntemenge verbraucht werden.

Deshalb setzt sich das Einkommen eines jeden Bauern, der einen Acker oder einen Hof bewirtschaftet, immer aus zwei Posten zusammen: Aus dem sogenannten Reallohn für die geleistete Arbeit und aus dem Nettoertrag in Gütern, das heißt einem Gewinn, der nach der Entlohnung der geleisteten Arbeit übrig bleibt. Aus diesem Gewinn können Steuern, Zinsen, Altenteillasten usw. bezahlt oder er kann zur Bildung von Kapital verwendet werden. Zumindest im Prinzip kann dieser Reallohn und dieser reale Gewinn erzielt werden, ohne daß dadurch das Einkommen eines anderen Wirtschaftszweiges oder die Substanz der Produktionsgrundlagen bzw. Vorräte der Landwirtschaft verringert werden müßte. Dieses reale landwirtschaftliche Einkommen entsteht also ausschließlich aus *Arbeit und Kapitalnutzung!*

Es ist – in den ökologischen Grenzen unseres Planeten – durch vermehrte Arbeitsleistung so lange steigerungsfähig, als die Sonne scheint und es kultivierbare oder unzureichend bewirtschaftete Nutzflächen gibt.

3.1.2. Auch im *Bergbau und in der sonstigen Rohstoffgewinnung* (Baustoffe usw.) können durch Arbeit Güter gewonnen, das heißt Reallöhne erzielt werden. Das geht aber nur unter zwei Voraussetzungen:

Erstens: Die dort tätigen Arbeitskräfte müssen *vorher* einen Teil des von einem Bauern erzeugten Reallohnes oder Realertrages als Nahrung – und sei es leihweise – bekommen haben.

Zweitens: Weil diese Güter vom Menschen nicht erzeugt, sondern nur abgebaut werden können, müssen *Vorräte* an diesen Gütern vorhanden sein. Das sogenannte »Einkommen« des Bergbaues entsteht also nur zu einem Teil aus Arbeit, zu einem anderen Teil aber aus dem Einkommen der Landwirtschaft und aus »Kapitalver-

brauch«. Das Realeinkommen des Bergbaues ist also immer erheblich kleiner als die Menge der von ihm verkauften Güter.

3.2. Im produzierenden Handwerk und in der Industrie können zwar die von der Landwirtschaft oder im Bergbau erzeugten bzw. abgebauten Güter durch weitere Arbeit in zum Teil viel teurere oder auch interessantere Produkte verwandelt werden. Es können aber nur so viele Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie verarbeitet bzw. verbraucht werden, als die Landwirtschaft über ihren eigenen Güterverbrauch hinaus erzeugt hat oder als den Vorräten unseres Planeten entnommen werden können. Je weniger Güter die Landwirtschaft erzeugt, desto mehr muß den Vorräten entnommen werden. Je mehr Güter die Industrie und die Landwirtschaft verbrauchen, desto schneller werden diese Vorräte zu Ende gehen und desto wichtiger wird die weitere Gütererzeugung der Landwirtschaft. Das sogenannte Einkommen der Handwerker oder Industriearbeiter entsteht also ebenfalls *immer* zu einem Teil aus Arbeit und zu einem anderen Teil aus dem Realeinkommen der Landwirtschaft oder aus »Kapitalverbrauch«. Das *echte* Realeinkommen dieser sogenannten sekundären Wirtschaftsbereiche ist also ebenfalls immer erheblich kleiner als die Menge der von ihnen verkauften Güter.

3.3. In den sogenannten tertiären Dienstleistungsbereichen, zum Beispiel des Staates, der Verwaltung, des Handels, der Banken, der Versicherungen, der Bahn, Post, Schulen, Gaststätten, Massenmedien, Ärzte, Verkehrsbetriebe usw. werden überhaupt keine Güter *produziert.* Sie werden dort aber (sogar in steigenden Mengen) *verbraucht.*

3.3.1. Soweit dieser Verbrauch zur Vorbereitung, Durchführung, Verteilung, Verwaltung oder zur Verbesserung und Beschleunigung der Güterproduktion der primären und sekundären Wirtschaftsbereiche beiträgt, ist er selbstverständlich notwendig und gerechtfertigt. Das heißt aber nicht, daß dieser Verbrauch beliebig gesteigert werden könnte, oder daß der verdiente Arbeitslohn zu dem Produktionsergebnis der betreffenden Primär- und Sekundärbereiche hinzugezählt werden dürfte. Da er letzten Endes dieses Produktionsergebnis eingeht, muß er vielmehr für sich ausgewiesen und von diesem abgezogen werden!

3.3.2. Auch diejenigen tertiären Bereiche, die sogenannte *konsumfähige Dienste* leisten, können grundsätzlich nicht mehr Güter verbrauchen, als in den sogenannten primären und sekundären Wirtschaftsbereichen erzeugt oder den Vorräten unseres Planeten

entnommen werden können. Auch diese konsumfähigen Dienstleistungen müssen entweder aus dem echten Realeinkommen der primären oder sekundären Bereiche oder (soweit dieses nicht ausreicht) aus der Versilberung begrenzter Vorräte entlohnt werden. »Dienste sind also nicht nur zu leisten – man muß sie sich auch leisten können«!

4. Zwischen der Landwirtschaft und allen anderen Wirtschaftsbereichen bestehen also grundsätzliche Unterschiede, die nicht dadurch aus der Welt geschafft werden können, daß sie bisher meist übersehen oder verschwiegen wurden:

   4.1. Die Landwirtschaft ist, abgesehen zum Beispiel von der Energiegewinnung aus Wind- und Wasserkräften, der einzige Wirtschaftsbereich, der – durch Unterstützung und Ausnützung der Wachstumprozesse der lebendigen Natur – tatsächlich Güter echt *produzieren* kann.

   4.2. Sie ist – eben weil sie mit der Natur produziert – *überhaupt die einzige, bei richtiger Behandlung unerschöpfliche Produktionsquelle für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie, die es auf unserem Planeten gibt.*

   4.3. Deshalb sind die durch Arbeit in der Landwirtschaft produzierten Güter auch das einzige Realeinkommen der gesamten Volkswirtschaft, dessen Entstehung oder Vermehrung weder anderes vorhandenes Realeinkommen, noch das »Kapital« der Rohstoff- und Energievorräte zwangsläufig vermindert. Dieses landwirtschaftliche Realeinkommen ist also deshalb das einzige echte Einkommen der Volkswirtschaft, weil es ausschließlich aus *Arbeit und Kapitalnutzung* entsteht.

   (Alle in anderen Wirtschaftsbereichen verdienten realen »Einkommen« entstehen dagegen mindestens teilweise entweder aus diesem landwirtschaftlichen Realeinkommen oder aus dem Abbau von Vorräten, das heißt aus *Arbeit und Kapitalverbrauch.)*

   4.4. Dieses landwirtschaftliche Realeinkommen kann daher – durch zusätzliche Arbeit und in den ökologischen Grenzen unseres Planeten – noch außerordentlich vermehrt werden!

   4.5. Dem Vorteil dieser Quelle echten und steigerungsfähigen Einkommens steht aber der Nachteil gegenüber, daß die einmal versäumte landwirtschaftliche Produktion (zum Beispiel durch brach liegende oder schlecht bewirtschaftete Felder) – ebenso wie übrigens die einmal versäumte Verwertung menschlicher Arbeitskraft (zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit oder nur unproduktive oder gar sinnlose Beschäftigung) – *niemals mehr nachgeholt werden* kann!

4.6. Da das reale Einkommen der Landwirtschaft und damit dasjenige der gesamten Volkswirtschaft nur als Überschuß aller erzeugten Güter über die Menge aller verbrauchten Güter und damit *vor* dem etwaigen Tausch dieser Güter gegen eine größere oder kleinere Menge Geldscheine entsteht, kann es *bei diesem Tausch* nicht mehr vergrößert und auch nicht mehr verkleinert werden. (Nur der Arbeitslohn des einzelnen Produzenten in DM, das heißt der Verrechnungswert des landwirtschaftlichen Lohnes gegen gewerblichen Lohn kann dabei noch verändert werden.)

5. Weil die vorstehend aufgezeigten grundsätzlichen Unterschiede zwischen den von jedem der sogenannten primären, sekundären oder tertiären Wirtschaftsbereiche produzierten oder verbrauchten Gütern bzw. Leistungen und damit ihren Beiträgen zum realen Volkseinkommen übersehen oder verschwiegen wurden, kam es zu einem weiteren folgenschweren Denkfehler:
Er besteht darin, daß die Preise aller produzierten Güter und Leistungen überhaupt oder gar ohne Rücksicht auf ihr Vorzeichen »Plus« oder »Minus« zum sogenannten »Sozialprodukt« zusammengezählt und aus den zufälligen oder willkürlichen Größenordnungen der DM-Preise völlig unterschiedlicher, also gar nicht vergleichbarer Gattungen von Produkten und Leistungen unzulängliche Rückschlüsse auf die Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche oder auf die Berechtigung von Einkommenssteigerungen der in ihnen tätigen Menschen gezogen werden.
Dadurch wurden die in der arbeitsteiligen Wirtschaft tätigen Menschen geradezu aufgefordert, sich überwiegend auf das eigentliche untergeordnete Ziel der Vermehrung des eigenen Geldbesitzes zu konzentrieren: Daß sich die Unternehmer und die Gewerkschaften bisher jedes Jahr gegenseitig mehr Lohn oder Gewinn genehmigt haben, lief nämlich im wesentlichen darauf hinaus, daß weltweit an sich im Überfluß vorhandene, nur durch örtliche Verteuerung verknappte Arbeitskräfte durch immer mehr Technik, immer mehr Energie, immer mehr Rohstoffe usw. ersetzt wurden. Je höher das Lohnniveau war, desto mehr Technik erschien rentabel. Mit der Technik stieg der Verbrauch an Rohstoffen und Energie und damit das angebliche Sozialprodukt. Dies vergrößerte die vermeintlichen Ansprüche auf weitere »Einkommenssteigerungen« und verstärkte den Arbeitskräftemangel. Die dadurch noch schneller steigenden Löhne und Produktionskosten beschleunigten die Inflation und verstärkten den Zwang zum Ersatz weiterer Arbeitskräfte durch noch mehr Technik, noch mehr Rohstoffe, noch mehr Energie.
Da dadurch allein aber nur die Summe der *Ansprüche* aller Geldbesitzer an die (nur in der Landwirtschaft produzierbaren oder als

Vorräte vorhandenen) Güter vergrößert, aber weder zusätzliche Güter produziert werden konnten, wurden nach 25-jährigem Wirtschaftswunder ganz überraschend *Grenzen des angeblichen Wachstums* und unseres Planeten sichtbar, von denen wir vor 30 Jahren noch keine Ahnung hatten.

Die Vermehrung der Geldmenge hat also sowohl die *Fähigkeit* als auch den *Zwang* der Wirtschaft zur weiteren Beschleunigung des Raubbaues an den begrenzten Vorräten vergrößert. Das Streben nach Rentabilität in Geld hat aber die tatsächliche *Produktivität* der Volkswirtschaft in Gütern und Leistungen nicht gesteigert, sondern verringert, obwohl Investitionen, Produktionen und der Verbrauch gewaltig zugenommen haben.

Die überwiegend auf *Rentabilität* in Geld ausgerichtete Wirtschaft wird daher auf die Dauer weder ein optimales Angebot an Gütern und verbrauchsfähigen Leistungen, noch die Kaufkraft der wachsenden Geldmenge sichern können. Daß auch die soziale Sicherheit, von der alle Welt ständig redet, je länger desto mehr zur Utopie werden muß, zeigt die Tatsache, daß die Rentenversicherungen heute schon mit ungedeckten Wechseln auf die Zukunft finanziert werden.

6. Da die Energie- und Rohstoffvorräte unseres Planeten durch jede abgebaute Tonne kleiner und daher irgendwann einmal zu Ende gehen werden und die Landwirtschaft (fast) die einzige erneuerbare Produktionsquelle für Nahrung, Rohstoffe und Energie ist, die es gibt, war es grundsätzlich falsch, Arbeitskräfte (die weltweit im Überfluß vorhanden sind und in der Landwirtschaft ein echtes reales Einkommen erwirtschaftet haben) nur deshalb immer mehr durch Maschinen und/oder chemische Hilfsmittel, also durch *Kapital* zu ersetzen, weil sie bisher in der Industrie ein vermeintliches höheres Einkommen in Geld erzielen könnten. Da dieses vermeintliche Einkommen, mindestens zu einem wesentlichen Teil, aus *Kapitalverbrauch* stammt, hat diese Abwanderung das reale Einkommen der Volkswirtschaft aus *Arbeit und Kapitalnutzung* unabhängig davon verringert, daß die Industrie bisher höhere Löhne bezahlen konnte als die Landwirtschaft.
7. Ebenso falsch war und ist es, die Landwirtschaft zu zwingen, statt möglichst größere Gütererträge pro ha, ein möglichst großes Einkommen in DM je AK anzustreben. Da dies nur durch Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte und ständig steigenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie möglich ist, müßte nicht nur die Netto-Güter-Produktion der Landwirtschaft zwangsläufig sinken, sondern die Landwirtschaft sich den seit jeher nur vom Abbau und der Verarbeitung lebenden Wirtschaftsbereichen in so bedrohlicher Weise angleichen, daß sie immer

mehr vom Lieferanten der gewerblichen Wirtschaft (und der Verbraucher) zum Konkurrenten um knappe Rohstoffe und Energie werden muß.

8. Daraus folgt, daß jeder angeblich unrentable Arbeitsplatz in einem landwirtschaftlichen Grenzbetrieb zumindest produktiver und nützlicher wäre als ein Arbeitsloser. Da ein Arbeitsloser aber immerhin billiger ist als ein zusätzlicher, aber unproduktiver und kostspieliger Arbeitsplatz in bereits überbesetzten sekundären und tertiären Bereichen, beruht auch das jahrzehntealte Dogma der Wirtschaftspolitik, die Landwirtschaft müsse durch fortgesetzte Abwanderung von Arbeitskräften immer mehr »gesundschrumpfen«, damit die jeweils verbleibenden Arbeitskräfte ein ausreichendes Einkommen pro Kopf (in DM) erwirtschaften können, auf einem weiteren folgenschweren Denkfehler:

   8.1. Wenn man Menschen, die durch Arbeit in der Landwirtschaft Güter erzeugen, zur Abwanderung in sekundäre oder tertiäre Bereiche zwingt, wird lediglich das vermeintliche »*Einkommen aus Kapitalverbrauch*« vergrößert, das echte Einkommen des Einzelnen und der Volkswirtschaft aus *Arbeit und Kapitalnutzung* wird dagegen verringert.

   8.2. Da in die Erlöse aller Lieferanten und Abnehmer der Landwirtschaft paritätische Löhne einkalkuliert sind, ist nicht einzusehen, warum das Schrumpfungsdogma nur für die Bauern, aber nicht zum Beispiel für ihre Lieferanten und für die Verarbeiter und Verteiler von Lebensmitteln oder für die Dienstleistungsbereiche gelten soll.

   Dazu einige leider schon etwas überholte Zahlen:

   Von 1961 bis 1971 ergaben sich folgende Verschiebungen der Beschäftigtenzahlen einzelner Wirtschaftsbereiche:

Land- u. Forstwirtschaft	– 30,2%	Handel und Verkehr	+ 3,9%
private Haushalte usw.	– 20,0%	Dienstleistungsgewerbe	+ 18,5%
produzierendes Gewerbe	+ 3,6%	Gebietskörperschaften	+ 23,5%
		Kredit- und Versicherungsgewerbe	+ 31,5%

   Diese inzwischen sicherlich bereits weit überholten Zahlen beweisen, daß man die Urproduktion Landwirtschaft zum Ersatz von Menschen durch knappe Fremdenergie, Rohstoffe usw. (Technik, Düngung, Pflanzenschutz u. a.) gezwungen hat, obwohl unproduktivere, nur lukrativer gemachte, aber überwiegend *von* der Landwirtschaft und *Kapitalverbrauch* lebende tertiäre Wirt-

schaftsbereiche im gleichen Zeitraum fast ins Uferlose »wachsen« durften.

9. Wohin uns die durch diese Schrumpfungstheorie erzwungenen modernen Produktionskonzepte der Landwirtschaft inzwischen gebracht haben, zeigen zum Beispiel folgende Tatsachen:
   Die Landwirtschaft hat in den letzten 15 Jahren mehr als die Hälfte ihrer Arbeitskräfte abgegeben. Trotzdem hat sich die Disparität auf ca. 40% vergrößert. Der Nachwuchs reicht nicht mehr aus, um in der nächsten Generation alle Höfe mit ausgebildeten Betriebsleitern zu versorgen. Arbeitsüberlastung, Abwanderung der Besten und die Verschuldung nehmen zu. Der Aufwand an Stickstoff hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, derjenige für Schädlingsbekämpfungsmittel, Tierarzneimittel u. ä. hat sich vervielfacht. Der Humusgehalt der Böden und damit die natürliche Fruchtbarkeit wurde verschlechtert, die Qualität der Produkte ist einem wachsenden Mißtrauen der Verbraucher ausgesetzt.
   Wer etwas davon versteht, sieht bei jeder Fahrt über das Land, daß viele Bauern nicht mehr in der Lage sind, wichtige, seit Jahrzehnten bekannte und wissenschaftlich gesicherte Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit (zum Beispiel in der Bodenbearbeitung, Düngung, Fruchtfolge usw.) in dem Umfange durchzuführen, wie es möglich und notwendig wäre. Dies zeigt, daß die meisten Pflanzenbauer, Tierzüchter und Tierhygieniker längst vor den Denkfehlern der Betriebs- und Volkswirtschaftler kapituliert haben:
   Sie begnügen sich mit Rezepten, mit denen nur eine kleine Gruppe meist spezialisierter Betriebe noch ein ausreichendes Einkommen in DM je Arbeitskraft erzielen kann und ignorieren die Tatsache, daß die Mehrheit aller landwirtschaftlichen Betriebe ohne Kostendeckung wirtschaften muß und deshalb immer mehr Betriebe aufgegeben werden. Höhere Umsätze pro Hektar oder gar pro Arbeitskraft dieser sogenannten modernen Betriebe sind aber allein kein Beweis dafür, daß die Gesamtlandwirtschaft nach Abzug des volkswirtschaftlichen Erzeugungsaufwandes heute oder gar auf die Dauer höhere Netto-Gütererträge oder gar bessere Qualitäten produzieren könnte als vor dem sogenannten Strukturwandel.
   Spezialisierte Ackerbaubetriebe, die zwar ihre Kosten decken und vielleicht sogar Gewinne machen, aber auf eine zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit langfristig unentbehrliche Viehhaltung verzichten müssen, bieten weniger Arbeitsplätze und erzielen sicher nur einen geringeren Überschuß an Gütern als Acker-/Futterbaubetriebe herkömmlicher Art, die alle Abfälle ihrer tierischen und pflanzlichen Produktion sinnvoll

verwerten können und keinen Raubbau an der natürlichen Bodenfruchtbarkeit der Böden betreiben müssen.
Betriebe, die auf rentabilitätsorientierte Erfolgskonzepte der Massentierhaltung hereingefallen sind, um vorwiegend importiertes Getreide zu Lasten der Umwelt und der Qualität der Produkte zu veredeln, verschlechtern die natürlichen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft noch mehr und drücken – auf dem Umweg über praktisch unvermeidbare Überschüsse – die Verkaufserlöse der gesamten Landwirtschaft.

III.

1. Da aber die Landwirtschaft (fast) die einzige erneuerbare Produktionsquelle für Nahrungsmittel *und* Rohstoffe *und* Energie ist, die der Menschheit zur Verfügung steht und diese Güter bereits entweder schon weltweit knapp sind oder in vorhersehbarer Zukunft knapp werden, besteht die allerwichtigste Aufgabe der Landwirtschaft darin, auf allen nutzbaren Flächen und auf die Dauer eine möglichst große Ernte an Gütern bester Qualität mit einem möglichst geringen Verbrauch an zugekauften Produktionsmitteln, insbesondere solchen, die aus knappen Rohstoffen und knapper Energie hergestellt werden müssen, zu erzielen, ohne ihre Produktionsgrundlage vorhersehbar zu verschlechtern.
Mit anderen Worten: Der Überschuß der Menge der in der Landwirtschaft produzierten Güter über die Menge der für diese Produktion verbrauchten Güter, als des »Output« über den »Input«, den die Landwirtschaft aus ihrem Sonnenkraftwerk Natur auf die Dauer herausholen kann, muß so groß wie möglich sein!
Da dieser nur in der Landwirtschaft erzeugbare Überschuß an Gütern den weitaus größten Teil des echten Realeinkommens der Volkswirtschaft und damit die Voraussetzung für dauerhafte echte Einkommen der sekundären und tertiären Bereiche darstellt, dient die flächenintensive Produktion der ganzen Landwirtschaft nicht nur den Interessen der Bauern, sondern vor allem den Interessen der gewerblichen Wirtschaft und den Verbrauchern!
   2.1. Das bedeutet, daß wesentliche Prioritäten der bisherigen Wirtschaftspolitik schnellstens so geändert werden müssen, daß die Erzeugung und Erhaltung von Gütern künftig immer und überall lukrativer bleibt als deren Verarbeitung, Verteilung, Verbrauch oder gar die Verschwendung.
   2.2. Dies bedeutet, daß die Landwirtschaft ab sofort keinesfalls weiter schrumpfen darf, sondern sogar mehr als alle anderen Wirtschaftszweige im ökologisch zulässigen Maße »wachsen« muß.

2.3. Dies bedeutet, daß auch die Einkommens-Disparität zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, – koste es, was es wolle – endlich beseitigt werden muß, weil nur dadurch die flächenintensive Agrar-Produktion wieder rentabel gemacht werden kann.

Der Anspruch auf paritätische Entlohnung der in durchschnittlichen Betrieben geleisteten Landarbeit beruht nämlich nicht nur auf den Buchstaben des Landwirtschaftsgesetzes. Er gründet sich darauf, daß die Bauern die Disparität nicht ewig durch Engerschnallen des Leibriemens ausgleichen können, also zu immer größeren und bedrohlicheren Eingriffen in die Substanz ihrer Produktionsgrundlagen (Boden, Pflanze, Tiere, Menschen, Umwelt) gezwungen werden. Die Zeche dafür werden nicht nur die Kinder der Bauern, sondern vor allem die Kinder der Verbraucher bezahlen!

2.4. Im übrigen wurde der Landwirtschaft die paritätische Entlohnung bisher nicht deshalb verweigert, weil die Verbraucher die dafür erforderlichen Preise nicht bezahlen könnten, sondern deshalb, weil man die Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die Industrie fördern wollte. Dieses Motiv ist gegenstandslos geworden!

2.5. Außerdem wurde bisher gegen die Disparität auch deshalb nichts Ernsthaftes unternommen, weil alle Welt Angst vor noch größeren landwirtschaftlichen Überschüssen hatte und heute noch hat. Abgesehen davon, daß landwirtschaftliche Überschüsse viel öfters durch zu niedrige als durch zu hohe Preise verursacht wurden, ist diese Sorge seit langem völlig unbegründet: Weil es weltweit nicht nur an Nahrungsmitteln, sondern auch an Rohstoffen und Energie fehlt und die Landwirtschaft – wie wir festgestellt haben – die einzige unerschöpfliche Produktionsquelle für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie ist, die wir besitzen, können landwirtschaftliche Überschüsse nur so lange entstehen, als die Politiker oder die Bauern

2.5.1 entweder die vorhandene Produktion nicht richtig verteilen
oder

2.5.2 von einzelnen Produkten mehr zu produzieren als weltweit gebraucht wird,
oder

2.5.3 von anderen Produkten zum Beispiel deshalb zu wenig erzeugen, weil zum Beispiel die Preise für fossile Energie oder Rohstoffe immer noch niedriger sind, als sie im Hinblick auf die vorhersehbare Verknappung eigentlich sein dürften.

2.6. Die Versorgungslage der Welt mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie beweist jedenfalls, daß die Landwirtschaft *niemals* zuviel, sondern *immer nur zu wenig* Güter erzeugen kann. Deshalb können und müssen künftig alle regionalen oder saisonalen Überschüsse zum Beispiel durch folgende Maßnahmen vermieden werden:

2.6.1 Konservierung und Einlagerung etwaiger nicht zu kostendeckenden Preisen absetzbarer landwirtschaftlicher Überschüsse zur späteren Verwertung.

2.6.2 Empfehlungen an die landwirtschaftlichen Erzeuger, den Aufwand teurer oder riskanter, insbesondere rohstoff- und energieaufwendiger Produktionsmittel (zum Beispiel künstliche Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsgifte, Import-Futtermittel u. a.) jeweils dort *ein klein wenig* einzuschränken, wo vermeintliche Überschüsse drohen.

2.6.3 Umstellung freier Nutzflächen auf den – mit möglichst geringem Einsatz knapper Produktionsmittel durchzuführenden – Anbau solcher *Boden*erzeugnisse, die lagerfähig und gegebenenfalls auch als gewerbliche Rohstoffe oder Energieträger verwertbar sind (zum Beispiel Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Holz, Stroh, Textilfasern usw.).

2.6.4 Abnahme- und Verwertungsgarantien des Staates oder der gewerblichen Wirtschaft für diesen Teil der Agrarproduktion zu kostendeckenden (das heißt auf paritätischen Löhnen und durchschnittlichen Produktionsbedingungen kalkulierten) Preisen.

2.6.5 Vorrangige Verwertung dieser nicht als Nahrungs- oder Futtermittel benötigten Bodenprodukte als Rohstoff- oder Energieträger in der Industrie. Dies könnte erforderlichenfalls auch durch Verarbeitungs- oder Beimischungsauflagen genauso erreicht werden, wie es in zahlreichen Beispielen zum Teil seit Jahrzehnten mit Erfolg praktiziert wird.

2.6.6 Die Kosten dieser Preis- und Abnahmegarantien müssen natürlich genauso auf die Allgemeinheit der Verbraucher von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energien umgelegt werden wie die bisherigen Preiserhöhungen für importierte Energie und Rohstoffe oder die immensen Kostensteigerungen im Staat und in der gewerblichen Wirtschaft oder die auf uns zukommenden Kosten der Beseitigung von Umweltschäden usw. Dafür könnten aber alle sonstigen Agrarsubventionen einschließlich der Kosten für die Beseitigung von Überschüssen entfallen.

V.

Auswirkungen

Jede Mark, die die Bauern dadurch zusätzlich erhalten, daß ihre Arbeit endlich paritätisch entlohnt und wieder eine flächenintensive und auf die Steigerung bzw. Wiederherstellung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit zielende Produktion ermöglicht wird, würde selbstverständlich für langfristig sinnvolle Investitionen verwendet, also an die gewerbliche Wirtschaft zurückfließen. Es würden also neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Industrie geschaffen. Auch dies zeigt, daß höhere Einnahmen der Bauern noch wichtiger und nützlicher sind als höhere Löhne und Gehälter in der Industrie.

Nur wenn die Landwirtschaft mehr produziert, werden die fossilen oder anorganischen Rohstoff- bzw. Energievorräte (Erdöl, Kohle, Metalle usw.) länger reichen. Damit würde zumindest die Zeitspanne vergrößert, die den Industrieländern verbleibt, um sich von ihrer bisherigen Wachstumswirtschaft auf die künftig allein mögliche Gleichgewichts- und Kreislaufwirtschaft umzustellen.

Ein höherer Selbstversorgungsgrad in Agrarprodukten würde auch den Entscheidungsspielraum und die Kaufkraft der Volkswirtschaft am Weltmarkt für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie nicht – wie immer wieder behauptet wird – verkleinern, sondern er würde sie vergrößern!

Auch der Einwand, diese Politik entspringe einem antiquierten Autarkie-Denken, ist nicht stichhaltig: Die vorrangige und volle Ausnutzung unserer einzigen erneuerbaren Produktionsgrundlage für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie ist nämlich deshalb und überall der wichtigste Sachzwang der Volkswirtschaft, weil es fast gleichgültig ist, ob man den Staat oder unseren Planeten als »autark« ansieht.

Der für unsere Volkswirtschaft zweifellos wichtige, aber leider in seiner Bedeutung vielfach überschätzte und deshalb erheblich über den notwendigen oder zweckmäßigen Umfang hinaus ausgeweitete Export von Industrieerzeugnissen kann zwar Arbeitskräfte verwerten. Er zwingt aber zur immer schnelleren Versilberung der begrenzten Vorräte an Rohstoffen, Energien und zur immer unerträglicheren und existenzbedrohenden Belastung, ja Zerstörung der Umwelt. Die stets unsicheren Gewinne des Import- und Exportgeschäftes können aber den nur durch eine intensive Bewirtschaftung aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen erreichbaren Maximalertrag der inländischen Landwirtschaft an Gütern höchstens ergänzen, aber niemals ersetzen. (Die Ansicht, »unsere Kühe könnten am La Plata weiden« beruht auf einer Utopie.)

Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Güter-Produktion der Landwirtschaft und derjenigen aller anderen Wirtschaftsbereiche werden auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man daran erinnert, daß sie zum Beispiel von einer überlebten Blut- und Boden-Romantik nicht im gleichen Ausmaß ignoriert wurden wie von der heutigen Wachstumsideologie.

Die vermeintlichen »Romantiker« und die »Verfechter der von offiziellen Stellen proklamierten unternehmerisch denkenden, industriellen Landwirtschaft« sind einander außerdem viel näher als sie glauben: Die offizielle Agrarpolitik will zum Beispiel »Betriebs- und Unternehmensformen entwickeln, die einen rationellen Einsatz der Produktionsmittel Arbeit, Boden und Kapital in der Landwirtschaft ermöglichen«. Das ist jedoch nichts anderes als die volle Ausnutzung und Erhaltung des wichtigsten Produktionspotentials der Volkswirtschaft.

Da aber nicht nur das Betriebs- und Geldvermögen der Bauern, sondern auch die Arbeitskräfte, die Rohstoff- und Energievorräte und die Umwelt zu diesem Produktionspotential der Volkswirtschaft gehören, kann die Forderung nach seiner vorrangigen Erhaltung, Nutzung und Vermehrung keinesfalls als »Romantik« abgetan werden.

VI.

Realisierung

Wer die hier geforderte grundlegende Änderung bisher geltender volkswirtschaftlicher Prioritäten als nicht realisierbar bezeichnen will, möge sagen, welche Tatsachen falsch dargestellt oder welche Ziele überzogen wurden und welche besseren Alternativen leichter zu verwirklichen wären. Was durchführbar ist oder nicht, hängt entscheidend davon ab, wie groß die Krisen und Schwierigkeiten sind bzw. eingeschätzt werden. Derartige Beurteilungen können sich schnell ändern.

Auch das weitverbreitete Schlagwort, es sei eben in einer Demokratie nicht möglich, die Wünsche einer Minderheit gegen die Mehrheit durchzusetzen, liegt neben der Sache. Es geht nicht um die Interessen einer landwirtschaftlichen Minderheit, es geht um die Sicherstellung der Lebensgrundlagen aller Erzeuger und Verbraucher und damit derjenigen der Zukunft und Freiheit unseres ganzen Volkes.

Der Landwirtschaft bleiben in Zukunft zwei Alternativen:

1. Wenn die Agrarpolitik die Bauern weiterhin auf unternehmerischen Wettbewerb und die Steigerung des Arbeitseinkommens in DM durch ständige Vergrößerung der Betriebe verweist, müßten noch mehr Betriebe aufgegeben werden. Der Kampf aller gegen alle würde zur weiteren

Abwanderung von Arbeitskräften in die gewerbliche Wirtschaft führen, in der es heute schon an Arbeitsplätzen fehlt. Der durch die Tarifautomatik begründete Zwang zur *Rentabilität (in Geld)* der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe führt zu einer immer bedrohlicheren Verringerung der *Produktivität (in Gütern)* und zu immer neuen und größeren Eingriffen in die Substanz des Bodens, in die Gesundheit von Pflanzen, Tieren und Menschen sowie in die Vorräte an Energie und Rohstoffen und in die Umwelt. Landwirtschaft und Industrie geraten daher in einen zunehmenden Wettbewerb um fossile Energie und Rohstoffe. Die natürliche Bodenfruchtbarkeit wird weiter zurückgehen, und das Mißtrauen der Verbraucher gegen die Qualität der Produkte wird weiter zunehmen. Die Disparität wird zementiert, und die Arbeitslosen werden den politischen Zwang zu weiterem – wirtschaftlich und ökologisch gar nicht beliebig fortsetzbarem, also heute schon unsinnigem – Wachstum der Industrie und der Dienstleistungsbereiche verstärken. Da auch die erzieherische Wirkung des ländlichen Lebensraumes auf die Menschen bereits weitgehend entfallen ist, werden sich bei zwangsläufig sinkendem Lebensstandard die sozialen Probleme bis zur Unregierbarkeit der Ballungsräume und dann des ganzen Staatswesens verschärfen.

Den Bauern in unserem Land und in der ganzen Welt würde also nichts anders übrigbleiben, als abzuwarten und sich bis auf weiteres eben selbst zu helfen. Wenn sie besser organisiert und geführt wären, als sie es sind, könnten sie zum Beispiel den Verbrauch teurer, gefährlicher oder riskanter Produktionsmittel einschränken, das heißt die Erzeugungsmengen so lange drosseln, bis – wie es uns die Kartoffelpreise der beiden vergangenen Jahre gelehrt haben – weniger produziert wird als der Markt braucht. Dann bekämen die Bauern für geringere Ernten insgesamt mehr Geld als für eine den Bedarf überschreitende Produktion. Derartige privatwirtschaftliche Erfolge würden die Verbraucherpreise mehr belasten als die Beseitigung der Disparität durch eine bessere Wirtschafts- und Agrarpolitik:

Die Landwirtschaft würde dann nämlich nicht nur weniger Arbeitskräfte benötigen bzw. versorgen können, sondern auch weniger industrielle Produktionsmittel kaufen und der gewerblichen Wirtschaft und allen Verbrauchern auf die Dauer weniger Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie zur Verfügung stellen können.

2. Wenn dagegen die bisher gültigen Prioritäten in der Wirtschafts- und Agrarpolitik so geändert werden, daß die Landwirtschaft vorrangig wachsen, das heißt ihre gesamte Erzeugungsgrundlage wieder flächen- und arbeitsintensiv nützen kann, dann könnten etwaige Überschüsse an Bodenprodukten gezielt und zu Preisen in der gewerblichen Wirtschaft

verwertet werden, die die Disparität beseitigen. Die Kaufkraft und das Image der Landwirtschaft würden sich verbessern. Die Zahl nützlicher Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Industrie würde größer. Die begrenzten Energie- und Rohstoffreserven würden geschont. Der Zwang zum Wachstum der gewerblichen Wirtschaft würde verringert. Die Frist, die der Volkswirtschaft zur Umstellung von Wachstum auf Gleichgewicht zur Verfügung steht, würde verlängert. Die Kluft zwischen den Lebensbedingungen in Stadt und Land würde kleiner, die Gesundheit der Menschen und das soziale Klima würden besser.

Diese Agrarpolitik ist der Schlüssel zu einer auf die Dauer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und damit der einzige Ausweg aus den heutigen Krisen.

Wenn diese Politik im nationalen Rahmen nicht realisierbar sein sollte, muß sie auf internationaler Ebene diskutiert und ihre Verwirklichung wenigstens versucht werden. Wenn nichts geschieht, wird die vorhersehbare weltweite Verknappung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie die notwendige Neuordnung der volkswirtschaftlichen Prioritäten eines Tages auf ungleich schmerzlichere Weise erzwingen als bei einer rechtzeitigen Anpassung der Politik an die Realitäten.

Die Entscheidung, welche dieser Alternativen mit den Wünschen der Bauern, der Industrie, der Verbraucher und den Realitäten der Welt, in der wir leben, am besten übereinstimmt, sollte uns daher umso leichter fallen, als kein geringerer als Justus von Liebig schon vor hundert Jahren den Weg aufgezeigt hat, auf dem wenigstens einmal die ersten Schritte getan werden müssen.

Er sagte:

»Der Boden ist die Quelle aller Güter und Werte«.

»Die Grenzen des Wachstums«

– Resonanzen der Studie und weitere Aktivitäten des Club of Rome –

Gert v. Kortzfleisch

Eine genaue Kenntnis des sog. Meadows-Berichtes, den eine Gruppe von jungen Wissenschaftlern am MIT im Auftrage des Club of Rome, und finanziert von der Stiftung Volkswagenwerk, erarbeitet hat, wird hier nicht vorausgesetzt. Die Existenz dieses Buches, das auf den Bestsellerlisten in vielen Ländern steht, und einige der Aussagen, die in der Tages- und Fachpresse allenthalben diskutiert werden, dürften jedoch ebenso bekannt sein wie der *Club of Rome*, diese von *Aurelio Peccei* vor acht Jahren gegründete internationale Vereinigung, die es sich zum Ziele gesetzt hat, solche Probleme anzugehen, von deren Lösung bzw. Nichtlösung die Menschheit auf unserer Erde als Ganze betroffen ist.

1. Zweck und erwartete Verbreitung der Studie

Zur Würdigung dessen, was der Club of Rome mit der Studie »*Die Grenzen des Wachstums*« erreichen wollte und welche Verbreitung für dieses Buch erwartet ist, muß man wissen, daß es sich hier um ein allererstes Resultat seines Wirkens handelt. Die Angehörigen des Club of Rome wollen nicht mehr und nicht weniger als die Ursache der Krisensymptome, von denen unsere Zeit weltweit gekennzeichnet ist, aufdecken und in ihren verflochtenen Ursache-Wirkungsstrukturen erkennen, um so die gesamte Menschheit zum Nachdenken und gegebenenfalls zum Umdenken anzuregen.

Solche Krisensymptome sind zum Beispiel die Hungersnöte in vielen Ländern bei gleichzeitiger Überproduktion von Lebensmitteln in anderen Regionen oder die Zerstörung der Umwelt durch einen exzessiven materiellen Lebensstandard, der außerdem zu einer rücksichtslosen Ausbeutung aller Bodenschätze dieser Erde führen muß. Auch das steigende Mißtrauen gegenüber all denen, die ein Stück Macht verwalten, das Unbehagen gegenüber der wachsenden Bürokratie, die allgemeine Orientierungslosigkeit, als deren Ergebnisse wir ein tiefwurzelndes Mißtrauen zwischen den Generationen und einen allgemeinen Verlust an Zufriedenheit bei der Arbeit zu registrieren haben, gehören hierher.

Jahrhunderte oder sogar Jahrtausende alte Wertvorstellungen mit ihren religiösen und philosophischen Fundamenten beginnen zu wanken. Die *Weltwährungssysteme*, soweit sie nicht durch brutale militärische Gewalt und drakonische Strafen abgesichert sind, sondern auf Verträgen und

somit auf wechselseitigem Vertrauen gründen, geraten in Gefahr, funktionsunfähig zu werden, in einer Zeit, in der Recht und Ordnung zu billigen Münzen, zum Spielgeld für Satiriker und Zyniker werden, während gleichzeitig der allgemeine Wohlstand wächst, ohne daß sich jedoch die Differenzen zwischen Arm und Reich nennenswert ausgleichen.

Daß die genannten Krisensymptome, deren Reihe bedauerlicherweise leicht noch zu verlängern wäre, einige gemeinsame und miteinander zusammenhängende Ursachen haben, wird weithin angenommen. Die Mitglieder des Club of Rome haben es sich zur selbstgewählten Aufgabe gemacht, diese *Ursachen und deren Interdependenzen* zu erkennen und unter der allgemeinen Thematik »On the Predicament of Mankind«, was wohl am besten mit »*Gedanken zur mißlichen Lage der Menschheit*« übersetzt werden kann, der Allgemeinheit bewußtzumachen. Von diesem umfassenden Projekt ist die Studie über »Die Grenzen des Wachstums« nur eines der ersten Resultate, deren Veröffentlichung angesichts der darin enthaltenen Aussagen jedoch dringend geboten erschien.

Verkaufsfördernd – weniger in Deutschland als in den englischsprachigen Ländern – war für die Club of Rome-Studie das Buch von Jay W. Forrester mit dem Titel »World Dynamics«, das im März 1971, also etwa ein Jahr vorher, in den USA erschienen ist. In der gesamten Fachwelt, aber auch in einigen Bereichen der wissenschaftsorientierten Publizistik, hat das Buch von Forrester großes Aufsehen erregt. Das darin entwickelte Modell von den Zusammenhängen zwischen der Welternährungssituation, der Bevölkerungsexplosion, dem Kapitaleinsatz, dem materiellen Lebensstandard und der Umweltzerstörung, noch mehr aber die Aussagen über mögliche kombinative und kumulative Wirkungen dieser Erscheinungen wurden vielerorts schon lebhaft diskutiert, als das Buch »The Limits to Growth« veröffentlicht wurde. Lediglich in deutschen Übersetzungen sind »Die Grenzen des Wachstums« vor dem Buch von Forrester erschienen; also vor dem Buch, das in vielleicht nicht ganz gelungener Übersetzung unter dem Titel »*Der teuflische Regelkreis*« ebenfalls bei der Deutschen Verlagsanstalt publiziert ist.

2. Nur die Überschrift gelesen

Nur ganz kurz und ohne Details seien Resonanzen erwähnt, die von denen kommen, die offenbar nur die Überschrift, allenfalls noch das Vorwort und das Nachwort des Berichtes gelesen oder verstanden haben können. Das ändert natürlich nichts an der Eloquenz, mit der diese Resonanzen vorgebracht werden, und die deshalb manchem als der einzige Widerhall erscheinen, den die Studie ausgelöst hat.

Einige Repräsentanten der Neuen Linken, allen voran ein vorgeblich überzeugter Neomarxist aus Schweden, halten die »Grenzen des Wachstums« für eine Artikulation zur Verfestigung spätkapitalistischer Interessen. Man glaubt, in den Bericht – lediglich auf Grund seines Titels – hineininterpretieren zu können, daß er vor allem die Besitzstände durch einen ökonomischen Status quo gewahrt wissen will, denn eine Enteignung der Enteigner wäre nur möglich, wenn die Arbeiterklasse einen immer größeren Anteil hat am steigenden materiellen Wohlstand, der prinzipiell für alle Menschen in gleicher Weise zu realisieren sei.

Eine andere Resonanz, für die ein holländischer Soziologe als einer ihrer Exponenten herangezogen werden kann, reiht die Studie ein in die von Zeit zu Zeit erscheinenden pessimistischen Äußerungen, deren Ursachen wohl in dem unbewußten Gefühl zu suchen sind, daß es der jeweils lebenden Generation ja eigentlich gar nicht so gut und immer noch besser gehen dürfte, wo es doch allen anderen Generationen vorher so sehr viel schlechter gegangen ist. Das Menetekel an der Wand, die apokalyptischen Weissagungen, um nur solche aus dem Bereich der christlichen Religion zu nennen, später – wieder beispielhaft – das eherne Lohngesetz von Lassalle und die Selbstzerstörung des kapitalistischen Produktionssystems von Marx; die menschliche Grundhaltung, die darin mitschwingt, soll auch in Forresters Buch und in die Studie, »Die Grenzen des Wachstums« unterschwellig eingegangen sein.

Dieser religiös verwurzelten pessimistischen Grundhaltung wollen einige den Optimismus derjenigen entgegensetzen, die – wenn auch mit einem gewissen Fatalismus – auf dem Standpunkt stehen: Bis jetzt ist noch immer alles gut gegangen. Selbstverständlich wird dabei verkannt, daß es noch nie so viele Menschen auf der Erde gegeben hat wie heute und daß deren Ansprüche – im Schnitt gesehen – noch nie so hoch waren.

Eine beliebte Resonanz ist auch die Erinnerung an die Malthus-Prognosen, von denen man ja weiß, daß sie dank einer evolutionären Agrartechnik nicht eingetroffen sind. Gleiche technische Evolutionen werden nach Auffassung derjenigen, die in diese Resonanz einstimmen, auch helfen, in Zukunft das Ernährungsproblem, das Rohstoffproblem, das Umweltproblem und schließlich auch das Problem der Geburtenkontrolle zu lösen.

Selbstverständlich wird die Technik in Zukunft noch manches leisten, was für uns heute äußerst problematisch ist. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß technische Forschungen und Entwicklungen – selbst wenn die naturwissenschaftlichen Vorleistungen schon erbracht sind – noch ihre Zeit brauchen. Gerade darin liegt ja der Vorteil des vom Club of Rome gewählten Ansatzes zur Analyse von komplexen Systemen, daß damit die Dynamik von Veränderungen und deren wechselseitige Auswirkungen zu

erkennen sind. Die beste Methode zur Umwelterhaltung nutzt nicht mehr viel, wenn durch Emissionen schon ganze Landstriche oder Gewässersysteme verseucht sind; für die Menschen, die heute hungern oder sogar verhungern, kommt die nächste Grüne Revolution zu spät.

Im Gegensatz zur Malthus-Epoche nähern wir uns heute den *Grenzen unseres Systems*, in dem es keine jungfräulichen Böden mehr gibt, die man in Amerika unter den Pflug nehmen kann, wenn Europa zu eng wird.

Die lauteste und zugleich disharmonischste Resonanz derjenigen, die die Studie kaum gründlich gelesen haben können, ist die Unterstellung, der Club of Rome empfehle das Nullwachstum der Sozialprodukte oder eine solche Empfehlung könne aus dem Bericht herausgelesen werden. Abgesehen davon, daß die Variable »Bruttosozialprodukt« weder in der Forrester-Vorlage noch in dem MIT-Bericht überhaupt vorkommt – am Berechnungsmodus des Bruttosozialprodukts als ökonomische Kennziffer wird ja allenthalben Kritik angemeldet – abgesehen davon, kann ein dynamisches Gleichgewicht für jedes System nur mit Anstrengungen erreicht und nur mit steigenden Anstrengungen erhalten werden. Das dynamische Gleichgewicht für die Entwicklung des sozioökonomischen Globalsystems Erde oder Welt ist ja gerade das Ziel des Computertests, die mit dem Weltmodell angestellt worden sind. Jeder dieser Tests zeigt deutlich, daß nicht die Menge der wirtschaftlich relevanten Ergebnisse menschlichen Handelns verringert, sondern vermehrt – und daß die Art dieser Ergebnisse verändert werden muß. Nicht die Bruttosozialprodukte als Summe, sondern deren Zusammensetzung, vor allem der Anteil der kurzlebigen materiellen Güter, muß in den hochentwickelten Industrienationen verändert werden zugunsten der immateriellen Güter, deren höhere Wertschätzung von selbst zu einem Wachstum der Bruttosozialprodukte beiträgt, wenn zum Beispiel bei der Berechnung dieser Kennziffern die Dienstleistungen – etwa des Staates – nicht wie bisher nur als Input, sondern als Output, also mit ihrem echten Wert in die Summe aller Produkte einer Volkswirtschaft eingerechnet werden.

3. Resonanzen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern

Kritisch wird von einigen jüngeren amerikanischen Nationalökonomen gegen die Studie des Club of Rome räsoniert, daß die gewählte Problembestimmung insoweit falsch definiert sei, als die Preis- und Marktmechanismen unberücksichtigt geblieben sind. Ohne solche Mechanismen oder auch Automatismen können nach dieser Ansicht so wichtige ökonomische Fragen wie Welternährung, Rohstoffgewinnung und Kapitalverteilung einfach nicht abgehandelt werden.

Dieser Einwand ist in der Tat der gewichtigste, denn damit wird offenbar, daß im Forrester-Modell und im Modell der vom Club of Rome eingesetzten Wissenschaftlergruppe die Preise als Ausdruck von Wertvorstellungen und deren Veränderungen im Zeitablauf praktisch keinen Einfluß haben. Das ist ohne Zweifel ein echter Mangel des ersten Ansatzes zur Lösung der angegangenen Probleme, und dessen war man sich von Anfang an bewußt. Wie dieser Mangel bei weiteren vom Club of Rome angeregten Arbeiten behoben werden soll, ist abschließend zu zeigen.

Zunächst glaubte man vor allem aus zwei Gründen auf das Kernstück ökonomischer Erkenntnisse verzichten zu können:

Erstens funktioniert die Preisbildung und damit der Marktmechanismus nur in einem sehr begrenzten Teil der gesamten Weltwirtschaft und auch da nicht vollkommen. Im anderen Teil der Weltwirtschaft wird die Preisbildung durch politische und nicht durch ökonomische Entscheidungen beeinflußt, das heißt durch die Wertvorstellungen weniger Mächtiger und nicht durch die Wertvorstellungen vieler freier Menschen. Demokratie, als die politische Form der Menschlichkeit, ist offenbar eine Vorbedingung für die Funktion der Preis- und Marktmechanismen. Von den etwa 140 souveränen Ländern der Welt haben weniger als 30 eine parlamentarische Opposition. Von dem Sonderfall Indien abgesehen, sind das alles reiche, fortschrittliche Länder. Im übrigen Teil der Welt, also für über 110 Länder, sind Mengenrechnungen, wie sie in der Studie ausgeführt wurden, sicher realistischer als Wertrechnungen.

Zweitens hat in einem für das Club of Rome-Modell ganz wichtigen Subsystem der Preis- und Marktmechanismus bisher offensichtlich nicht verhindern können, daß gleichzeitig auf der Erde gehungert wird, während an anderen Stellen – wohl im Dienste der Preisbildung – Lebensmittel vernichtet werden. Vielleicht ist die Nationalökonomie mit dem Objektbereich ihres wissenschaftlichen Strebens zu sehr innerhalb der Grenzen einer Nation oder auf die Wirtschaft eines Volkes fixiert, als daß sie weltweite Phänomene richtig in den Griff bekommen kann. Wo Empfehlungen für die Konjunkturpolitik ein halbes Jahr weit in die Zukunft hinein und nur für den Geltungsbereich einer einheitlichen Wirtschaftsgesetzgebung als Leistung gelten, können für die Lösung von weltumfassenden Problemen mit einer Sicht über zwei bis drei Generationen hinweg kaum Hilfen erwartet werden.

Entscheidend an der Vorgehensweise nach der Forrester-Methode ist, daß sie gestattet, zur Behandlung einer vorgegebenen Frage nur die wirklich wesentlichen Elemente in die Betrachtung und damit in das Modell einzubeziehen. Die Schwierigkeit dabei ist – und damit steht und fällt das Verfahren –, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. Die

volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kennt diese Hürde nicht; sie muß vollständig sein, damit – ähnlich wie bei einer Bilanz – die Soll- und Habenseiten gleiche Summen ausweisen.

Seriöse Kritiker aus dem Bereich der Nationalökonomie werfen der Club of Rome-Studie vor, daß sowohl für einige wichtige Ausgangsgrößen des Modells als auch für deren Veränderungen im Zeitablauf kein gesichertes statistisches Material vorliegt. Man dürfe, so wird argumentiert, Berechnungen von großer Tragweite überhaupt nicht ausführen, geschweige denn deren Ergebnisse publizieren, wenn nicht ganz genaue Zahlenunterlagen zur Verfügung stünden. Aus diesem Grunde hätte der Club of Rome zunächst eine umfangreiche Vorarbeit zur Datensammlung leisten müssen, um für die ganze Weltwirtschaft geltende Statistiken zu erstellen.

Bekanntlich steht das statistische Primärmaterial nicht überall auf dem hohen Niveau wie in der Bundesrepublik oder in anderen weit entwickelten Volkswirtschaften. Außerdem sind die Statistiken nicht überall nach den gleichen Abgrenzungsprinzipien erstellt. Schließlich gibt es für einige der Variablen, die in das Modell einbezogen werden mußten, weil sie für die aufgegriffene Problematik wichtig sind, überhaupt keine statistischen Aufzeichnungen, zum Beispiel für den weltweiten Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft.

Abgesehen von allen diesen Gegenargumenten wäre die Studie mit vertretbarem Aufwand an Zeit und Geld überhaupt nicht auszuführen gewesen, wenn vorher so umfangreiche statistische Erhebungen angestellt worden wären, wie sie den Kritikern offenbar fehlen. Auch im Bereich der Unternehmensführung muß man oft Modelle entwickeln und Entschlüsse fassen, ohne sämtliche Informationswünsche befriedigen zu können. Die Erscheinung, daß jemand nie zu einem Ergebnis kommt, weil er immer wieder neue Quellen zu seiner Absicherung erschließt, ist aus der wissenschaftlichen Arbeitswelt hinreichend bekannt.

Außerdem ist das Modell von Forrester in seiner Grundstruktur so einfach, daß die gemachten Annahmen eigentlich – zumindest in ihren Größenordnungen – gar nicht falsch sein können. Die Kurvenzüge, die der Rechner von 1900–1970 ausgeworfen hat, entsprechen ja auch durchaus der tatsächlichen Entwicklung in dieser Zeit. Dort, wo in das Modell Annahmen eingehen mußten, über die es überhaupt keine statistischen Aufzeichnungen gibt, wurden vorher Experten befragt, und wenn im Laufe der Zeit andere Experten andere Ansichten begründen, oder wenn diese Ansichten von bündigen Erkenntnissen verdrängt sind, dann ist es leicht, diese anstelle der bisherigen Annahmen in das Modell einzusetzen.

Eine weitere Kritik von Wirtschaftswissenschaftlern an der Club of Rome-Studie ist, daß bei deren Abfassen angeblich übersehen worden sei,

wie ja in der Vergangenheit der Technische Fortschritt die Menschen immer wieder von Engpässen befreit hätte. Das Automobil zum Beispiel wurde rechtzeitig genug erfunden, bevor die Großstädte im Pferdemist umkamen, Naturtextilien – etwa Seide – wurden rar und damit teurer, was die Technik der Kunststoffe und damit teurer, – etwa die Nylonproduktion – auf den Plan brachte. Genauso wird der technische Fortschritt die Rohstoffengpässe, die Ernährungsprobleme und die Umweltverschmutzung schon beseitigen, meinen die Kritiker, wenn diese vom Club of Rome aufgegriffenen Probleme nur erst so drängend geworden sind, daß die Menschen sich dessen bewußt werden und dieses Bewußtsein sich dann auch auf ihr wirtschaftliches Handeln auswirkt.

Zunächst ist festzustellen, daß es nicht allein die Schuld der törichten Wirtschaftsverhältnisse ist, wenn Rohstoffengpässe – etwa zur Energieversorgung in den USA – oder Mißernten – etwa in Rotchina – oder Umweltverseuchungen – etwa im Bereich des Kaspischen Meeres – heute existent sind. Zwischen dem Aufkommen neuer Ansprüche an die Technik und dem sinnvollen Befriedigen dieser Ansprüche durch die Technik liegt nun einmal eine gewisse Zeitspanne. In dieser Zeit können sich die Verhältnisse dramatisch verändern und zwar auf einen Zustand hin, der mit allergrößten Anstrengungen durch die Technik nicht mehr zu heilen ist. Ob solche Effekte auftreten, kann man eigentlich nur mit Hilfe einer Systemanalyse, wie sie im Club of Rome-Bericht geschildert wird, feststellen, denn hierbei werden ja die Auswirkungen von Zeitverzögerungen mit all ihren Konsequenzen deutlich.

Auch muß an dieser Stelle gesagt sein, daß in das Buch von Forrester ebenso wie in den Club of Rome-Bericht sehr kühne Annahmen über die Richtung und über die Weite von technischen Fortschritten eingegangen sind. Das gilt – wie ein etwas intensiverer Blick in diese Bücher sofort erkennen läßt – vor allem für die Rohstoffversorgung, die Nahrungsmittelproduktion, die Umweltbelastung und die Geburtenkontrolle, die vielleicht am wenigsten ein technisches Problem ist. Wem diese Annahmen noch nicht weit genug gehen, oder wessen eigene Annahmen über die Technik ganz andere sind, der kann entsprechende Verläufe des technischen Fortschrittes leicht in das Modell eingeben. Dazu bedarf es lediglich eines handelsüblichen Rechners, in den der DYNAMO-Compiler installiert ist, und außerdem des Modellprogramms, das auf nicht ganz zwei Seiten im Anhang des Forrester-Buches veröffentlicht und damit für jedermann zugänglich ist.

4. Resonanzen von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern

Ganz generell lassen die Resonanzen von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern auf die Club of Rome-Studie erkennen, daß für die Angehörigen

dieser Fachbereiche der benutzte systemanalytische Ansatz leichter verständlich ist. Aus diesem Grunde werden im folgenden auch mehr Ergänzungen als Grundsatzfragen zu behandeln sein.

Bevölkerungswissenschaftler, die sich mit der Studie ernsthaft und verständig auseinandergesetzt haben, konnten darauf hinweisen, daß 60% der heute lebenden Erdbevölkerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dieses Faktum zwingt dazu, die Modellstruktur so zu modifizieren, daß die Fertilität besser berücksichtigt wird. Das ist dank der angewendeten Methode relativ einfach, und dabei zeigt sich erwartungsgemäß ein noch schnelleres Wachsen der Erdbevölkerung als ursprünglich angenommen wurde.

Von seiten der Ernährungswissenschaftler ist zu der Studie angemerkt worden, daß es ökologische Grenzen für die künstliche Düngung und die Schädlingsbekämpfung nicht nur – wie allgemein bekannt – beim DDT gibt. Die Annahmen über den möglichen Kapitaleinsatz im Bereich der Landwirtschaft müßten dementsprechend überprüft und korrigiert werden.

Besonders interessant scheinen die Umrechnungen zu sein, die von deutschen Energieexperten als Resonanz auf die Club of Rome-Studie angestellt worden sind. Hierbei hat man angenommen, daß es gelingt, Techniken zu entwickeln und fristgerecht bereitzustellen, mit deren Hilfe die Probleme Welternährung, Rohstoffknappheit und Umweltzerstörung gelöst werden können. Dann wurde berechnet, wie groß der Energieeinsatz für diese Techniken sein müßte, und man kam in einer Frist von 70 bis 100 Jahren auf den 300fachen Wert des heutigen Weltenergieverbrauchs. Problematisch für das System »Erde« – selbst wenn die Frage der Primärenergiequellen gelöst sein sollte – ist die Veränderung des globalen Wärmehaushaltes, bei der Erscheinungen wie die Hagelkatastrophe in Stuttgart, die durch Veränderungen des regionalen Wärmehaushaltes ausgelöst wurde, nicht ausgeschlossen werden können, ja sogar als wahrscheinlich anzusehen sind.

Das Ergebnis dieser hochinteressanten Überlegungen ist also: Selbst wenn die in den Club of Rome-Arbeiten angenommenen Grenzen des Wachstums mit Hilfe der Technik übersprungen werden können, tritt die Grenze des möglichen Energieeinsatzes gebieterisch in Erscheinung mit den im wesentlichen gleichen Wirkungen und Zwängen, die in den Club of Rome-Studien aufgezeigt sind.

Dem einheitlichen methodischen Ansatz des Forrester-Buches und der MIT-Studie werden die Resonanzen von professionellen Systemanalytikern naturgemäß am besten gerecht, und hier scheinen in der Tat äußerst wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung der benutzten Modelle aus der Bundesrebublik gegeben worden zu sein.

Die hier zitierten Systemanalitiker sind nun noch einen Schritt weiter

gegangen, indem sie zusätzlich zu dem Forrester-Modell ihrem Rechner ein Stabilisierungsprogramm eingegeben haben; ein Programm, das zu dem Zweck entwickelt wurde, in technischen Systemen, zum Beispiel Fahrzeugen oder Flugkörpern, die Ursachen kritischer Schwingungen zu orten und deren Wirkungen auf das Systemverhalten zu beeinflussen, also die auftretenden Schwingungen zu dämpfen. Auf diese Weise gelingt es, eine Vielzahl von Maßnahmenkombinationen zu erzeugen, die geeignet sein könnten, das Weltsystem in einen dynamischen Gleichgewichtszustand zu bringen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse – also die Bündel möglicher Strategien zur Beeinflussung der weiteren Entwicklung – weichen wohl in manchen interessanten Details, aber nicht grundsätzlich von denen ab, die von Forrester und der MIT-Gruppe veröffentlicht worden sind. Der Grund dafür ist natürlich die Übereinstimmung der verwendeten Modellstruktur, die zu einfach ist, um falsch sein zu können: Mehr Menschen brauchen nun einmal mehr Lebensmittel, höherer materieller Lebensstandard ist nur durch vermehrten Kapitaleinsatz möglich usw.

5. Resonanzen im politischen Raum

Die weitestgehenden Konsequenzen als Resonanz auf die Club of Rome-Studie haben einige Regierungen – unter anderem die der Niederlande und die Groß-Britanniens gezogen, indem sie ständige Beratungsgruppen eingesetzt haben, deren Aufgabe es ist, die politischen Notwendigkeiten für die Staatsführung ersichtlich und alle Informationen darüber allen zugänglich zu machen, die an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt sind.

Die Zahl der Bekundungen von Sympathie und Anerkennung für die Club of Rome-Aktivitäten durch die politische Prominenz auf der ganzen Erde ist kaum noch zu übersehen. Es gibt eigentlich keinen prominenten Politiker, der nicht seinen Beitrag zu der Resonanz auf die Studie geleistet hätte. Über die Qualität dieser Beiträge kann und soll hier selbstverständlich nicht geurteilt werden. Zum ganz überwiegenden Teil ist die Studie sowohl im politischen Westen als auch im politischen Osten positiv aufgenommen worden. Für die Bundesrepublik Deutschland ist sogar zu konstatieren, daß sich höchste Repräsentanten aller drei bedeutenden Parteien – bis auf wenige Ausnahmen – sachverständig zu der Studie geäußert haben.

Ein Mißklang in der Resonanz auf die Club of Rome-Studie im politischen Raum ist durch eine Stellungnahme ausgelöst worden, die ein Team von Weltbankangestellten unter der Leitung eines pakistanischen Nationalökonomen erarbeitet und veröffentlichtt hat. Bedauerlicherweise läßt diese Publikation einige bedeutsame Informationslücken erkennen, die leicht zu schließen gewesen wären, und leider muß man den Eindruck gewinnen,

daß hier Emotionen gegen Berechnungsergebnisse geweckt werden sollen; ein Vorgang, der die Umweltschutzkonferenz in Stockholm bekanntlich schon belastet hat.

Selbstverständlich steht in der Studie kein Wort, das den Gedanken aufkommen lassen könnte, die armen Länder sollten weiter arm bleiben, damit die reichen Länder weiter reich sein können. Selbstverständlich ist auch keine Rede davon, daß umweltbelastende Produktionen in die Entwicklungsländer verlagert werden sollen.

Das von Forrester für den Club of Rome erstellte Modell und ebenso das Modell der MIT-Gruppe arbeiten mit Weltdurchschnittswerten, die – wie alle Durchschnittswerte – von den örtlichen Realwerten stark abweichen können. Darin ist ganz selbstverständlich ein Informationsverlust begründet, denn was bedeutet schon ein Durchschnitt, der gebildet wird aus einem Kollektiv, in dem gleichzeitig die Patienten einer europäischen Abmagerungsklinik und die Bettler Indiens oder die materielle Ausstattung einer amerikanischen Mittelstandsfamilie mit mehreren Automobilen, Klimaanlagen usw. und die Ausstattung der Elendsviertel an den Rändern der Großstädte in den Entwicklungsländern enthalten sind! Die aus Asien, Südamerika und Afrika stammenden Mitglieder des Club of Rome haben in den Diskussionen über die Projektbestimmung für die ersten Aktivitäten des Clubs auf diese Umstände sehr deutlich hingewiesen, und selbstverständlich sind die Mitglieder des Club of Rome darin einig, daß die Angleichung des Lebensstandards in den entwickelten und in den zu entwickelnden Ländern herbeigeführt werden muß. Darauf sind – wie gleich zu zeigen ist – die derzeitigen Aktivitäten des Club of Rome gerichtet. Im ersten Ansatz, also bei dem ersten Projekt, war das Entwicklungshilfeproblem einfach nicht mit zu erfassen, wenngleich immer völlig klar war, daß die Weltentwicklung nur dann in ein dynamisches Gleichgewicht gesteuert werden kann, wenn der Angleich zwischen den materiell armen und den materiell reichen Völkern gelingt.

Eine erfreuliche und zugleich weithin vernehmbare Resonanz ist das Aufkommen des Begriffs »Qualität des Lebens« als eine Zielvorstellung für wirtschaftspolitisches oder ganz allgemein politisches Handeln. Wenn die »Qualität des Lebens« wirklich eine konkrete Zielvorstellung werden und den auf das Bruttosozialprodukt starrenden Wachstumsfanatismus in rationale Bahnen lenken soll, dann muß dieser Begriff konkretisiert werden. Es muß eine Formel gefunden werden, nach der die »Qualität des Lebens« aus den dazu gehörenden Attributen errechnet werden kann. Vorher müssen diese Attribute festgestellt sein, das heißt man muß sich darüber einigen, was zur Qualität des Lebens eigentlich gehört, dann müssen diese Attribute meßbar gemacht und schließlich auch noch – mindestens mit einer Priori-

tätenskala – bewertet werden. Bis dahin führt kein kurzer und bequemer Weg, und so wird die »Qualität des Lebens« sicher noch eine ganze Zeitlang – wenn nicht für immer – eine Agitationsvokabel bleiben, mit der begabte Rhetoriker politische Leidenschaften wecken, aber nicht den politischen Verstand ansprechen können.

6. Weitere Aktivitäten

Weitere Aktivitäten von Club of Rome-Mitgliedern ergeben sich einmal aus der eingangs genannten Gesamtaufgabe, die sich der Club gestellt hat, und zum anderen aus den Erkenntnissen, die im Zuge der ersten Aktivität, deren Ergebnisse das Forrester-Buch und der Bericht sind, gewonnen werden konnten.

In Zusammenarbeit zwischen einem deutschen und einem amerikanischen Institut wird ein wesentlich komplexeres und zugleich detaillierteres Weltmodell erarbeitet, dessen Zweck es vor allen Dingen ist, die besten Maßnahmen zum Ausgleich der ökonomischen Ungleichheiten auf dieser Erde zu erkennen. Dazu sind 7 Regionen gegeneinander abgegrenzt worden: 1. Die Region der industriellen Länder mit Marktwirtschaften, 2. die industrialisierten sozialistischen Länder, 3. China, die Mongolei und Nord-Korea, 4. das übrige Asien, 5. Nordafrika und die vorderasiatischen Ölstaaten, 6. die übrigen afrikanischen Länder und 7. Lateinamerika. Aus dieser Abgrenzung geht schon hervor, daß bei dieser Studie die politischen Gegebenheiten sowie die unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigt werden. Dadurch wird das Modell wesentlich umfangreicher, und es ist natürlich mathematisch auch viel anspruchsvoller als das Forrester-Modell.

Da bei den Demographen die Erkenntnis vorherrscht, daß sich die Zahl der auf unserer Erde lebenden Menschen bis zum Ende dieses Jahrtausends verdoppeln wird, ist eine andere Aktivität des Club of Rome darauf gerichtet, die Umstände zu erforschen, unter denen das wohl nicht abwendbare Ereignis dieser unmittelbar vor uns liegenden Bevölkerungsvermehrung erträglich zu gestalten ist. Dabei stehen auch ökonomische Fragen im Vordergrund, vor allem Probleme der Ernährung und der Beschäftigung, aber natürlich auch Fragen der Geburtenkontrolle, die ja nicht nur ein medizinisches Problem, sondern ebenso ein soziales und psychologisches Problem vor allem für die Länder ist, wo die Bevölkerung am stärksten wächst.

Wenn es Grenzen des Wachstums für das Globalsystem Erde gibt, wie in dem Buch von Forrester und in dem Bericht dargelegt worden ist, dann liegt es natürlich nahe, ähnliche Untersuchungen für Teilsysteme dieses Globalsystems anzustellen, das heißt für einzelne Regionen sinnvolles Wachstum oder auch die Grenzen des Wachstums zu erforschen.

Im Rahmen dieser Aktivitäten gibt es zwei verschiedene Gesichtspunkte, von denen aus die im wesentlichen gleiche Sache angesehen wird: Da ist zunächst der Gesichtspunkt einer spezifischen Entwicklungsregion – sagen wir Westafrika – die ihre eigenen Wachstumsprobleme im ökonomischen Bereich, Bevölkerungssektor usw. hat. Die hier anstehenden Fragen und die möglichen Antworten darauf unterscheiden sich gravierend von denen in anderen, wenn auch ähnlichen Regionen, wie zum Beispiel in Ostindien oder Südkorea. Jede dieser Regionen mit ihren speziellen Problemen wird als System aufgefaßt, das mit seiner Systemumwelt durch wechselseitige Aktivitäten verbunden ist, und für das die beste Entwicklungsstrategie gesucht werden muß. Dieser Suchprozeß besteht darin, daß mit dem Rechner – ebenso wie bei dem Weltmodell – die Folgewirkungen der verschiedensten Strategiealternativen so deutlich wie möglich vor Augen geführt werden. An solchen Projekten wird in der Bundesrepublik und in Brasilien gearbeitet. Der andere Gesichtspunkt läßt sich leicht am Beispiel unseres eigenen Landes, der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlichen. Auch bei uns gibt es einzelne Bäume, die nicht in den Himmel wachsen können oder deren unorganisches Wuchern dem ganzen Wald schadet. (Um es noch einmal zu sagen: Vom Bruttosozialprodukt, wie es heute errechnet wird, ist hier nicht die Rede.)

Eine Grenze ist unserem materiellen Lebensstandard, aber auch unserer Produktion für den Export ganz sicher durch die Umweltbelastung gesetzt. Natürlich bedeutet das nicht, daß hoher materieller Lebensstandard den sogenannten Reichen vorbehalten bleiben oder der Export eingeschränkt werden soll, das bedeutet aber, daß der umweltbelastende Lebensstandard und auch der Umweltbelastende Export in ihrem Wachsen auf die ebenfalls wachsenden Möglichkeiten des Umweltschutzes abgestimmt werden müssen.

Eine andere Grenze für unsere wirtschaftliche Entwicklung ist die gesellschaftliche Integration der Gastarbeiter. Spätestens seit den Auswüchsen des Antisemitismus in Europa und drastisch verdeutlicht durch die Rassenkonflikte in den USA weiß man, daß die Kongruenz von ethnologischen Gruppen und sozioökonomischen Klassen einen höchst gefährlichen Sprengstoff erzeugt, der irrationales Handeln bis zur Selbstzerstörung auslösen kann. Dieses Problen in den Griff zu bekommen, also unsere wirtschaftliche Expansion mit Hilfe der Gastarbeiter auf die soziale Integration eben dieser Gastarbeiter abzustimmen, ist – nach allem, was wir bisher wissen – noch schwerer, als Luft und Wasser sauber zu halten. Außer in der Bundesrepublik Deutschland wird daran in den USA und in Japan gearbeitet, wo die Detailfragen natürlich anders als bei uns gestellt sind.

Die Berechtigung der Einwände dagegen, daß in den ersten vom Club of Rome angeregten Arbeiten die Werterhaltungen, also die Einstellungen

der Menschen zu dem, was ihnen wert und unwert erscheint, als konstant angesehen werden, ist von den Club of Rome-Mitgliedern nie bestritten worden. Die Notwendigkeit eines derart stark vereinfachenden Vorgehens hat sich einfach daraus ergeben, daß wir noch zu wenig über das Zustandekommen der menschlichen Wünsche und über deren Veränderungen im Zeitablauf wissen. Ganz offensichtlich für jedermann ist, daß die Wertvorstellungen nicht unverändert von einer Generation auf die nächste übertragen werden; diese Tatsache liefert den Stoff für die Masse der nichtwissenschaftlichen Weltliteratur. Auch weiß man, daß Wunschvorstellungen, die als ökonomisch wirksame Nachfrage in Preisbildungsprozessen manifestiert werden, in ethischen oder moralischen und somit letztlich in religiösen oder weltanschaulichen Wertordnungen irgendwie ihren Ursprung haben. Wie das aber alles funktioniert, wie die Einflüsse von außen, etwa durch Vergleich der eigenen Situation mit der des Nachbarn, auf diese Prozesse wirken, was die Menschen eigentlich von sich sagen läßt, daß sie zufrieden oder daß sie glücklich sind, all das weiß man noch viel zu wenig.

Sicher besteht kein Zweifel, daß die hier angedeutete Problematik von allerhöchster Relevanz für jeden ist, der Verantwortung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen hat, und diese Verantwortung hat eigentlich jeder, der von den drängendsten Alltagssorgen frei ist. Woher wollen wir denn wissen, daß die Maßnahmen unserer Entwicklungshilfe die davon betroffenen Menschen wirklich glücklich machen? Laufen wir nicht Gefahr, ähnliche Fehler zu begehen wie die Missionare, die mit dem Ausbreiten ihrer jeweiligen Religion die sogenannten Heiden notfalls mit Gewalt glücklich machen wollten? Was macht die Menschen denn eigentlich zufriedener und somit glücklicher, wenn sie durch Erbfall oder durch Schenkung alle Wünsche erfüllt bekommen oder wenn sie Stück für Stück mit immer neuen Erfolgserlebnissen das Ihre erarbeiten?

Hier sind noch Fragen über Fragen, deren Beantwortung, vielleicht jedem einzelnen von uns, aber auch das nur für seine Person, vielleicht noch nicht einmal so sicher für seine eigene Familie möglich ist. Das Beantworten solcher Fragen für eine Gruppe, für eine große Gruppe oder sogar für eine heterogene Gruppe, in der Angehörige verschiedener Altersklassen, Menschen von unterschiedlichem Herkommen und mit differenziertem Bildungsniveau vereint sind, ist vorerst nicht möglich. Auch an diesem Problem zu arbeiten, ist eine der Aktivitäten von Club of Rome-Mitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland und in Osteuropa.

Die Verantwortung der Wissenschaft*

Herbert Hensel

Die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft ist im Grunde so alt wie die Wissenschaft selbst. Als sich in der griechischen Antike die Medizin als erste Einzelwissenschaft von der Philosophie trennte, stellte sie sich zugleich unter eine ethische Verpflichtung. Es ist der hippokratische Eid, den der Lehrling des Arztes am Anfang seiner Lehrjahre leisten mußte. Der Eid lautet in seinen für unser Thema wichtigen Passagen: »Meine Verordnungen werde ich treffen zu Nutz und Frommen der Kranken nach bestem Vermögen und Urteil und von ihnen Schädigung und Unrecht fernhalten. Ich werde niemandem, auch nicht auf seine Bitte hin, ein tödliches Gift verabreichen oder auch nur einen solchen Rat erteilen. Auch werde ich nie einer Frau Mittel zur Vernichtung des keimenden Lebens geben. Was ich bei der Behandlung oder auch außerhalb der Behandlung im Leben der Menschen sehe und höre, werde ich verschweigen und solches als Geheimnis betrachten«.

Neben dieser Verpflichtung eines wissenschaftlich gebildeten Berufsstandes finden wir zunächst nur ethische Verpflichtungen einzelner Wissenschaftler aus freiem Entschluß. Diese Verpflichtungen richten sich nicht, wie noch im hippokratischen Eid, auf das einzelne Individuum – in diesem Fall den Patienten – sondern auf den Menschen im allgemeinen. Ein aufschlußreiches Beispiel gab Leonardo da Vinci. Dabei wird bereits ein ethischer Grundkonflikt sichtbar, der sich bis in die neueste Zeit, bis zur Entwicklung von Kernwaffen, fortsetzt. Als moralische Begründung für seine Tätigkeit als Waffeningenieur gab Leonardo an: »Um das größte Geschenk, das die Natur uns gab – die Freiheit – zu erhalten, halte ich es für nötig, sie durch Offensiv- und Defensivwaffen zu schützen«. Im Rahmen seiner Versuche, Taucheranzüge oder gar U-Boote zu konstruieren, findet man aber folgende Bemerkung: »Wieso und warum ich meine Verfahren, so lange unter Wasser zu bleiben, wie ich ohne Essen auskomme, nicht beschreibe: Ich veröffentliche und verbreite es nicht wegen der bösen Natur der Menschen; sie würden Meuchelmorde auf dem Meeresgrund praktizieren durch Aufreißen der Schiffe von unten und sie samt der Mannschaft, die darauf ist, zum Sinken bringen«.

Als öffentliches Thema tritt die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft erst in unserer Zeit auf. Im Zusammenhang damit beginnen Wissenschaftler, vom Einzelkämpfer der Verantwortung zur Organisation größerer Gruppen in der Ausübung von Verantwortung überzugehen. Noch

* Vortrag, gehalten am 31. Oktober 1977 bei der Tagung: »Die Verantwortung des Menschen«.

unter dem Schock des ersten Einsatzes von Kernwaffen wurde mit Unterstützung führender Naturwissenschaftler, wie Albert Einstein und Max Born, im Jahre 1949 die internationale »Society for Social Responsibility in Science« (SSRS) gegründet. In Deutschland ist aus diesem Gedanken heraus eine »Gesellschaft für Verantwortung in der Wissenschaft« (GVW) entstanden. Sie bemüht sich, »die Wissenschaftler, Techniker, Ärzte und andere Berufsgruppen anzuregen, immer im Bewußtsein der Verantwortung, für das Wohl der Menschen zu handeln. Neben dem Bestreben, die Verantwortung für die Konsequenzen seiner Arbeit mitzutragen und nicht seinen Vorgesetzten zu überlassen, erwartet die GVW von ihren Mitgliedern: mit wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen den Behörden, der Wirtschaft und den Laien zu helfen, die Mittel der Wissenschaft und Technik menschenwürdig zu gebrauchen«.

Es erscheint mir bemerkenswert, daß der Begriff der Verantwortung selbst sich in seiner Bedeutung stark gewandelt hat. Offensichtlich tritt die Verantwortung im allgemeinen sittlichen Bewußtsein an die Stelle, die bisher die Pflicht eingenommen hat, und vielleicht drückt sich der Wandel des geschichtlichen Ethos nirgends deutlicher aus als in der zunehmenden Einschränkung, ja Herabsetzung des Begriffs der Pflicht und der gleichzeitigen Betonung und Vertiefung des Begriffs Verantwortung. Nach dem Wörterbuch der philosophischen Begriffe von Hoffmeister ist Verantwortung »das Aufsichnehmen der Folgen des eigenen Tuns, zu dem der Mensch als sittliche Person sich innerlich genötigt fühlt, da er sie sich selbst, seinem freien Willensentschluß zurechnen muß«. So richtig es ist, Verantwortung in der menschlichen Freiheit gegründet zu sehen – ohne Freiheit keine Verantwortung – so kann der Mensch die Würde seiner Autonomie nur bewahrheiten, indem er sich verantwortlich zu Natur und Geschichte verhält. Verantwortlich ist der Mensch für die Welt, in der er lebt, und zwar nicht nur für die äußeren Lebensverhältnisse, sondern für die Verwirklichung des Menschen als eines freien Wesens, mit anderen Worten: für die Verwirklichung einer menschen-würdigen Welt.

Verantwortung hat somit eine 'personale' und eine 'universale' Dimension. Dies zeigt sich an dem Phänomen, daß das Verantwortungsgefühl vieler Menschen auch von Ereignissen berührt wird, die außerhalb ihrer engeren Lebenssphäre liegen und für die sie keine unmittelbare persönliche Schuld tragen. Hier meldet sich eine Verantwortlichkeit, die ihrem Wesen nach unbegrenzt ist. »Sofern man in den Bahnen der ethischen Tradition denkt, ist man daran gewöhnt, die 'Verantwortung für etwas' allein vom Subjekt aus zu verstehen und zu bemessen. Der einzelne Mensch erscheint als das moralische Subjekt, das für seine Handlungen einzustehen hat. Hier wird dann die Verantwortung im Sinne eines kausalen Zusammenhanges oder

doch eines direkten Folgeverhältnisses ausgelegt. Eben diese zurechnende Auslegung faßt aber die Verantwortung viel zu kurz. Sie verstellt den universalen, das heißt übergreifenden, mitweltlichen Zusammenhang, auf den die Erfahrung der Verantwortung immer schon verweist. Die volle Erfahrung der Verantwortung fordert also, die beiden Grundbeziehungen: Verantwortung für eigenes Handeln und Verantwortung für die Welt konkret zu vereinigen. Ja, in dieser konkreten Vereinigung besteht die eigentliche Praxis der Verantwortung« (Schwartländer).

Es genügt allerdings nicht, einen vagen und abstrakten Begriff von universaler Verantwortlichkeit, etwa für 'die Menschheit' zu haben, denn dies müßte den einzelnen Menschen angesichts der unermeßlichen Aufgabe in letzter Konsequenz zu völliger Handlungslosigkeit verdammen. Konkretes Handeln bedarf konkreter ethischer Ziele, ohne daß man freilich das Ganze dabei aus dem Blick verliert.

Hier nun erhebt sich die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft. Daß ich nicht nur von der Verantwortung des einzelnen Wissenschaftlers spreche, obwohl Wissenschaft letztlich auf der Tätigkeit Einzelner beruht, soll auf den universalen Aspekt des Verantwortungsbegriffs und auf die Tatsache hindeuten, daß sich gerade in der wissenschaftlichen Tätigkeit umfassende, Zeit und Raum übergreifende geistige Strömungen erkennen lassen.

In zahllosen öffentlichen Diskussionen und in Reden führender Wissenschaftler und Politiker, so des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heinz Maier-Leibnitz, sowie des Bundespräsidenten Walter Scheel, wird immer wieder die besondere Verantwortung der Wissenschaft und der Wissenschaftler betont. Worin besteht diese Verantwortung? Und warum sollte sie größer sein als die Verantwortung jedes Menschen für sein Handeln, wo doch, wie Maier-Leibnitz sagt, Wissenschaftler genau so wie andere Berufsgruppen dafür bezahlt werden, daß sie etwas tun?

Wenn Wissenschaft, wie sie heute praktiziert wird, nach dem Selbstverständnis vieler ihrer Vertreter schlicht die Suche nach der Wahrheit ist, so kann die Verantwortung höchstens im Aussprechen dieser Wahrheit liegen. Da es aber ein allgemeines ethisches Postulat ist, die Wahrheit zu sagen, läßt sich daraus wohl schwerlich eine besondere Verantwortungsproblematik der Wissenschaft herleiten. In Wirklichkeit ist es ein anderer Aspekt der Wissenschaft, der die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße beunruhigt. Francis Bacon hat das entscheidende Wort geprägt: 'Wissen ist Macht'. Dies gilt nicht etwa nur für die Naturwissenschaften, sondern für eine große Zahl anderer Disziplinen, aus denen sich zum Beispiel Praktiken für die Manipulation von Menschen herleiten lassen, wie die Verhaltensforschung, die Psychologie oder die Sozialwissenschaften. Auch die Medizin ist in

dieser Hinsicht neuerdings in Verruf geraten. Was die potentielle Macht, die die Wissenschaft verleiht, im Bewußtsein weiter Kreise noch unheimlicher erscheinen läßt, ist ihre oft nur wenigen Eingeweihten verständliche Sprache, die bei Laien, auch bei manchen Politikern, das Gefühl entstehen läßt, einem exklusiven Kreis von Experten ausgeliefert zu sein.

In der Diskussion um die Verantwortung der Wissenschaft geht es meist nur um die Folgen bei der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Wissenschaft selbst wird dabei kaum hinterfragt, sondern gilt weithin als eine Methode zur Gewinnung wertneutraler objektiver Tatsachen, aus denen technologische oder sonstige Anwendungen ableitbar sind. Wenn dabei Böses herauskommt, war es der böse Anwender, nicht die Wissenschaft. Diese instrumentelle Auffassung von Wissenschaft, diese Trennung von Zweck und Mittel, etwa nach Art einer Axt, mit der man Bäume fällen, aber auch Menschen erschlagen kann, verlagert die Verantwortungsfrage in einen Bereich, in dem der Wissenschaftler zumeist den Ereignissen hinterherläuft. Eine unübertreffliche Darstellung dieser Problematik gibt Robert Jungk in seinem Buch: »Heller als tausend Sonnen«.

Werner A. P. Luck berichtet in seinem neuen Buch Homo investigans. Der soziale Wissenschaftler' über Vorschläge zur moralischen Verpflichtung von Wissenschaftlern nach Art des hippokratischen Eides der Ärzte. Er selbst formulierte ein Gelöbnis für Naturwissenschaftler: »Nach bestem Wissen und Können will ich mich bemühen, meine Kenntnisse zum Wohl der gesamten Menschheit einzusetzen. Ich werde danach streben, ihr nie Schaden oder Unrecht anzutun. Naturwissenschaftler sein bedeutet für mich, mit allem meinem Wissen für die Optimierung der Erkenntnis und für die weitest mögliche Erhaltung der Natur einzutreten«.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat in ihre Satzung folgenden Passus aufgenommen: »Die Gesellschaft verpflichtet sich und ihre Mitglieder für die Freiheit, Wahrhaftigkeit und Würde in der Wissenschaft einzutreten und sich dessen bewußt zu sein, daß die in der Wissenschaft Tätigen für die Gestaltung des gesamten menschlichen Lebens in besonders hohem Maße verantwortlich sind«.

Ein bemerkenswertes Beispiel ist schließlich der § 6 des Hessischen Universitätsgesetzes von 1974, weil hier eine solche Verpflichtung erstmals vom Gesetzgeber ausgesprochen wird: »Alle an Forschung und Lehre beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Universitäten haben die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitzubedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, vor allem in ihrem Fachgebiet, bekannt, die bei verantwortungsloser Verwendung erhebliche Gefahr für die Gesundheit, das Leben oder das friedliche Zusammenleben der Menschen herbeiführen können, so sollen sie den zuständigen Fachbereichsrat oder

ein zentrales Organ der Universität davon unterrichten«. Die rechtliche Seite dieses Paragraphen steht hier nicht zur Diskussion. Persönlich bin ich der Meinung, daß er weder praktikabel noch verfassungskonform ist.

Wie bei allen ethischen Postulaten beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten bei der Konkretisierung. Was kann der Wissenschaftler konkret tun, um das allgemeine Postulat verantwortlichen Handelns zu erfüllen? Bei *einer instrumentellen Auffassung von Wissenschaft, bei der die Wissenschaft* selbst als nicht fragwürdig angesehen wird, bleiben im wesentlichen drei Möglichkeiten, die ich nur kurz skizzieren will, weil sie von verschiedener Seite bereits ausführlich diskutiert worden sind, vor allem in dem erwähnten Buch von Luck.

Wissenschaftler können Erkenntnisse verschweigen oder sich weigern, an bestimmten Forschungsobjekten mitzuarbeiten. Hierfür gibt es Beispiele, die freilich zugleich zeigen, daß angesichts der weltumspannenden Verflechtung der Wissenschaft, der umfassenden Informationsmöglichkeiten und der Erfahrung, daß die gleichen Ideen oft unabhängig voneinander an verschiedenen Orten konzipiert werden, dieses Vorgehen bisher praktisch wirkungslos war. Zudem gerät die Verweigerung oft in Widerspruch zu anderen ethischen Postulaten. So haben zahlreiche Wissenschaftler, angefangen von Leonardo da Vinci bis zu Edward Teller, dem führenden Kopf bei der Entwicklung der Wasserstoffbombe, die ethische Entscheidung getroffen, zur Verteidigung der Freiheit an Vernichtungswaffen mitzuarbeiten. Eine moderne Version des alten Leonardo-Konflikts ist die Aussage Tellers: »*Ich habe nichts für Waffen übrig. Ich wählte* den Beruf eines Wissenschaftlers, weil ich die Wissenschaft liebe. Ich würde am liebsten nichts betreiben als reine Forschung. Hier liegen meine wirklichen Interessen. Ich möchte Frieden haben. Aber um Frieden zu haben, brauchen wir Waffen. Ich denke nicht, daß meine Ansichten verzerrt sind. Ich glaube vielmehr, daß ich meinen Beitrag zu einer friedlichen Welt leiste« (zitiert nach Jungk, S. 347). Karl Popper hat dieses Problem eingehend untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß hier echte und tiefgreifende ethische Konflikte auftreten können, die mit vereinfachenden Schlagworten nicht zu lösen sind. Abgesehen davon bedeuten aber Verschweigen und Verweigern, vom Gesichtspunkt der Wissenschaft her gesehen, eine rein negative und unproduktive Einstellung.

Eine zweite Art verantwortlichen Verhaltens kann man mit dem Satz umschreiben: *'Die Wissenden sollen reden'. Daß Wissenschaftler verpflichtet* sind, über die möglichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse nachzudenken, die Verantwortlichen hierüber aufzuklären und notfalls die Öffentlichkeit vor befürchteten Schäden zu warnen, darüber ist man sich heute in weiten Kreisen einig. Eine besondere Verantwortung der Wissen-

schaft wird daraus abgeleitet, daß man sagt, allein die Fachleute seien in der Lage, ungewollte Folgen wissenschaftlicher und technologischer Aktivitäten vorauszusehen. Aber sind die Wissenden, die reden sollen, wirklich Wissende? Sind sie wirklich in der Lage, selbst wenn sie verantwortungsbewußt über mögliche Folgen nachdenken, diese mit hinreichender Sicherheit vorherzusagen? Wenn man fordert, der Wissenschaftler solle vor schädlichen Folgen warnen, aber nur Behauptungen aufstellen, die wissenschaftlich gesichert sind (Luck S. 243), dann ist dies in den meisten Fällen ein unauflösbarer Widerspruch. Denn gerade bei besonders drängenden Problemen sind die Voraussagen nicht hinreichend zu sichern, weil das im Namen strenger Wissenschaftlichkeit geforderte Kriterium, die experimentelle Verifizierbarkeit, in der Regel nicht erfüllt werden kann. So bleibt es meist bei subjektiven Vermutungen, die sich später nicht selten als falsch erweisen, bei kontroversen Aussagen, oder die möglichen Folgen werden überhaupt nicht gesehen.

Hierzu einige konkrete Beispiele:

1. Otto Hahn (zitiert nach Jungk) hat die möglichen Folgen der von ihm entdeckten Kernspaltung anfangs nicht vorausgesehen. Über die Entwicklung von Atomwaffen war er zutiefst bestürzt.
2. Über die Gefahren der Kernenergie herrschen unter führenden Wissenschaftlern höchst kontroverse Meinungen; sie reichen von der Behauptung, Kernkraftwerke seien besonders sicher, bis zu apokalyptischen Visionen.
3. Über den künftigen Energiebedarf gibt es unter Wissenschaftlern bislang keine allgemein akzeptierten Voraussagen.
4. Die möglichen Auswirkungen einer Anreicherung von Kohlendioxyd in der Erdatmosphäre sind bisher wissenschaftlich umstritten. Ähnliches gilt für die Gefahren, die durch eine Verunreinigung der Ozonschicht der Erde eintreten könnten.
5. Die Erfindung des DDT wurde seinerzeit mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Nach dem Testament Alfred Nobels soll der Preis demjenigen verliehen werden, der durch seine Entdeckung der Menschheit den größten Dienst erwiesen hat. Heute ist die Anwendung von DDT weltweit verboten.
6. Wir wissen heute noch sehr wenig über die Schäden, die beim Menschen durch Blei in den beim Straßenverkehr auftretenden Konzentrationen verursacht werden können. Das Benzin-Bleigesetz in der Bundesrepublik gründet sich auf höchst lückenhafte und zum Teil kontroverse medizinische Aussagen.
7. Die Arzneimittelkatastrophen durch Contergan und Menocil waren für die medizinische Wissenschaft nicht vorhersehbar, obwohl die Medikamente im Tierversuch sorgfältig geprüft waren.

8. Penicillin galt zunächst als die Wunderwaffe der Medizin. Heute ist der Eiterbazillus Staphylococcus aureus bereits in den gesamten USA penicillinresistent geworden. Niemand hat diese Entwicklung vorausgesehen.
9. Über mögliche Erbschäden beim Menschen durch mutagene Umweltgifte lassen sich bis heute keine rationalen Vorhersagen machen, weil die Übertragbarkeit von Tierversuchen auf den Menschen fragwürdig ist.
10. Was manche modernen, mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit propagierten sogenannten Bildungsformen angerichtet haben und noch anrichten werden, wurde zumindest von ihren wissenschaftlichen Initiatoren nicht vorausgesehen.

Alles in allem eine nicht gerade ermutigende Bilanz. Dabei sind die Probleme, die im Zusammenhang mit der Voraussagbarkeit auftreten, zum Teil prinzipieller Natur. Niemand, auch nicht der Wissenschaftler, kann die Folgen seines Tuns lückenlos vorhersehen, schon deshalb nicht, weil er in geschichtlichen Zusammenhängen steht und Geschichte nicht voraussagbar ist. Man stelle sich etwa Euklid von Alexandria vor, der 300 Jahre vor unserer Zeitrechnung seine 'Elemente' der Geometrie verfaßte. Hätte er damals voraussehen sollen, daß mehr als 2000 Jahre später die euklidische Geometrie unter anderem dazu herhalten muß, ballistische Bahnen von Interkontinentalraketen zu berechnen?

Gesundheitsschädliche Wirkungen lassen sich oft nur auf Grund statistischer Korrelationen vermuten, aber nicht wissenschaftlich beweisen, denn dazu wären kontrollierte Experimente erforderlich mit dem Ziel, Menschen zu schädigen. Solche Experimente sind aber zumindest bei uns in der Bundesrepublik verboten.

Und schließlich birgt jede Warnung vor schädlichen Auswirkungen die Gefahr von Interessenkollisionen, zum Beispiel Verlust von Arbeitsplätzen oder Beeinträchtigung von Umsätzen. Falls der Wissenschaftler seine Vermutungen nicht beweisen kann, läuft er Gefahr, in Schadenersatzprozessen den Kürzeren zu ziehen.

Als dritte Möglichkeit in der Ausübung von Verantwortung wäre denkbar, daß Wissenschaftler versuchen, in politische Entscheidungen über die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse einzugreifen. Maier-Leibnitz ist der Ansicht, daß die Entscheidung über die Anwendung bei den Politikern liegen muß und daß die Vorstellung, Wissenschaftler könnten die Politiker in dieser Hinsicht unter Druck setzen, romantisch, aber nicht realistisch sei. Und wer wollte behaupten, daß politische Entscheidungen von Wissenschaftlern a priori besser sein müßten als die von Politikern?

Unsere bisherige Betrachtung ging von einer bestimmten Auffassung von Wissenschaft, im engeren Sinn von Naturwissenschaft aus. Naturwissenschaft, so heißt es, bestehe in der wertfreien Feststellung objektiver, von uns völlig unabhängiger Tatsachen. Soweit ich sehe, wird dieses Postulat zumindest tendenziell auch dort aufrechterhalten, wo es, wie in der Mikrophysik, nicht durchgängig verifizierbar ist.

Der Positivismus vertritt diese Wissenschaftsauffassung in scharf pointierter Weise, indem er eine strikte Trennung von Ethik und Erkenntnis, von sittlichen Entscheidungen und wissenschaftlichen Sachverhalten, von Sollen und Sein, von Ziel und Weg, von Zweck und Mittel postuliert.

Wenn es um die Wissenschaft so bestellt ist, wenn Wissenschaft mithin bloß 'objektiv' ist, »dann ist gegen ihre negativen Nebenfolgen wohl kein Kraut – jedenfalls kein wissenschaftlich validierbares – gewachsen« (Zimmerli). Die Ethik des Wissenschaftlers als Wissenschaftler könnte dann höchstens darin bestehen, die objektive Wissenschaft möglichst rein zu erhalten; alles andere, vor allem die Verantwortlichkeit für die Folgen, wäre im Grunde außerwissenschaftlich.

Darauf ist zu erwidern, daß eine scharfe Trennung von Erkenntnis und Ethik, von Erkennen und Handeln, nicht durchführbar ist. Wahrnehmen, Denken und Tun bilden eine Einheit, deren einzelne Glieder zwar intentional verschieden betont, aber nicht ohne künstliche Abstraktion isoliert werden können. In jeder experimentellen Beobachtung stecken implizit schon gewisse Leitideen und Modelle, die als Handlungsweisungen für die Gestaltung der Experimente fungieren. Und umgekehrt stehen sogenannte Tatsachen immer schon in einem bestimmten Ideen- und Bedeutungszusammenhang.

Im gewöhnlichen Bewußtsein des Alltagsmenschen erscheint die Sinnenwelt als eine festgefügte, vom Beobachter unabhängige dingliche Außenwelt. In welchem Maße wir im Wahrnehmungs- und Denkprozeß diese Welt selbst erst konstituieren, bleibt dem Alltagsbewußtsein weithin verborgen. Wir vermeinen die Welt so wahrzunehmen wie sie ist. Dieser natürliche Objektivismus mit seiner Selbstverborgenheit des Beobachters ist die Wurzel des naturwissenschaftlichen Objektivismus. Man kann sagen, der wissenschaftliche Objektivismus ist eine Verabsolutierung und Idealisierung des naiven Objektivismus. Sein Ideal ist das absolute, vom menschlichen Beobachter unabhängige Objekt, wobei die Wahrnehmung durch die Sinne folgerichtig als ein rein passives Abbilden von äußeren Objekten im Bewußtsein aufgefaßt wird. Dementsprechend werden dann alle Inhalte, die sich der objektivistischen Leitidee nicht fügen, aus dem System eliminiert.

In der experimentellen Methode Galileis wurde dieser Ansatz zum erstenmal konsequent praktiziert. Die Galileische Physik ist keine

Beobachtung der Natur, sondern eine Kunst, eine Techne, um aus dem Ganzen der Natur nach vorgefaßten Leitideen bestimmte Aspekte herauszupräparieren und in möglichst reiner Form darzustellen. Das 'Gelten' von Naturgesetzen setzt dabei bereits einen Eingriff in die Natur, ein aktives Entscheiden und Handeln, voraus. Insofern ist die Technik im Galileischen Ansatz von vornherein mit enthalten.

Kant hat mit seinem Apriorismus diese Methode philosophisch kanonisiert: »Als Galilei seine Kugeln die schiefe Fläche mit einer von ihm selbst bestimmten Schwere herabrollen . . . ließ . . . , so ging allen Naturforschern ein Licht auf. Sie begriffen, daß die Vernunft nur das einsieht, was sie selbst nach ihrem Entwurf hervorbringt, . . . daß sie die Natur nötigen müsse, auf ihre Fragen zu antworten . . . . Die Vernunft muß mit ihren Prinzipien . . . an die Natur gehen, . . . nicht in der Qualität eines Schülers, der sich alles vorsagen läßt, sondern eines bestallten Richters, der die Zeugen nötigt, auf die Fragen zu antworten, die er ihnen vorlegt«.

Der Physiker Klaus Müller charakterisiert die Kriterien, nach denen die Physik experimentell in die Natur eingreift, als das Ausschnitthafte, die Mathematisierbarkeit und die Wiederholbarkeit. Das bedeutet: Aus dem Gesamtgeschehen werden objektivierbare Einzelvorgänge isoliert, alles Qualitative wird zugunsten des quantitativ Meßbaren ausgeschieden, und ebenso ist in diesem System kein Platz für Individuelles und Einmaliges.

Müller sieht in diesem Abblendungsprozeß selbst – und nicht erst in einer von ihm unabhängigen Anwendung – die Wurzel für die zerstörerischen Konsequenzen der modernen Naturwissenschaft. »Die neuzeitliche (Galileische) Physik ist von ihrem Ansatz her mörderisch, in letzter Konsequenz selbstmörderisch«. Die eigentliche Gefahr liegt in der Bemächtigungstendenz, deren praktische Auswirkungen für die gesamte Schöpfung konsequent aus diesem Ansatz folgen. »Wenn die Objekte der Physik Konstrukte sind und wenn die Zurichtung einer Wahrnehmung auf ein physikalisches Experiment hin selbst ein Prozeß der Abblendung ist, dann wird die lebendige Reichhaltigkeit der Natur denaturiert. Im Verfahren der Objektivierung bemächtigt sich der Mensch der Natur und unterwirft sie einer Beschreibungsweise, die das volle humanökologische Geflecht vom materiellen Haushalt und seelischen Haushalt zerschneidet, indem ein einseitiges Bild nur des materiellen Weltgefüges zugelassen wird. . . . Der Eingriff, der ins Galileische Erkenntnis- und Verwertungsraster führt, ist ein technischer, und er produziert durch seine in der Bemächtigungstendenz liegende Einseitigkeit die Trennung zwischen Technik und Ethik. Zu hoffen, daß man die Ethik nachträglich wieder inkorporieren könne, ist die Lebenslüge dessen, der meint, die Machtausübung, die er an sich feststellt und über die er erschrickt, in einem zweiten Schritt der Anbindung an 'Werte' rechtfertigen zu können.

Aber die Werte, wenn sie beschworen werden, kommen regelmäßig zu spät; wir haben nicht die Wahl eines korrigierenden Schrittes, wenn wir im Erkenntnisprozeß schon gewaltsam geworden sind«.

Hier wird eine entschiedene Gegenposition zum gängigen Positivismus bezogen und zugleich ein im ursprünglichen Sinne radikaler, das heißt an der Wurzel ansetzender Versuch unternommen, die Verantwortung der Wissenschaft nicht in außerwissenschaftliche Bereiche abzuschieben, sondern sie im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß selbst wirksam werden zu lassen. Wenn in der wissenschaftlichen Tätigkeit, vor allen in ihrer experimentellen Ausprägung, immer schon bestimmte Willensentscheidungen liegen, ist es nicht mehr möglich, ethische Kategorien sorgsam auszuklammern. Vielmehr muß ich diese Entscheidungen erkennen und mich zu ihnen bekennen. Erst dann wird eine Möglichkeit geschaffen, »das ständige Reden von der Verantwortung des Wissenschaftlers endlich einzulösen« (Zimmerli).

In dieser neuen Sicht bedeutet Wissenschaftlichkeit nicht mehr, eine bestimmte Methode unterschiedslos auf alle Erfahrungsbereiche anzuwenden, sondern die den Phänomenen angemessenen Erkenntnismethoden zu entwickeln. Husserl sagte einmal: »Sagt 'Positivismus' soviel als absolut vorurteilsfreie Gründung aller Wissenschaften auf das Positive, das heißt originär zu Erfassende, dann sind wir die wahren Positivisten. Wir lassen uns durch keine Autorität das Recht verkümmern, alle Anschauungsarten als gleichwertige Rechtsquellen der Erkenntnis anzusehen – auch nicht durch die Autorität der modernen Naturwissenschaft«.

Anstelle eines Methodenautomatismus wird hier die Entscheidung über die angemessene Methode in die freie Verantwortung des Wissenschaftlers mit einbezogen; es wird der Weg frei, auf verschiedene Weise mit der Natur wissenschaftlich umzugehen, wie dies etwa am Beispiel Galileis und Goethes zu demonstrieren wäre. Als erster hat Rudolf Steiner gezeigt, daß es sich beim Ansatz Goethes um eine wissenschaftliche Methode handelt, die den überkommenen Methoden der Naturwissenschaft gleichberechtigt ist, aber nicht auf gleicher Ebene mit ihnen konfrontiert werden kann. Goethes naturwissenschaftliche Methode kennt den quantitativen Reduktionismus, das Ausschnitthafte der Galileischen Physik nicht, sondern gelangt zu einer geistigen Zusammenfassung der Einzelphänomene bei voller Erhaltung, ja sogar bewußten experimentellen Ausgestaltung ihrer qualitativen Mannigfaltigkeit, indem sie zu einer 'höheren Erfahrung' in der Erfahrung aufsteigt. An die Stelle der objektivistischen Methode mit ihrer Eliminierung des Subjekts tritt der Mensch mit allen Fähigkeiten als das umfassendste Beobachtungsinstrument. Statt der Trennung zwischen Mensch und Natur wird das Verhältnis beider in seinem ganzheitlichen Zusammenhang auf-

gewiesen. Die Kategorie der Wiederholbarkeit wird über eine Stufenleiter der Seinsbereiche mit der Kategorie der Einmaligkeit verbunden: zufällig, mechanisch, physisch, chemisch, organisch, psychisch, ethisch, religiös, genial.

Daß die wissenschaftlichen Methoden und Denkweisen aus der Verantwortung der Wissenschaft nicht auszuklammern sind, läßt sich an konkreten Beispielen aufweisen. Ich wähle hierzu das Beispiel der Medizin, nicht nur, weil ich Physiologe bin, sondern weil die Medizin es mit dem ganzen Menschen zu tun hat und jede einseitige Denkweise dort zu unmittelbaren praktischen Konsequenzen führen muß (Hensel). Für den Wissenschaftsbegriff der gegenwärtigen Medizin gilt weithin das Ideal der klassischen Naturwissenschaft. Berühmt ist das Abkommen zwischen den Physiologen Emil du Bois-Reymond und Ernst Wilhelm von Brücke, beide Schüler von Johannes Müller. Hierüber schrieb Du Bois-Reymond 1842: »Brück und ich, wir haben uns verschworen, die Wahrheit geltend zu machen, daß im Organismus keine anderen Kräfte wirksam sind, als die genauen physikalisch-chemischen«. Der Stil dieser Ausführungen zeigt, was es mit der sogenannten Objektivität der Wissenschaft auf sich hat: Hier wird keine wissenschaftliche Feststellung getroffen, sondern eine Verschwörung inszeniert, um ein neues Dogma durchzusetzen.

Die Folgen einer einseitig naturwissenschaftlichen Denkweise in der Medizin sind schwerlich zu überschätzen. So wird heutzutage gefordert, die Wirksamkeit eines Arzneimittels müsse durch einen nach dem Vorbild naturwissenschaftlicher Experimente geplanten Versuch am Menschen bewiesen werden, alles andere sei schlechthin unwissenschaftlich. Insbesondere müsse dabei der Patient als Subjekt eliminiert werden, ebenso auch das Arzt-Patient-Verhältnis, denn durch diese Faktoren würden die objektiven Resultate verfälscht. Das wissenschaftliche Ideal ist der kontrollierte klinische Versuch in Form einer randomisierten Doppelblindstudie, bei der eine nach Zufallsverteilung (Randomisierung) ausgewählte Hälfte eines Patientenkollektivs das zu prüfende Arzneimittel, die andere Hälfte ein unwirksames Medikament, ein Placebo, erhalten. Weder der behandelnde Arzt noch der Patient wissen, wem Arzneimittel oder Placebo verabreicht werden.

Formal-objektivistisch scheint alles in schönster Ordnung, von einem übergeordneten Standort aus ergeben sich dagegen schwerwiegende wissenschaftliche Einwände (Kienle). Es hat sich zum Beispiel gezeigt, daß die Versuchsanordnung das Ergebnis signifikant beeinflußt; die Resultate des doppelten Blindversuchs sind also auf die reale therapeutische Situation nicht übertragbar. Auch im Doppelblindversuch kann die Arztpersönlichkeit einen entscheidenden Einfluß auf das Resultat haben. Bei einem Arzt mit

negativ-skeptischer Einstellung zeigte sich kein Unterschied zwischen Arzneimittel und Placebo, man hätte also das Arzneimittel als unwirksam einstufen müssen. Bei einem anderen Arzt hingegen mit positiv-fordender Haltung war das Arzneimittel deutlich wirksamer als das Placebo. In diesem Fall muß dem Arzneimittel selbst eine Wirkung zugesprochen werden, die es allerdings nur unter der Bedingung einer positiven ärztlichen Haltung entfalten konnte.

Wir stehen hier vor dem Problem, daß ein Ergebnis im Rahmen einer bestimmten Versuchsanordnung zwar wissenschaftlich scheinbar exakt sein kann, aber auf die Wirklichkeit nicht anwendbar ist. Die wissenschaftliche Methode hat dabei im Grunde nur eine Alibifunktion: Man macht etwas, weil es als »wissenschaftlich« gilt, weiß aber nicht, was es für die reale Situation bedeutet.

Andere Einwände ergeben sich aus ethischen Gründen. In der normalen therapeutischen Situation erteilt der Patient als Subjekt den Behandlungsauftrag; der Arzt handelt ausschließlich im konkreten Interesse des Patienten. Im Doppelblindversuch hingegen ist der Patient Objekt einer Versuchsanordnung; der Arzt handelt im abstrakten Interesse einer wissenschaftlichen Fragestellung. Nach den Bestimmungen des neuen Arzneimittelgesetzes (1976) über klinische Versuche am Menschen ist oberstes Prinzip die Freiwilligkeit seitens des Patienten, gegründet auf eine strenge Aufklärungspflicht seitens des Untersuchers. Wie aber will man diese Forderung erfüllen, wenn der methodische Trick gerade darin besteht, den Patienten im unklaren zu lassen? Wie würde ein ernstlich Kranker sich entscheiden, wenn er wüßte, daß er nach Zufall ein möglicherweise wirksames Medikament oder ein Placebo erhält? Bei behandlungsbedürftigen Krankheiten verstößt der Arzt gegen seine Pflicht, wenn er dem Patienten ein Mittel vorenthält, von dessen Wirksamkeit er überzeugt ist, auch wenn sich das statistisch noch nicht hinreichend erhärten läßt; er darf keinesfalls riskieren, dem Patienten zu schaden, womöglich seinen Tod in Kauf zu nehmen, nur um eine einwandfreie Statistik zu bekommen. Von dieser Pflicht entbindet ihn nicht einmal das Einverständnis des Patienten.

Wenn die Forderung nach einer bestimmten Art von wissenschaftlicher Objektivität in Konflikt gerät mit der Ethik und der Menschenwürde, so ist dies ein Alarmzeichen und sollte Anlaß zum Nachdenken geben. Denn was ethisch verwerflich ist, kann, auf die Ganzheit des Menschen bezogen, auch wissenschaftlich nicht einwandfrei sein. Was sich hier zeigt, ist das Problem der dem Gegenstand angemessenen Erkenntnismethode; es ist das Problem von formaler Wissenschaftlichkeit und Wahrheit.

Von einem übergeordneten Standpunkt aus, von dem aus man den ganzen Menschen sieht, ist es unwissenschaftlich, den Kranken als Objekt zu

behandeln und alle subjektiven Äußerungen im Interesse eines verengten und falsch verstandenen Begriffs von wissenschaftlicher Objektivität auszuklammern. Vielmehr verhält sich die Medizin erst dann ihrem Erkenntnisgegenstand angemessen und damit wissenschaftlich, wenn sie den Patienten als Individualität und als Träger einer Biographie voll berücksichtigt.

Die Konsequenzen reichen aber noch weiter. Eine naturwissenschaftliche Fiktion vom Menschen wird die Therapie im Grunde als manipulativen Eingriff in biologische Vorgänge begreifen und dementsprechend handeln. Die dabei auftretende Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen ist eine spezifische Folge dieser Denkweise und nicht etwa nur der schlechthin unvermeidliche Tribut jeglicher Art von Therapie, wie dies von pharmakologischer Seite gern behauptet wird.

In unserer heutigen technologisierten Medizin haben wir längst den Punkt erreicht, an dem ein weiterer Fortschritt in der gleichen Richtung nicht nur unbezahlbar wird, sondern sich auf die Gesundheit des Menschen in zunehmendem Maße negativ auswirkt. Wesentlich erscheint nur, daß das heutige Anspruchsdenken in der Medizin nicht nur aus metawissenschaftlichen Wertvorstellungen stammt, sondern aus einem falschen Denken der medizinischen Wissenschaft selbst, einem Denken nämlich, das den menschlichen Organismus als einen Mechanismus auffaßt, der mit pharmakologischen und technologischen Mitteln beliebig manipulierbar ist.

Eine Medizin dagegen, die mit der Eigenaktivität des Patienten in organischer, seelischer und geistiger Hinsicht rechnet, wird die Tendenzen zur Selbstordnung und Selbstheilung in den Mittelpunkt der therapeutischen Bemühungen stellen. Konsequent zu Ende gedacht, führt ein solcher Ansatz zu einer Schwerpunktverlagerung von einer rein kurativen zu einer präventiv-kurativen Medizin im Sinne einer veränderten Grundhaltung, in der der Mensch sich für seine Gesundheit selbst verantwortlich weiß. Welche gesundheitspolitischen Konsequenzen sich hieraus ergeben, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren.

Was ich hier am Beispiel der Medizin zu zeigen versuchte, gilt im Grunde für alle Bereiche, in denen die Verantwortung der Wissenschaft angesprochen ist. Bisher sehen nur Wenige, unter ihnen René Dubos und Herbert Gruhl, einen inneren Zusammenhang zwischen den Problemen, denen die Menschheit heute gegenübersteht und der Art unseres wissenschaftlichen Denkens und Handelns, das gekennzeichnet ist durch die Spaltung von Subjekt und Objekt, den naturwissenschaftlichen Reduktionismus und die Entfremdung des Menschen von der Natur.

Verantwortung der Wissenschaft kann heute nicht mehr allein bedeuten, daß der Wissenschaftler ein anständiger Mensch ist. Es ist auch nicht allein damit getan, daß man Verantwortung auf das Gesellschaftliche, auf das

Verhältnis der Menschen untereinander verkürzt. Erforderlich ist eine universale Ethik, die gleichermaßen den Menschen und die Schöpfung umfaßt. Wenn man den negativen Folgen der modernen Wissenschaft und Technologie heute mit den Mitteln ebenderselben Wissenschaft und Technologie zu begegnen sucht, mag dies notwendig und anerkennenswert sein, aber woher nehmen wir die Zielvorstellungen und Motive? Das ist nicht allein eine Frage der persönlichen Moral, sondern vor allem auch eine Frage der Erkenntniserweiterung. Erst wenn der Prozeß des Umdenkens auch die Wissenschaft selbst ergreift, kann man im wahren Sinn von der Verantwortung der Wissenschaft reden.

Bois-Reymond, E. du (Hg.): E. du Bois-Reymond, Jugendbriefe an Eduard Hallmann. Berlin 1918, S. 118.

Dubos, R.: Der entfesselte Fortschritt. Bergisch-Gladbach: Lübbe 1970, S. 229 f.

Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts. In: Bundesgesetzblatt 1976, Teil I, Nr. 110, S. 2445 ff.

Gruhl, H.: Ein Planet wird geplündert. Frankfurt/M.: S. Fischer 1975, S. 18.

Hensel, H.: Zur Problematik des Wissenschaftsbegriffs in der Medizin. In: Anderegg, I. (Hg.): Wissenschaft und Wirklichkeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1977, S. 29–48.

Hoffmeister, J.: Wörterbuch der philosophischen Begriffe. Hamburg: Meiner 1955, S. 640.

Jungk, R.: Heller als tausend Sonnen. Stuttgart: Schertz & Goverts-Verlag 1956.

Kant, I.: Kritik der reinen Vernunft (1787). Philos. Bibliothek Bd. 37 a. Hamburg: Meiner 1952, S. 17 f.

Kienle, G.: Arzneimittelsicherheit und Gesellschaft. Stuttgart, New York: Schattauer 1974.

Luck, W. A. P.: Homo investigans. Der soziale Wissenschaftler. Darmstadt: Steinkopff 1976.

Maier-Leibnitz, H.: Information und Gesellschaft. Die Verantwortung des Wissenschaftlers gegenüber der Öffentlichkeit. DUZ/HD *24*, 723-724 (1976).

Müller, A. M. K.: Geschöpflichkeits-Defizite in Naturwissenschaft und Theologie. In: Anderegg, J. (Hg.): Wissenschaft und Wirklichkeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1977, S. 49-72.

Popper, K.: Die moralische Verantwortung des Wissenschaftlers. Universitas *30* , 689-699 (1975).

Scheel, W.: Verantwortung der Wissenschaft für die Zukunft der Menschheit. Bulletin Nr. 91. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 837-840.

Schwartländer, J.: Verantwortung. In: Krings, H., Baumgartner, H. M., Wild, ch. (Hg.): Handbuch philosophischer Grundbegriffe, Band 6. München: Kösel 1974, S. 1577-1588.

Zimmerli, W. Ch.: Objektivität der Wissenschaft – oder: Wie unabhängig ist die Wirklichkeit? In: Anderegg, J. (Hg.): Wissenschaft und Wirklichkeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 162–185.

Ende des Wachstums – Ende der Freiheit?[1) 2)]

Ulrich Müller

Vorbemerkung

Um von vorneherein Mißverständnisse auszuschließen, möchte ich vorausschikken: Das Thema fragt nach dem Schicksal der Freiheit unter der Voraussetzung, daß wir wirtschaftliches Wachstum nicht bekommen. Ich äußere mich nicht dazu, unter welchen Voraussetzungen das sein wird. Ich kann nur sagen: Ich bin für Wachstum, aber ich bin auch skeptisch, ob wir es haben werden. Ich will vielmehr die durchaus mögliche Variante, daß wir weniger Wachstum in Zukunft haben als bisher, unterstellen, ohne in den Streit um die Notwendigkeit des Wachstums einzutreten.

A. Einleitung

Zunächst etwas zu *Aufbau und Ergebnis* meiner Überlegungen:

Ich möchte zunächst einmal einfach Beispiele dafür bringen, daß ich einen *Zusammenhang* zwischen Wachstum und Freiheit sehe, zwischen herabgesetztem Wachstum und herabgesetzter Freiheit, und zwar einen ökonomischen und einen politischen Zusammenhang. Ich will zum zweiten dann etwas sagen zu den *Problemen*, die sich damit auftun, zu den problematischen Konsequenzen dieses Zusammenhangs. Und ich will in einem dritten großen Bereich dann etwas unter dem Stichwort »*Lösungsangebote von links*« sagen, das heißt was haben die verschiedenen Variationen des Sozialismus zum Thema beizutragen; das ist nicht uninteressant. Viertens will ich dann *meine Lösungsangebote* machen, und die will ich hier gleich nennen, das ist praktisch das Ergebnis des Vortrages.

Meine *Thesen* lauten:

Es gibt in der Tat einen Zusammenhang zwischen herabgesetztem Wachstum und herabgesetzter Freiheit. Wir können das dadurch erträglich gestalten, daß wir drei Dinge tun:

1. *Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik* – ein Schlagwort, das hiermit sozusagen das Licht der Welt erblickt.

1) Redaktionelle Anmerkung: Die hier abgedruckte Rede wurde anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in der Ev. Akademie Bad-Boll vom 30. Oktober bis 1. November 1977 »Die Verantwortung des Menschen« – von einem Stichwort-Manuskript abgesehen – frei gehalten. Vor dem Abdruck wurden geringfügige Änerungen vorgenommen, der Redestil aber beibehalten. Dies in der Hoffnung, daß dadurch die Lebendigkeit der Rede dem Leser erhalten bleibt.

2) Ich bin im Staatsministerium von Baden-Württemberg beschäftigt, doch ich kann hier nur meine persönliche Meinung vortragen, ganz einfach deswegen, weil ich andere Meinungen oder eine offizielle des Staatsministeriums nicht kenne.

2. Eine *umfassende Durchsetzung des Verursacherprinzips*, und zwar bei weitem nicht nur in puncto Umweltschutz, sondern zum Beispiel auch in der Sozialpolitik.
3. Sich eine Option, eine Möglichkeit offenhalten für eine Verinnerlichung oder ein *Hinwenden an idealistische Bedürfnisse*, frei nach dem Motto, daß der größte Reichtum noch immer im Mangel an Bedürfnissen besteht.

Und abschließend möchte ich dann noch etwas dazu sagen, wie nun die Dinge *politisch umstritten* sind, und dabei wird festzustellen sein, daß eigentlich *der alte politische Streit* zwischen Sozialisten und Nicht-Sozialisten unter neuen Bedingungen *mit umgekehrtem Vorzeichen* weitergeführt wird. Keinem ist im Prinzip dazu etwas Neues eingefallen, und jeder sagt, dieselben Institutionen und Argumente, die er früher angegeben hat, um die Überflußgesellschaft zu produzieren oder zu regulieren, die taugen auch und gerade dafür, um die Verwaltung des Mangels vorzunehmen. Beide Seiten behaupten das. Sie können sich vorstellen, daß ich der Auffassung bin, daß *wir* das mit größerer Berechtigung tun als die Sozialisten.

Soviel zur Gliederung des Vortrages und zu den Ergebnissen.

B. Hauptteil

I. Zusammenhänge von Wachstum und Freiheit

Nun möchte ich die Dinge im einzelnen behandeln. Zunächst die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Freiheit – Wachstum jetzt nur im ökonomischen Sinne verstanden, Freiheit allerdings in einem umfassenden Sinn. Ich will nur Beispiele geben und die Dinge nicht systematisch behandeln; das ist auch völlig unnötig: Einige Schlagworte mögen genügen.

1) Ich bin in einer Zeit an die Uni gekommen, 1967, wo jedermann in jedem Ort jedes Studienfach in beliebiger Länge unter den ihm zur Verfügung stehenden beliebigen Umständen studieren konnte. Die Zeiten haben sich geändert, die Ausbildungsmöglichkeiten haben sich herabgesetzt, die Kapazitäten sind nicht in dem Maße geblieben, in dem auch der Andrang zu den Bildungseinrichtungen gestiegen ist. *Grenzen des Wachstums* in puncto Wachstum der *Bildungsinstitutionen* – *Grenzen der persönlichen Freiheit* in puncto Wahl des Studienplatzes oder der Frage, ob man überhaupt studieren kann.

Wir können das gleich hineinverlängern in das Beschäftigungssystem – Stichwort *Arbeitslosigkeit* – denn dafür steht genau dasselbe fest. Viele haben heute nur noch die Wahl, entweder einen Arbeitsplatz im Bayerischen Wald zu finden oder arbeitslos in Stuttgart zu sein. Das war

früher anders. Mit den herabgesetzten Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie und überhaupt in der Wirtschaft haben sich natürlich Rückwirkungen ergeben auf die Freizügigkeit und die Möglichkeit, sich einen Arbeitsplatz nach seiner Wahl in jeder Beziehung (Entlohnung, Art der Tätigkeit usw.) auswählen zu können. Das nur zunächst einmal als zwei Beispiele.

Ein drittes kommt dazu, das in dieselbe Richtung gehört. Auch die *Aufstiegschancen* innerhalb der Bildungs- und Berufswelt sind gesunken. Wir haben Anfang der siebziger Jahre aufgrund einer bestimmten Euphorie, die ich nicht näher umschreiben will, einen Beförderungs*schwung* im öffentlichen Dienst gehabt, quer durch alle Bereiche der Verwaltung und in den Universitäten; und das hat bereits nach wenigen Jahren dazu geführt, daß wir jetzt einen Beförderungs*stau* haben. Das Schlimme daran ist, daß eben gerade die jungen Leute, die 1970-74 befördert worden sind, jetzt die höher qualifizierten Positionen einnehmen und damit die Aufstiegsmöglichkeiten anderer verhindern. Nun könnten wir das Problem dadurch lösen, daß man mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schafft und so den Apparat aufbläht, daß man also insgesamt mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und damit der Stellenkegel auch nach oben etwas Luft bekommt. Aber davon kann ja heute nicht die Rede sein – Grenze des Wachstums, Grenze der Freiheit!

Wir können also viele Probleme, Verteilungsprobleme, Aufstiegsprobleme nicht mehr einfach durch die Erweiterung des Apparates oder durch ein erweitertes quantitatives Angebot lösen. In jedem dieser drei Fälle (im Bildungssystem, bei der Arbeitslosigkeit und in puncto soziale Durchlässigkeit, Aufstiegschancen) fehlt es am Geld. So sieht man also, daß allein schon auf diesem sehr anschaulichen Gebiet ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ökonomischem Erfolg und persönlicher Freiheit besteht. Je erfolgreicher das System, desto mehr Spielraum, Entfaltungsspielraum, Aufstiegsspielraum, Wahlmöglichkeiten kann es für seine Bürger einrichten.

2) Das war der erste Komplex, die Arbeits- und Berufswelt. Ein zweiter Bereich, um das noch zu verdeutlichen: Wir sprechen vom *Netz der sozialen Sicherheit,* und wir sprechen von der Dynamisierung von Sozialleistungen; in dem Maße, in dem dynamisch wachsende Sozialleistungen zu einer wachsenden Wirtschaft passen, gilt eben auch das Umgekehrte, daß *bei einer stagnierenden Wirtschaft auch die Sozialleistungen stagnieren* müssen. Es sei denn – und das ist jahrelang geschehen und hat uns erhebliche Probleme gebracht –, man finanziert aus der Substanz, oder man verschuldet sich. Beides haben wir gemacht.

Die Unternehmen haben aus der Substanz finanzieren müssen, um zum Beispiel den zweiten Lohn, der mittlerweile bei 65% des ersten Lohnes liegt, zu finanzieren; und der Staat hat sich verschuldet. Man lebt von der Substanz – oder im Vorgriff auf die Zukunft – um die nach wie vor gestiegenen Ansprüche bei herabsinkenden Möglichkeiten finanzieren zu können. Wenn Sie nur die Rentenreformdebatte nehmen, heute vor einem Jahr hat man noch nicht darüber gesprochen, im Dezember 1976 kam der Regierung die Erleuchtung (das heißt sie hat *ihre Erleuchtung zu erkennen gegeben, die sie im August 1976 schon* hatte, sie konnte sie aber leider noch nicht so ganz zum Ausdruck bringen, weil da ein Wahltermin dazwischen war, ich komme auf den Punkt unter einem generelleren Gesichtspunkt noch einmal zu sprechen). Im Dezember 1976 ist es dann losgegangen mit dem Kürzen von Renten. Man hat es gewollt, und man hat es nicht durchgesetzt. Man hat etwas gemacht, was nun häufig in solch einem Falle gemacht wird: man hat die Beiträge erhöht, Umlagefinanzierung ist das. Wir haben zwar an einigen Stellen gespart, das stimmt. Aber Einsparungen zu Ausgabenkürzungen verhalten sich bei der Rentenreform 1977 ungefähr im Verhältnis 3 : 1, und umgekehrt wäre es genau richtig gewesen: Man hätte dreimal soviel sparen müssen, wie man zusätzlich die Beiträge erhöht hat. Heute lese ich in der Zeitung, daß der Vorsitzende des Sozialbeirats beim Bundessozialministerium davon spricht, daß wir mit dieser Rentenreform höchstens bis 1980 leben können und daß es danach schon wieder losgeht. Das ist völlig logisch, das hat jeder Eingeweihte voraussehen können, daß es ein Pflästerchen ist, das die Rentenreform über zwei Jahre sichert, aber nicht länger. Und er sagte, es gibt zwei Möglichkeiten: die Renten zum Beispiel an das Nettolohnprinzip anzupassen, oder die Beiträge zu erhöhen. Da sind wir wieder bei dem Problem. Und die FDP sagt, die Beiträge werden nicht erhöht. Das hat sie vor einem Jahr auch schon gesagt, ebenso wie die CDU. Tatsächlich aber sind sie alle mitschuldig geworden. Sie sind den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. – Auch das ist jetzt nur ein Beispiel, wie das Netz der sozialen Sicherheit nicht mehr in dem Maße weiterfinanziert werden kann, wie wir das gewohnt sind, und damit die sozialen Ansprüche nicht mehr so befriedigt werden können, weil das Geld einfach nicht da ist, mit dem das geschehen könnte. Der einzige Spielraum, den wir da noch haben, ist der Griff in die Tasche des Bürgers, wodurch das verfügbare Einkommen relativ immer weiter sinkt.

3) Und nun zu einem dritten Bereich neben Beruf und Arbeitswelt und dem sozialen Sicherungssystem. Es wird in Zukunft noch etwas teurer sein, einen besonderen Geschmack zu haben. *Und zwar deswegen, weil*

sich soundsoviele Produkte verteuern müssen; Produkte, die arbeitsintensiv sind, daran haben wir uns schon gewöhnt, daß sie überproportional teuerer werden, Dienstleistungen zum Beispiel. Produkte aber jetzt insbesondere, die in Zukunft umweltschädlich sind, Energie-verzehrend oder Rohstoff-aufwendig – und damit haben wir fast alle Produktionsfaktoren genannt. Und mit der Verteuerung von Gütern werden wir natürlich die Zahl der Ansprüche auch wieder senken müssen. Das heißt, die Entfaltungsmöglichkeiten, die Möglichkeiten der privaten Lebensgestaltung, die mit materiellem Konsum einhergehen (es gibt auch andere, die nicht mit materiellem Konsum einhergehen; aber eine ganze Portion geht damit einher), die werden schwieriger durchzusetzen sein.

4) Soviel zunächst einmal als Beleg für den Zusammenhang zwischen Wachstum und Freiheit in ökonomischer Hinsicht. Daneben kann man auch einige politische Zusammenhänge herstellen, ich will sie nur andeuten. Es ist zu befürchten, daß das Herabsinken der Chance, den Lebensstandard zu erhöhen, die Ansprüche zu befriedigen, zu einer Radikalisierung führt. Das ist irgendwie logisch, und man spricht immer wieder davon, jeder weiß es: der Verteilungskampf wird härter. Wenn nicht mehr so viel zum Verteilen da ist, dann werden die Auseinandersetzungen über das, was geblieben ist, eben mit härteren Methoden geführt werden, und die Frustrationen werden zunehmen. Wenn man ständig gesagt bekommt, »es geht nicht, es geht nicht, und wir müssen es lassen«, dann kann ich mir durchaus vorstellen, daß darüber der Unmut langsam eine Schwelle erreicht, die das System in Gefahr bringen kann. Wir haben die Gefahr deswegen bisher noch nicht zu spüren bekommen, weil wir immer populäre Entscheidungen getroffen haben und höchst selten unpopuläre. Kein Wunder, daß es deswegen noch ruhig ist. Aber man hat die Ruhe damit erkauft, daß wir eben ökonomische Fehler im großen Stil gemacht haben. Ich habe es vorhin schon einmal angedeutet, bei der Geschichte mit der Verschuldung, mit der Finanzierung aus der Substanz. Nehmen wir bloß die Inflation, die wir in Kauf genommen haben. Auch das ist ja die Politik des billigen Geldes, eine Methode, um überzogene Ansprüche, denen kein entsprechender Güterberg gegenübersteht, überhaupt finanzieren zu können. Und wenn Sie bloß nach Italien oder nach Frankreich oder Großbritannien schauen – da gibt es schon Situationen, daß sich diese Länder manchmal der Anarchie nähern oder sie bereits erreicht haben.

   Es ist auch irgendwo logisch, daß da, wo das Wachstum nicht mehr so zunimmt, die bestehenden Ungleichheiten natürlich härter empfunden werden. Bislang war es ja so, daß man sich gesagt hat, na gut, die einen

haben mehr und die anderen haben weniger, aber das macht nichts, insgesamt habe auch ich noch mehr in der Zukunft, weil das Niveau allgemein angehoben wird. Die Ansprüche des Einzelnen konnten also aus dem Wachstum heraus finanziert werden. Wenn – ich sage immer nur *wenn* – das Wachstum nicht mehr in dem Maße gegeben sein sollte, dann wird die Begehrlichkeit steigen, ohne daß damit die Möglichkeiten steigen, diesen Begehrlichkeiten auch noch nachkommen zu können. Das wird insgesamt also zu einer Überforderung von Staat und Wirtschaft führen.

Man kann es noch etwas hintergründiger ausdrücken: Wenn wir Freiheit verstehen als die Möglichkeit sich zu ändern oder als die Möglichkeit der Änderung und wir feststellen, daß Realisierungsmöglichkeiten, sofern sie etwas mit Geld zu tun haben (und viele haben eben mit Geld zu tun), daß diese Realisierungsmöglichkeiten herabgesetzt sind, dann ist der Spielraum des Änderbaren gesunken und damit eben auch die Freiheit.

Soviel zunächst zu dem ersten größeren Abschnitt, den Zusammenhängen zwischen Wachstum und Freiheit in ökonomischer und politischer Hinsicht.

II. Die problematischen Folgen der Zusammenhänge

1) Nun etwas zu den Problemen, die damit verbunden sind. Ich will eine Definition wagen: Wenn man *Demokratie* als die Staatsform bezeichnet, in der Betroffene darüber entscheiden können, was man will, dann müssen wir feststellen, daß sich *die* Frage heute gar nicht mehr stellt. Es geht nicht mehr um die Frage, was wir *wollen*, wenn die Bedingung lautet, daß wir kein Wachstum haben; sondern unter dieser Bedingung geht es darum festzulegen, was man *muß*. Und ob da die Demokratie noch funktioniert, da kann man seine Zweifel haben. Wir werden im Zusammenhang mit den Lösungsangeboten, Stichwort Entpolitisierung der Wirtschaft, noch darauf zurückkommen. Wir werden m. E., um es hier anzudeuten, von einem System abkommen müssen, in dem die Betroffenen darüber entscheiden, was sie *wollen*, und zu einem System übergehen müssen, *in dem die Nicht-Betroffenen darüber entscheiden, was man muß*. Das klingt nicht sehr erfreulich, ich weiß, aber ich fürchte, daß es so ist.
2) Damit nicht genug. Die Soziale Marktwirtschaft oder jede Wirtschaftsordnung, aber die Soziale Marktwirtschaft speziell, hat natürlich auch ihre Probleme. Die *Soziale Marktwirtschaft* beruht neben der dezentralen Produktionsplanung und der freien Konsumwahl auf dem Gewinnprinzip durch Steigerung der Produktivität und des Output. Es ist aus mit dem

Gewinnprinzip, wenn es nicht mehr funktioniert als Hebel, als Anreiz, Motivator, als Lenker der Wirtschaft. Wenn das Gewinnprinzip ausfällt, weil es nicht mehr Gewinn gibt, was dann? Die Sozialisten triumphieren und sagen, das ist das Ende des Kapitalismus. Ich sage: zu früh gefreut, die Marktwirtschaft bekommt eine neue Begründung. Sie wird in Zukunft nicht mehr am Gewinnprinzip und an der Output-Orientierung ihre Rechtfertigung erfahren, sondern umgekehrt am Verlustprinzip und an der Input-Orientierung. Ich werde das noch im einzelnen erklären. Ich will jetzt nur so viel dazu sagen: So sehr der Markt taugt, Effizienz und Freiheit miteinander zu verbinden, so sehr taugt er auch, Verschwendung herabzusetzen. Das verstehe ich unter Input-Orientierung. Das ökonomische Prinzip lautet ja: entweder mit einem bestimmten Aufwand ein möglichst gutes Ergebnis oder ein bestimmtes Ergebnis mit möglichst geringem Aufwand zu erwirtschaften. Bisher haben wir immer das eine gemacht, ein möglichst gutes Ergebnis mit einem bestimmten Aufwand. In Zukunft müssen wir eben sagen, »gut, wenn das Ergebnis dasselbe bleiben wird, dann liegen in Zukunft die Rationalisierungs- und Effizienzspielräume eben darin, daß wir mit möglichst Wenigem auskommen«. Und diese *Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, eine nichtverschwendungsreiche Wirtschaft zu sein, die sichert ihre Überlebenschance.* Aber trotzdem bedeutet das, daß wir da einiges korrigieren müssen. Es ändert sich nichts am Prinzip, aber es ändert sich einiges an den Institutionen.

3) Ein drittes Stichwort will ich noch aufgreifen. Ich habe jetzt eine Rückwirkung auf die Demokratie gezeigt und eine Rückwirkung auf unsere Wirtschaftsordnung. Im folgenden geht es um den Begriff »Lebensqualität«. Wer sich für sie als politisches Ziel einsetzt, der glaubt, die Grenzen des Wachstums politisch ausgewertet und umgesetzt zu haben in ein politisches Programm. Ich halte von dieser Diskussion absolut nichts, um das gleich deutlich zu sagen, und will einmal stichwortartig begründen:

   Die ganze Lebensqualitätsdiskussion ist der Versuch, Quantitäten gegen Qualitäten auszuspielen, und das funktioniert nicht. Beides hängt nämlich miteinander zusammen. Außerdem macht sie den Versuch, Qualitäten zu definieren. Das kann man zwar autoritär machen, mit Freiheit hat das nichts zu tun.

   Jetzt möchte ich noch etwas substantiieren. – Das eigenartige an der ganzen Lebensqualitätsdiskussion ist, daß diejenigen, die behaupten, es gäbe ein blindes, dummes, böses Wachstum und man müsse an die Stelle ein kluges, ein reines und ein humanes Wachstum setzen, ein qualitativ gesteuertes, daß also diejenigen, die von den primitiven

Quantitäten der Rechnung in Brutto-Sozialproduktgrößen übergehen wollen auf Qualitäten, daß ausgerechnet diejenigen es sind, die am meisten quantifizieren müssen. Und zwar müssen sie genau diejenigen Dinge quantifizieren, die sich nun *nicht* quantifizieren lassen. Das ist die Ironie des Planens. Ich kann zwar ziemlich leicht Tonnen Stahl usw. messen, aber Lebensglück quantifizieren, kann man nicht. Da sagt man, es gäbe Indikatoren. Ich habe einmal eine Studie gesehen von irgend einem UN-Ausschuß, und da hat sich ergeben, daß die Tschechoslowakei nach diesen Indikatoren eine höhere Lebensqualität hat als ein durchschnittliches westliches Land. Da muß ich sagen: Vielleicht stimmt mein Bild von der Tschechoslowakei nicht; aber ich glaube eher, daß die Indikatoren nicht gestimmt haben. Und das läßt sich auch ziemlich einfach erklären. Diese Indikatoren schließen in erster Linie Maßzahlen für öffentliche Güter ein. Und daß die öffentlichen Güter im Sozialismus natürlich vermehrt vorhanden sind, das ist logisch.
Also mein erster Einwand gegen den ganzen Lebensqualitätenansatz lautet, *daß hier mehr quantifiziert werden muß* als vorher. Zum zweiten: Für diese Quantifizierung gibt es keine Begründungen, es handelt sich um Scheinobjektivität. In Wirklichkeit geht es doch *um politische Festlegungen.* Zum dritten werden damit die *Bedürfnisse der Menschen gelenkt.* Ich muß erst sagen, was qualitativ wertvoll ist und was nicht. Das sieht dann so aus: »Es ist besser, wir bauen ein öffentliches Schwimmbad, als daß das Kind zu Weihnachten die dritte singende Puppe bekommt«. (Eppler) Ich muß sagen: als ob das die Alternative wäre. Und selbst wenn, das Kind will sie halt. Aber wenn wir den Durchschnittsgeschmack von Politikern an die Stelle der Regulation am Markt setzen, dann frage ich, ob das die qualitativ besseren Lösungen wären. –
Diejenigen, die dieses Lebensqualitätskonzept nicht mitmachen, denen wird immer vorgeworfen, daß sie diejenigen seien, die ständig mit Bruttosozialproduktgrößen operieren würden und die die Legitimation dieser Wirtschaftsordnung aus diesen Bruttosozialproduktgrößen (Milliarden DM usw. pro Jahr) herauslesen würden. Also ich möchte einmal *den* Marktwirtschaftler sehen, der die Marktwirtschaft so begründet. Das hat noch kein Mensch gemacht, das wird uns immer vorgeworfen. Die einzigen, die ständig mit Zahlen operieren, sind gerade diejenigen, die davon loskommen wollen. Wir begründen die Marktwirtschaft doch ganz anders. Wir sagen, *der tägliche Abstimmungsprozeß, die Demokratie des Marktes, die Freiheit, die Leistungsfähigkeit, die geringe Verschwendungsrate, die Dezentralisation der Entscheidungen, das Herabsetzen von Fehlerquellen, das ist die Begründung für den Markt.* Es ist kein Wunder, daß das zum Schluß auch ökonomisch funktioniert, aber das ist ja keine

Schande. Wir haben aber dieses ökonomische Funktionieren nicht an die oberste Stelle gesetzt. –

Zum Schluß nur noch eines: Qualitäten und Quantitäten lassen sich eben nicht gegeneinander ausspielen. Unser scheinbar bloß quantitativer Wohlstand hat Qualitäten zur Folge, und zwar keine schlechten. Und diejenigen, die Qualitäten produzieren wollen, die brauchen halt auch Quantitäten, um das machen zu wollen, gerade die brauchen es, weil sie nämlich die Qualitäten ständig quantitativ verstehen; sie brauchen eben auch Geld. Und wenn die Lebensqualitätsdiskussion dazu führt, daß der öffentliche Korridor ausgeweitet werden soll, weil qualitativ hochstehend all das ist, was sozialisiert worden ist, dann muß ich sagen, wer solches fordert, braucht am meisten Geld. Also sind Sozialisten eigentlich doch auf das Wachstum der Wirtschaft am meisten angewiesen. Nehmen Sie das Langzeitprogramm der sozialdemokratischen Partei von 1970 mit der Reformeuphorie, da war kennzeichnenderweise immer ein langfristiges Wirtschaftswachstum von mindestens 5% pro Jahr angelegt, um das alles finanzieren zu können. Das war die Voraussetzung. Wahrscheinlich hätte es noch weitere Voraussetzungen gegeben, aber mindestens diese. In den späteren Programmaussagen hat man dann festgestellt, daß das mit den 5% langfristig und auch schon kurzfristig nicht mehr geht. Da mußte man das gesetzte Maß, das Füllhorn der Versprechungen, einfach senken. Nichts dokumentiert besser als diese *veränderte Programmdiskussion,* daß Quantitäten ohne Qualitäten nicht denkbar sind, daß Qualitäten ohne Quantitäten nicht zu haben sind.

III. Lösungsangebote von links

Wie stellt sich der Sozialismus, der demokratische Sozialismus, der totalitäre Sozialismus und der Kommunismus, wie stellt er sich darauf ein, welche Konsequenzen zieht er, wenn es tatsächlich weniger Wirtschaftswachstum geben sollte? Die Grundidee ist die, *den Mangel zu planen,* zu verwalten, Lebensmittelkarten zu schaffen. Das ist das Grundprinzip, und außerdem natürlich *zu nivellieren.* Und jetzt stellen wir fest, das sind völlig traditionelle Konsequenzen. Ich habe ja schon angedeutet, auch die Gegenseite bringt ihre völlig traditionellen Lösungsangebote mit einer neuen Wendung.

1) Der härteste und exponierteste Vertreter in puncto Konsequenzenziehen ist der Ostberliner Philosoph *Harich,* der vor einigen Jahren ein Buch geschrieben hat als einer der ganz wenigen Kommunisten, der so etwas mal sagen darf. Er hat die Konsequenzen gezogen aus dem Schock, den das Buch »Die Grenzen des Wachstums« hervorgerufen hat.

Harich hat folgendes gesagt: Gulasch-Kommunismus gibt es nicht mehr. Gulasch wird gestrichen, jetzt gibt es nur noch Kommunismus. Das Absterben des Staates – eine Utopie des Marxismus im 19. Jahrhundert – das gibt es nicht mehr. Das Gegenteil ist richtig. – Seine Strategie lautet: *Den perfekten Planungs-, Verwaltungs- und Zuteilungsstaat einzurichten* und die Askese sozusagen von oben herab zu verordnen. Er hat den Zusammenhang zwischen weniger Wachstum und weniger Freiheit also rigoros durchgefochten, durchargumentiert, in einem so harten Maße, daß seine Konsequenzen noch weit über das hinausgehen, an Interventionismus, an Planung und Perfektionismus, was bisher kommunistische Staaten aufzuweisen hatten.

2) Es ist kein Wunder, daß zum Beispiel der zweite Mann, den ich hier nennen will, nämlich *Johanno Strasser,* der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, das auch kritisiert hat. Strasser sagt folgendes, wobei er sich im wesentlichen leider dann wieder, ohne daß er es merkt, eigentlich nur im Maß und nicht in der Richtung von Harich unterscheidet. Er meint: *Mitbestimmung, Gleichheit und Planung,* auch wieder höchst normale sozialistische oder sozialdemokratische Gedanken, seien geeignet, um die beschränkten Ressourcen, die geschwundenen Möglichkeiten besser zu verteilen. Verteilungsspielräume sozusagen dadurch, daß man mehr Gleichheit einrichtet. Da ist sozusagen noch Spielraum drin; wenn die einen mehr haben und die anderen weniger, dann können wenigstens die, die weniger haben, noch ein bißchen davon haben, dann sollen wenigstens *sie* noch wachsen. Damit haben wir dann auch befriedetere Verhältnisse, nach dieser Auffassung. Und damit würde also die Radikalisierung, die ich vorhin schon angedeutet habe, vermieden. – Nun frage ich mich, wo die Radikalisierung größer sein wird, in einem Staat perfekter Gleichheit oder in einem Staat, der auch die Ungleichheit anerkennt, weil er die Freiheit bejaht. Die *Gleichheit* ist sozusagen *der letzte Wachstumsspielraum,* nach dieser Auffassung.

   Unterscheiden tut sich Strasser natürlich von Harichs Perfektionismus und insbesondere darin, daß er immerhin den Gedanken der Dezentralisation vertritt. Das ist ein Gedanke, der bei meinen Überlegungen später noch einmal auftaucht, den ich tatsächlich für richtig halte. Und daß Strasser natürlich im Unterschied zu Harich eher für Vergesellschaftung und nicht für Verstaatlichung ist. Nur so hat ja auch die Mitbestimmung einen Sinn.

3) Ich will noch einen dritten Ansatz nennen, nämlich den von *Eppler,* dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Er sagt nun folgendes, nachdem er seine Thesen etwas korrigiert hat: »Ich will mich

nicht darauf festlegen, wieviel Wachstum wir brauchen und wieviel wir erreichen können. Aber auf jeden Fall müssen wir festlegen, was da wachsen soll und was nicht«. Das ist seine typische Wendung. Er will also Umfang und Struktur des Wachstums politisch bestimmen. Im Klartext heißt dies: *Investitionslenkung, und darum natürlich; Konsumlenkung.* Das ist das eine Element bei Eppler – Größe, Zusammensetzung, Struktur des Wachstums zu lenken. Er sagt, in die Bereiche hineinlenken, die politisch als richtig erscheinen, mit all den Folgen, die eben Investitionslenkung und Interventionismus mit sich bringen. Ich will es hier gar nicht andeuten, das spricht, glaube ich, schon für sich.

Ein zweites Element bei Eppler zeigt, daß der Sozialismus doch ziemliche Schwierigkeiten hat mit Fortschritt und Konservatismus bei herabgesetztem Wachstum. Er macht die *Unterscheidung zwischen Wertkonservativen und Strukturkonservativen* und sagt folgendes: »Konservativ bin ich in puncto der *Werte*. Um bei diesen geänderten ökonomischen Bedingungen noch konservativ sein zu können, muß ich progressiv in puncto Veränderung der *Strukturen* sein. Nur Wertkonservatismus und Strukturprogressivismus passen zusammen«. Er ahnt etwas mit diesem Versuch der Differenzierung und der Annäherung, sozusagen den Begriff Konservativ von links zu besetzen; er ahnt etwas, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen herabgesetztem Wachstum und dem Verlust an utopischem Gehalt, der dem Sozialismus bisher seine größte Sprengkraft gegeben hat. Wenn da nichts mehr mit Utopien zu machen ist, weil eben die Verhältnisse etwas anderes diktieren, dann geht ein wesentlicher Impuls für den demokratischen Sozialismus verloren. Auch für jeden anderen. Und er versucht das nun mit dem Neuformulieren, dem Unterscheiden zwischen Wert- und Strukturkonservativismus zu retten. Der Impuls, Stukturen zu verändern, ist dem Sozialismus zum Glück geblieben, wenn auch mit einer völlig neuen Begründung. Denn nicht die Utopie ist nunmehr die Begründung für die Strukturveränderung, sondern der Konservatismus.

Soviel nur andeutungsweise zu den Lösungsangeboten von links. Wir stellen also fest: Mehr Gleichheit – mehr Zuteilung – mehr Planung – mehr Mitbestimmung – mehr öffentliche Güter sollen die beschränkten ökonomischen Möglichkeiten gerechter, rationeller verteilen. All das, was also bisher als Begründung für den Sozialismus genannt worden ist, um mehr Wohlstand zu produzieren, um Überfluß und Überschuß zu produzieren, das wird jetzt umgewendet, um den Mangel zu verwalten. Auch hier muß ich noch einmal wiederholen: Ich sage nicht, daß diese Herkömmlichkeit der Lösungsangebote ein Vorwurf wäre an die Sozialisten, weil ich nämlich feststelle, daß unser Lösungsangebot genauso

herkömmlich ist. So stellen wir fest, daß damit die politische Diskussion sich eben im Prinzip nicht verändert hat, nur die Themenstellungen und die Felder, auf denen diese Diskussion jetzt weitergeführt wird. Um das zu verdeutlichen, will ich nun selbst zu den Lösungsangeboten kommen, die ich für richtig halte.

IV. Eigene Lösungsansätze

Meine Grundüberlegung ist die: Freiheit heißt ja Selbstbestimmung. Und Freiheitsverlust heißt offensichtlich Fremdbestimmung. Das ist nicht nur ein Spiel mit Worten. Wenn wir nämlich die Freiheit sichern wollen, dann müssen wir die *Elemente der Selbststeuerung stärken und müssen die Elemente der Fremdsteuerung reduzieren.* Um das in ganz herkömmlichen Bahnen auszudrücken: Ich glaube, daß das Prinzip der *Selbstverantwortung* das Fundament aller Lösungen ist. Fremdsteuerung und Fremdverantwortung schaffen Repressionen und Regulation von oben. Bis hierher war es philosophisch, aber jetzt wird es konkret und institutionell.

1) Ich komme zu dem ersten meiner drei Lösungsangebote: der *Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik.* Wenn es richtig ist, daß in Zukunft weniger die Frage ansteht, was wir tun wollen, sondern was wir tun müssen, dann müssen wir uns überlegen, ob unsere Entscheidungsmechanismen das überhaupt schaffen. Und wenn wir da feststellen, daß demokratische Politiker in erster Linie nicht dafür gewählt werden, daß sie Schmerzen bereiten, sondern daß sie Wohltaten austeilen, dann können Sie sich vorstellen, daß von daher eigentlich nicht sonderlich viel zu erwarten ist. Jeder, der wiedergewählt werden will, der muß sich ja etwas einfallen lassen, eine Leistung einfallen lassen, mit der er das erkaufen kann. Es gibt eine ökonomische Theorie der Demokratie, mit der kann man das sehr schön durchspielen. Auch der Politiker, der wiedergewählt werden will, ist ja ein Nutzenmaximierer, das heißt, er trachtet danach, persönlichen Nutzen, persönlichen Erfolg, Einfluß, ein neues Mandat usw. dadurch zu bekommen, daß er Kosten produziert, die er natürlich nicht selber zu zahlen braucht, denn sie zahlt der Steuerzahler. Wir brauchen also eine politische Ordnung, in der in Zukunft mehr unpopuläre Entscheidungen getroffen werden können. Und die Fähigkeit zu unpopulären Entscheidungen, glaube ich, ist in der Demokratie nicht gut aufgehoben.

Jetzt behaupte ich damit nicht, daß dies das Ende der Demokratie sei, sondern nur das Ende einer bestimmten, einer nur teilweise richtigen Vorstellung von Demokratie. Demokratie basiert nämlich auf zwei Elementen, und das eine müssen wir ein bißchen verabschieden, und das

andere müssen wir betonen. Das eine Element ist die *Zustimmung der Betroffenen,* dieses Element müßte in Zukunft herabgesetzt werden. Das andere Element ist die *Gewaltenteilung,* und dieses Element kann und soll man stärken.

Hayek, der Nobelpreisträger, hat vor einem Jahr einen sehr schönen Satz geprägt. Er hat gesagt, er lebe lieber (und ich würde mich ihm anschließen) in einem Staat, in dem zwar keine Demokratie herrscht, aber beschränkte Herrschaft, als in einem totalen Staat mit Demokratie. Hier geht es also um Gewaltenteilung nicht nur in dem Sinne, daß die Gewalten *innerhalb* des Staates geteilt sind, sondern auch *im Verhältnis zur Gesellschaft:* Daß *die Reichweite der Politik begrenzt ist. Demokratie ist etwas anderes als allumfassende Diktatur der Mehrheit, sie ist vielmehr eine Ordnung beschränkter Herrschaft und geteilter Gewalten.* Soviel zunächst einmal zum politologischen oder demokratietheoretischen Hintergrund. Der Ansatzpunkt lautet also: *die gewaltenteilenden Elemente betonen,* und die urdemokratischen oder meinetwegen auch im Extremfall rätedemokratischen Elemente der Zustimmung, des Rückrufs und des imperativen Mandats, welches wir praktisch durchaus auch haben, abschwächen. Wie nun das? Wir haben einige Institutionen, bei denen wir das andeutungsweise machen, und interessanterweise läuft da, wo wir solche Institutionen haben, die Sache doch halbwegs gut. Das klassische Beispiel ist die Bundesbank. Sie hat die Staatsaufgabe übernommen, die Geldwertstabilität zu sichern. Die Bundesbank besitzt relative Autonomie, sie ist abgekoppelt vom politischen Entscheidungsprozeß, ist keinen Mehrheitsentscheidungen unterworfen, die in einem Parlament oder sonst einem Gremium von Leuten, die um ihre Wiederwahl fürchten müssen, beschlossen wurden. Die Folge ist, daß sich die Bundesbank einen harten Kurs erlauben kann, hart im Moment, aber notwendig auf Dauer und vorteilhafter für alle. Bezeichnenderweise will übrigens die Sozialdemokratische Partei die Autonomie der Bundesbank und aller Banken im Orientierungsrahmen 85 beschränken.

Ein zweites Beispiel: das Bundeskartellamt. Auch es ist eine halbautonome Institution, die für einen bestimmten Bereich, nämlich die Sicherung des Wettbewerbscharakters unserer Wirtschaft, zuständig ist. Die Entscheidungen sind nur dann problematisch, wenn in bestimmten Fällen auch noch der Bundeswirtschaftsminister gefragt wird. Dann wird nach Popularität oder nach Druck oder nach Lobby entschieden, aber nicht mehr nach Prinzipien, nach Gesetzen, nach dem, was nötig ist.

Ein dritter Bereich, nur als Beispiel dafür, daß wir halb-autonome Institutionen durchaus haben: die Bundesanstalt für Arbeit, die zum

Teil die Arbeitsmarktpolitik macht. Auch sie ist in diesem Bereich relativ unabhängig, hat einen gesetzlichen Auftrag, hat einen Apparat dazu und kann verhältnismäßig ungestört und ziemlich sinnvoll arbeiten. Jetzt erweitere ich die Gebiete, auf denen Gewaltenteilung möglich ist, noch etwas und denke einmal an die wissenschaftlichen Beiräte: den wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, beim Bundesfinanzministerium, beim Sozialministerium oder den Sachverständigenrat. Wenn ich mir vorstelle, wir hätten nur einen Bruchteil von dem realisiert, was diese Beiräte gesagt haben, wir hätten heute entschieden weniger Probleme. Man kann das etwa an den Empfehlungen zur Reform der Sozialversicherung genau ablesen. Was damals gefordert worden ist, ist auch heute noch richtig.

Nur: Die Leute können leider bloß empfehlen und nichts tun. Meine Vorstellung wäre, daß sie in Zukunft ein bißchen mehr tun könnten. Deswegen sage ich: Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik, *Loskommen von dem Zwang, populär entscheiden zu müssen,* Reservate haben für Institutionen, die zwar öffentlich sind, die einer gewissen Kontrolle unterliegen, die einen beschränkten Auftrag haben, die eine interne Kontrolle aufweisen, die sich fachlich auch legitimieren müssen, denen man auch zur Not ins Handwerk pfuschen muß, das kann man ja immer noch korrigieren; aber die im Grundsatz mehr Kompetenzen haben sollen als bisher – mehr Kompetenzen nicht im Verhältnis zur Privatwirtschaft, sondern im Verhältnis zu Parlament und Regierung.

Ich will das jetzt im einzelnen hier nicht mehr weiter verfeinern, weil ab jetzt gewiß die Probleme aufgingen, und ich will natürlich hier nur Pluspunkte sammeln und nicht Probleme aufwerfen. Aber ich glaube, der Gedanke ist zunächst einmal schon diskussionsfähig genug und gibt genügend Stoff her, um sich über das Grundprinzip zu unterhalten und die Frage der Einordnung einer solchen Konstruktion, der Beziehungen der Institutionen zueinander, zunächst einmal offenzulassen. Natürlich kommt eine ganze Reihe von Einwänden, das ist völlig klar, der Einwand der Expertokratie, der Technokratie, der Entdemokratisierung; da sage ich: Ja, das ist richtig, das habe ich auch gar nicht bestritten, wenn man unter Demokratie nur Zustimmung und Wahl versteht. Aber es gibt eben auch noch andere Legitimationsmechanismen als die bloße Zustimmung. Es gibt zum Beispiel Leistungsfähigkeit als Legitimation. Es gibt die Gewaltenteilung als Legitimation.

Es wird also Einwände geben. Aber wenn ich daran denke, welche Einwände es gegen die heutigen Institutionen gibt, dann muß ich sagen, schön, keine Institution wird ohne Einwände leben können, aber ich könnte mir vorstellen, daß diese geringer sind als die, die wir heute erheben müssen. Soviel zu dem ersten Punkt, der Entpolitisierung.

2) Die zweite Lösungsstrategie: *das Verursacherprinzip.* Oder, um es etwas hochtrabender auszudrücken: die Internalisierung von Risiken und Kosten, und dazugehörig die Dezentralisation. Internalisierung von Risiken und Kosten soll folgendes heißen: Nahezu unser gesamter Staatsapparat und ein erheblicher Teil unserer Wirtschaft ist darauf angelegt, persönliche Gewinne oder persönliche Vorteile zumindest *auch* dadurch zu erreichen, daß Nachteile auf Andere überwälzt werden können. Man kann da höchst unterschiedliche Beispiele dafür nennen.
Wenn man sich das *Finanzverfassungssystem* anschaut, also die Finanzordnung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, dann stellen wir fest, daß es eine Angebotsdiktatur von oben gibt, aber auch eine Forderungsdiktatur von unten. Es gibt eben für eine Reihe von kommunalen Investitionen zum Beispiel soviele Zuschüsse, daß die jeweilige Gemeinde sich sagt, da machen wir immer noch ein Geschäft, wir zahlen fünf Millionen und wir kriegen zehn Millionen. Die Rechnung ist also aufgegangen, ohne daß damit gesagt wäre, daß die Investition wirklich nötig war. Hier werden *Kosten sozialisiert,* sie werden weitergegeben nach oben. Das ganze System der Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a), das ganze System des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs ist nichts anderes als ein System der Externalisierung, das heißt des Abwälzens von Kosten auf Dritte. Richtig wäre genau das Gegenteil. Die Kosten *den* zahlen zu lassen, der sie verursacht. Man kann es auch institutionell ausdrücken: was wir brauchen, ist eine Deckungsgleichheit von Planungs- und Finanzierungskompetenzen. Wer etwas will, soll zahlen! Dies als ein Beispiel aus dem Verfassungssystem.
Ein zweites Beispiel ist der Gedanke der Selbstbeteiligung im Sozialsystem, Thema *Krankenversicherung.* Die Freien Demokraten hatten vorsichtige Vorstöße in Richtung Selbstbeteiligung gemacht, sie waren viel zu vorsichtig. Die Christlich Demokratische Union hat in exklusiven Zirkeln darüber diskutieren lassen, aber sie ist aus innerparteilichen Gründen unfähig, das zu sagen, was sie eigentlich in ihrem Programm stehen hat, nämlich Subsidiarität. Und so kommen wir dazu, daß wir in der Krankenversicherung ein perfektes *Kostenabwälzungssystem* haben, bei dem niemand daran interessiert ist, Kosten zu beschränken. Die Kassen bekommen ihr Geld vom Versicherten, die Krankenhäuser bekommen ihr Geld, die Ärzte bekommen ihr Geld – es ist keiner daran interessiert zu sparen, weil er das Geld immer von anderen erhält.
Es ist ja skurril, daß es manchmal zwischen einander widersprechenden Prinzipien ganz merkwürdige Gemeinsamkeiten gibt. Ich will das noch am Beispiel der Krankenhausfinanzierung verdeutlichen. Im Krankenhausfinanzierungsgesetz gilt das Kostendeckungsprinzip. Das lautet: ihr

dürft und müßt soviel einnehmen über die Pflegesätze pro Tag, als ihr Kosten habt. Nun könnte man meinen, das Kostendeckungsprinzip ist genau das Gegenteil vom Nulltarif, wo überhaupt nichts bezahlt wird. Es ist schon ein Unterschied, aber in *einem* Punkt, nämlich in puncto Verschwendung ist es genau dasselbe: der Nulltarif ist keine Kostengrenze, das Kostendeckungsprinzip ist auch keine Grenze. Denn wenn ich genau weiß, daß ich berechtigt und verpflichtet bin, meine Kosten beim Anderen finanziert zu bekommen, dann produziere ich Kosten. Das ist doch logisch, und nichts ist einfacher als dies.

Ein drittes Beispiel ist das *Bildungssystem.* Auch da werden Kosten sozialisiert und Nutzen privatisiert. Wenn ich (und ich habe es leider gemacht, daß muß ich frei gestehen, aber das System hat es mir erlaubt, es war darauf angelegt, daß man es tat), wenn ich also mein persönliches Fortkommen dadurch erreichen kann, daß ich öffentliche Einrichtungen beliebig in Anspruch nehme und anschließend dann den Nutzen dadurch habe, daß ich auf Tagungen gegen »teures« Honorar – ich weiß zwar meist vorher nicht, was ich bekomme – spreche, dann werden Kosten sozialisiert und Nutzen privatisiert. Solange es mir fünfzehn bis zwanzig Jahre möglich war, auf Kosten fremder Leute zu lernen und zu studieren, und ich anschließend den Nutzen für mich behalten kann, dann muß ich sagen, an dem System stimmt etwas nicht, auch wenn ich persönlich im Moment den Nutzen davon ziehe.

Das sind jetzt einmal nur drei Beispiele ganz unterschiedlicher Art gewesen, eines im Finanzverfassungssystem, eines im Sozialsystem, eines im Bildungssystem. Ich könnte jetzt noch weitermachen: beim Umweltschutz kennen wir ja schon die Diskussion um das Verursacherprinzip. Wir stellen also eine allgemeine Tendenz der Abwälzung von Kosten und Risiken fest. Um nicht in Pessimismus zu verfallen: Zu allen von mir genannten Beispielen gibt es Reformvorschläge, ganz im Sinne meiner eigenen Lösung. Die Mischfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist unter Beschuß geraten. Die Krankenhausträger fordern mittlerweile, wieder Gewinne und Verluste machen zu dürfen, und im Bildungswesen gibt es Vorschläge wie zum Beispiel den Bildungsscheck und andere Versuche, ökonomische Hebel einzuführen. Denn überall hat man folgenden Zusammenhang erkannt:

In dem Maße, in dem es gelingt, Kosten und Risiken abzuwälzen, steigen die eigenen Ansprüche, die eigenen Bedürfnisse, die sozusagen nie aus der eigenen Tasche finanziert werden müssen. Wenn ich aber feststelle – und jetzt komme ich zum Zusammenhang mit unserem Thema »Herabgesetztes Wachstum« –, daß wir so viele Bedürfnisse gar nicht mehr haben dürften, dann halte ich es für besser, die Reduzierung der Be-

dürfnisse durch die *umfassende Einführung des Verursacherprinzips* herbeizuführen, als durch die Sozialisierung der Ansprüche und der Kosten. Das ist meine Alternative. Deswegen sage ich Selbstbeschränkung statt Fremdbeschränkung.

Wer glaubt, daß er etwas zahlen kann, der soll es machen. So stellen wir dann auch fest, *was* für ein Wachstum wir dann haben, das kann mir gleichgültig sein, es ist das Ergebnis einer Fülle privater Entscheidungen. Wir haben jetzt alle Probleme, prüfen zu müssen, was da wachsen soll und was nicht, nicht mehr. Wir müssen nur für eines Sorge tragen, nämlich daß die Leute die Folgen für das übernehmen, was sie wollen; und nicht nur die Leute, sondern eben auch die öffentlichen Körperschaften. *Gewinne und Marktpreise* sind ein hervorragendes Regulativ, um knappe Güter optimal herzustellen und zu verteilen. Also lautet unsere Devise: *Mehr Markt,* eine Forderung, die auch *Wolfram Engels* in seinem lesenswerten Buch gleichen Titels erhoben hat.

Was wir heute haben, sind Allianzen der Sonderinteressen. Da kommt einmal der dran und dann der, und immer wird aus dem Kuchen etwas herausgeschnitten; aber die Fähigkeit, zurückzuschneiden, haben wir nicht. Wer spart bei uns eigentlich? Der Finanzminister natürlich immer, das ist klar. Dann auch noch das zentrale Ministerium, also das Bundeskanzleramt bzw. der Ministerpräsident als Querschnittsministerium. Die kriegen ja alle Ansprüche auf den Tisch und müssen sie irgendwo zuschneiden. Und da finde ich: Diese zwei Institutionen sind zu schwach, um das Element des Sparens ausreichend durchsetzen zu können. Da sind die anderen Elemente des Forderns, des Begehrens einfach stärker. Praktisch sieht es so aus – an der Landespolitik kann man das besonders deutlich sehen –, abgesehen vom Finanzministerium und vom Staatsministerium sind alle anderen Ministerien Klientel-Ministerien. Das heißt, das Kultusministerium versteht sich als Lehrerministerium, manchmal auch als Hochschullehrer- und manchmal auch als Schülerministerium, aber jedenfalls, sie haben etwas abzudecken, sie haben etwas zu versorgen. Über das Landwirtschaftsministerium wollen wir gar nicht reden. Das Sozialministerium ist sowieso da, um soziale Bedürfnisse zu finanzieren. Das Wirtschaftsministerium will für den Mittelstand etwas tun. Das Justizministerium, das Innenministerium, die sind aus anderen Gründen in den Schlagzeilen. Aber auch diese haben etwas zu versorgen. *Wir haben viel zu wenig Institutionen und Mechanismen der Sparsamkeit,* und viel zuviele der Verschwendung. Soviel zu diesem zweiten Prinzip: *Internalisierung - Rückführen von Risiken und Kosten* bei denjenigen, die sie verursachen.

3) Das dritte Prinzip: die *Idealisierung der Bedürfnisse, das innere Wachstum.* Ich sage jetzt nicht das qualitative Wachstum, sondern das innere Wachstum. Ich greife noch einmal den polemischen oder ironischen Satz auf, daß der größte Reichtum noch immer im Mangel an Bedürfnissen besteht, und daß wir deswegen uns viel ersparen können, an Konflikten und Unzufriedenheit, wenn wir nur ein bißchen bescheidener wären. Es ist nur die Frage, ob uns das gelingt. Ich habe da meine Zweifel. Bislang gehe ich noch immer davon aus, daß es das Beste ist, wir setzen ökonomische Hebel ein – die Internalisierung von Kosten ist der ökonomische Hebel, das Verlustprinzip als Kehrseite des Gewinnprinzips ein weiterer; so sehr, wie in der Marktwirtschaft bisher das Gewinnprinzip das Wachstum gelenkt hat, so würde in Zukunft das Verlustprinzip das Nicht-Wachstum lenken. Aber das war jetzt nur noch eine Nebenbemerkung. Ich gehe also immer davon aus, daß wir im Prinzip nur mit diesen ökonomischen Hebeln operieren können, daß die wirklich greifen. Und daß alles, was in Richtung Appell geht, auf innere Werte usw., daß das halt eine schöne Sache wäre, aber ausgesprochen schwer zu realisieren.

Aber wir sollten uns diese Überlegungen als *Möglichkeit*, als Diskussionsgegenstand, als Option, als eine denkbare Lebensform offenhalten. Das ist vielleicht in Zukunft mehr zu erörtern. Und wir können hier auch feststellen, daß es dafür heute größere Chancen gibt als früher. Wenn es einen Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Freiheit gibt, dann kann man feststellen, daß vielleicht der Freiheitsbedarf mit steigendem Lebensstandard auch einmal sinkt. Das will ich an einem ganz einfachen Beispiel demonstrieren. Es ist ein ungemeiner Fortschritt an Freiheit, wenn die Hausfrau vom Waschbrett übergehen kann zur Waschmaschine. Da besteht ein ganz starker Impuls, die Waschmaschine zu bekommen, weil sie sich damit sehr viel erkaufen kann an Freiheit; jetzt gibt es keinen Waschtag mehr und keine aufgesprungenen Hände und außerdem ein ruhiges Gewissen und alles mögliche. Das heißt also, die erste Innovation, überhaupt eine Waschmaschine zu haben, bringt sehr viel Fortschritt, sehr viel Freiheit. Die weiteren Innovationen – halbautomatisch, vollautomatisch, mit Schleuder, mit Trockenvorrichtung usw. – bringen (das ist die Geschichte mit dem *abnehmenden Grenznutzen*, ein allgemeines Lebensgesetz und nicht nur ein ökonomisches Gesetz) nur noch erheblich weniger zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten. Deswegen sinkt der Bedarf danach langsam. So erklären sich die Sättigungstendenzen, die wir bei vielen Gütern schon haben, und wir haben eine Reihe von Märkten inferiorer Güter, wie man so schön sagt, die schon ziemlich gesättigt sind. Diese *Sättigungstendenzen*

signalisieren, daß offensichtlich der Wunsch nach mehr Lebensstandard und damit nach mehr Freiheit, die so erkauft werden kann, gesunken ist. In dem Maße, indem wir also eine hohe Versorgung haben, in dem Maße besteht auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, mit der Freizeit und der Freiheit auch etwas anzufangen, die man durch die Waschmaschine bekommen hat. – Und nun ist das Schöne, daß genau auf diesem Gebiet, *auf dem Gebiet der Muße und des Geistes, keine Wachstumsgrenzen* existieren. Subjektive vielleicht schon, aber nicht objektive.

Es gibt für die Idealisierung der Bedürfnisse auch Ansatzpunkte in der heutigen Diskussion. Ich meine das nicht nur für die Aufs-Land-Bewegung und die Hippies und diejenigen, die sich auf die Straße stellen und die Hand aufhalten; das sind zwar Nischen in unserer Gesellschaft, aber das kann man nicht zum Prinzip erheben. Obwohl es ja ökonomisch ist, anderen Leuten auf der Tasche zu liegen, wie ein Italiener neulich festgestellt hat. Denn wenn die Relation von Aufwand und Ergebnis anzeigt, ob etwas ökonomisch ist, dann muß man beim Betteln sagen: Der Aufwand liegt bei Null, die Relation ist also ungemein günstig.

Es gibt ernsthaftere Ansätze als die Hippy-Bewegung. Manche Überlegungen, Bücher und Gedanken etwa von Fromm, Stichwort »Haben oder Sein«, zeigen so etwas in die Richtung. Daß wir in Zukunft weniger Menschen brauchen, die am materiellen Besitz interessiert sind, von ihm motiviert sind, weil wir halt da schon eine gute Versorgung haben; und uns deswegen mehr der Selbstverwirklichung, der Humanität, der Entfaltung des Geistes, der Kultur zuwenden können.

Und dann kommt noch eines dazu neben dieser Idealisierung der Ansprüche: Wir werden es in Zukunft auch möglich und nötig haben, die Freiheit anders zu verstehen als bisher. Bisher haben wir die Freiheit immer verstanden als Freiheit, etwas zu verlangen, etwas zu fordern, zu bekommen, allenfalls einen Beitrag dazu zu leisten, um später das Erstrebte zu bekommen. In Zukunft wird man vielleicht die Freiheit von vornherein schon sozialer einbinden müssen, indem man die Rücksichtnahme (das Verursacherprinzip ist ja bereits die Rücksichtnahme auf die Folgen für Andere) als einen Bestandteil der Freiheit begreift. So, wie wir ja auch nicht die Anarchie und die Gesetze des Dschungels als eine freie Ordnung begreifen. Freiheit heißt nicht, alles tun können, was man will. Dieses Verständnis von Freiheit, dessen Ende würde ich vorauszusagen wagen. Ich möchte allerdings auch nicht die Gegenthese aufstellen, daß Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit sei. Denn dann wäre es Schluß mit der Freiheit. *Freiheit ist in Zukunft wieder zu verbinden mit Verantwortung.* Es ist möglich, daß uns die Umstände

dahin führen werden, so, wie das zum Beispiel schon im Straßenverkehr geschehen ist. Solche Tendenzen sozialer Selbstbeschränkung aus Einsicht in die verheerenden Alternativen werden ein Thema der zukünftigen kulturellen Entwicklung sein.

Sie sehen, daß ich in dem dritten Bereich »Idealisierung der Bedürfnisse« Bescheidenheit, mehr Sein als Haben, kulturelles Wachstum, neues Verständnis der Freiheit – daß ich auf diesem Gebiet natürlich nicht mehr so relativ konkret und klar, eindeutig und praktisch sprechen kann, wie ich das in den beiden vorangegangenen Punkten getan habe. Die Materie eignet sich nicht dazu, und vielleicht auch nicht der Redner.

V. Politische Einordnung der Lösungsangebote

Nun zum Schluß zusammenfassend etwas zur politischen Einordnung all' der Lösungsalternativen, die wir bisher kennengelernt haben. Meine Ausgangsthese zu diesem letzten Abschnitt habe ich vorhin schon erwähnt. Sie lautet: *Die alten Lösungsstrategien von Sozialisten und Nichtsozialisten werden mit neuen Begründungen angeboten.* Das, was früher für den Überfluß getaugt hat, taugt jetzt für das Gegenteil. Ich glaube allerdings, daß die Linke dabei die größeren Schwierigkeiten haben wird. Und zwar deswegen, ich habe das auch schon angedeutet, weil der Gehalt an Versprechungen, an Zukunftsoptimismus, an Fortschrittlichkeit, an Reformeuphorie, der nun typischerweise dem sozialdemokratischen und sozialistischen Gedankengut eigen ist, weil der nicht mehr durchzuhalten ist. Die Situation, die da auftaucht, ist bei denjenigen, die daran geglaubt haben, folgenreicher als bei denjenigen, die da von vornherein skeptisch waren.

Die traditionellen Streitpunkte tauchen wieder auf. Sie haben gesehen: *Markt und Bürokratie.* Meine These war: Der Markt hat eine neue Legitimation erfahren als dasjenige Instrument, das Verschwendung abbaut.

Der Konflikt zwischen *Freiheit und Gleichheit* – ein uralter Konflikt – taucht wieder auf. Die Sozialisten sagen, gerade weil es Stagnation gibt, brauchen wir mehr Gleichheit, um die Leute zufriedenzustellen. Die Gegenthese lautet: In kleineren Einheiten selbstverantwortlich zu handeln, ist besser. Man könnte es auch mit einem Schlagwort so ausdrücken: Die Selbstbestimmung im Wettbewerb ist besser als die Mitbestimmung im Monopol. Ein schöner Satz! Weil man nämlich bei der Mitbestimmung im Monopol immer eine ganze Portion Minderheiten hat. Das ist bei der Selbstbestimmung im Wettbewerb nicht so, nicht so sehr. Und außerdem sollten wir uns die Wachstumsspielräume immer noch offen halten und mit freier Entfaltung ausfüllen können, die es trotz allem gibt. Sie wissen, ich bin kein Wachstumspessimist und auch keiner, der es verbieten will. Ich bin nur ein Wachstumsskeptiker.

Der nächste Konflikt ist der zwischen *Rechtsstaat und Sozialstaat,* hier gibt es Gegensätze. Das sind nicht zwei deckungsgleiche Staatsziele, sonst brauchte man nicht zwei Begriffe dafür. Wenn man etwa daran denkt, wie das Grundrechtsverständnis, das Verständnis unserer Grundrechte im Grundgesetz, sich geändert hat unter dem Einfluß sozialdemokratischer Gedanken, so müssen wir feststellen, dieses modern gewordene Grundrechtsverständnis ist falsch. Ich will auch gleich sagen, weshalb. Das traditionelle Verständnis der Grundrechte im rechtsstaatlichen Sinne lautet: die *Grundrechte sind Abwehrrechte* gegen den Staat, *sind Grundfreiheiten.* Und das sozial-demokratische Verständnis der Grundrechte lautet: Grundrechte sind Teilhaberrechte, Ansprüche an den Staat. – Und wenn ich jetzt sage, daß wir in Zukunft zusehen müssen, daß wir nicht mehr so viele Ansprüche anmelden, dann ist damit dieses Grundrechtsverständnis auch schon kritisiert. Wir kommen damit also wieder mehr zu dem klassischen Verständnis der Grundrechte und auch zum klassischen Verständnis des Rechtsstaates. Es gibt da so schöne Bilder darüber aus der Entwicklungsgeschichte der Demokratie, zum Beispiel von Sieyès. Der Rechtsstaat soll mit *allgemeinen* Gesetzen operieren, nicht mit Interventionen an tausend Stellen. Er soll nicht die Strukturen selbst festlegen, sondern er soll einen allgemeinen *Rahmen* bilden, innerhalb dessen sich die Leute frei bewegen können. Der Rechtsstaat ist also viel eher ein *beschränkter* Staat; er ist ein Staat der allgemeinen Normensetzung; er ist ein Staat, in dem staatliches Handeln *vorhersehbar* ist, weil nämlich die Normen schon existieren und Rückwirkungen verboten sind; er ist ein Staat, der *Freiheit* gewährt. Ich glaube, daß wir viel mehr wieder die rechtsstaatlichen, freiheitssichernden, rahmensetzenden Funktionen des Staates betonen müssen, und die interventionistischen, nivellierenden, distributierenden Elemente reduzieren müssen. – Denn eben sie manifestieren soziale Ansprüche und verursachen soziale Kosten, die jenseits der Grenzen des Wachstums liegen können.

Zu den Stichworten Selbstbestimmung contra Mitbestimmung, Selbstverantwortung contra Fremdverantwortung, *gesellschaftliche* contra *staatliche Freiheit* ist noch ein Wort zu sagen. Man kann das Freiheitspotential, das man hat, ganz unterschiedlich verteilen. Es ist aber nur einmal da. Man kann in einer perfekten Diktatur alle Freiheit *einem* Mann geben, und alle anderen haben null oder fast nichts. Man kann aber die Freiheiten auch verteilen. In dem Maße, in dem man der Gesellschaft Freiheitsräume übermittelt, in dem Maße muß man sie dem Staat nehmen, und umgekehrt. Und jetzt können wir feststellen: Eine Lösungsstrategie im Hinblick auf beschränktes Wachstum, die auf *Dezentralisation,* auf *Privatisierung,* auf *Subsidiarität,* auf *Marktwirtschaft* basiert, ist natürlich eine solche, die den Bereich der *Gesellschaft,* des *Privaten,* des *Persönlichen* betont und

die den Bereich des Kollektiven, des Allgemeinen, des Intervenierenden und des staatlichen Handelns herabsetzt. Auch die seit jeher umstrittene Grenzziehung: *was ist Staatsaufgabe* – was ist Gesellschaftsaufgabe? taucht also gleichfalls unter neuer Fragestellung auf.

Über die Konflikte zwischen *Realität und Utopie* habe ich schon etwas gesagt und auch über die Begriffe konservativ und fortschrittlich. Den Schlag, den der Sozialismus dadurch versetzt bekommt, daß ihm plötzlich die Brillanz, die Visionen fehlen, dieser Schlag ist hart. Zeiten, in denen die Grenzen des Machbaren sichtbar werden, sind immer Zeiten von Machern. Es sind Zeiten für Pragmatiker und Realisten, und keine Zeiten für Leute, die viel versprechen. Versprechen können sie viel, aber halten können sie nichts mehr. Das spricht sich herum. Wir sehen an Epplers Versuch, struktur- und wertkonservativ auseinanderzudividieren, ganz deutlich die konservative Erschütterung von progressiven Irrtümern. Er mußte erkennen, daß wir *eben doch eine endliche Welt* haben. Das ist eigentlich der größte Beitrag, den der *Club of Rome* zur ganzen weltweiten Diskussion beigetragen hat, daß er uns sowohl die *Systemverflochtenheit* als auch die Endlichkeit der Welt gezeigt hat. Und die Endlichkeit und beschränkte Machbarkeit der Welt anzuerkennen, ist eben konservativ.

C. Schluß

Schlußfolgerung: Weil ich gerade beim Club of Rome das Stichwort Selbstregulation und die Systemverflochtenheit aufgegriffen habe: Wir müssen *von der Fremdsteuerung zur Selbststeuerung* übergehen – das ist meine Lösung. Wir haben festgestellt, es gibt tatsächlich einen Konflikt zwischen Rezession und Freiheit. Daß Freiheit tatsächlich verloren gehen kann, wenn Wachstum nicht mehr existiert. Man kann diesen Konflikt dadurch halbwegs zu lösen versuchen, indem wir zu selbstregulierenden, man könnte auch sagen zu kybernetischen Mechanismen kommen. Oder um es ethisch auszudrücken: indem wir die *Freiheit mit der Verantwortung verbinden. Die Intervention von oben ist immer noch schmerzlicher als die Beschränkung aus sich selbst heraus.* Und nachdem Freiheit auch eine subjektive Seite hat, was man als frei empfindet oder nicht, mag es sein, daß die Beschränkungen, die erlitten werden müssen, im einen wie im anderen Fall gleich sind, durch die Beschränkung von oben oder durch die Selbstbeschränkung. *Aber das subjektive Gefühl der Freiheit ist ein besseres* im Falle verantwortlicher Selbstbeschränkung. Und das ist immerhin schon etwas.

Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsplanung?[1)]

Ernst Winkler

1. Fortschrittsglaube und Wirtschaftswachstum

1.1. Das Ende des Fortschrittsglaubens

Der *Fortschrittsglaube* hat als bewegende Kraft im abendländischen Kulturkreis die geschichtliche Entwicklung der Neuzeit bestimmt. In den ersten Jahrzehnten unseres 20. Jahrhunderts ging er als Fortschrittsgläubigkeit in das allgemeine Bewußtsein ein und zerbrach unter den Schicksalsschlägen der folgenden Jahrzehnte.

Die Idee, daß die geschichtliche Entwicklung als Einbahnstraße in Richtung zunehmenden Fortschrittes verläuft, wurde durch die geschichtliche Entwicklung dieser Idee selbst widerlegt. Denn die Fortschrittsidee erlebte durch vier Jahrhunderte einen fortgesetzten Abstieg zunehmender Verflachung, Veräußerlichung und Sinnentleerung bis zu ihrem endgültigen Scheitern. Diese Entwicklung begann im 16. Jahrhundert in den geistigen Bewegungen von Renaissance und Humanismus mit dem Glauben an die geistige und moralische Höherentwicklung des Menschen zu geistiger und moralischer Autonomie. Der Glaube verschob sich in den folgenden vier Jahrhunderten einseitig zur rein geistigen Seite zunehmender Erkenntnis in Philosophie und Wissenschaft; zur bloß intellektuellen Seite zunehmenden Wissens und zwar Wissen als Macht und Wissen um das Machbare; sodann zur technischen Seite mit technischem Fortschritt, insbesondere mit der Industrialisierung; zur wirtschaftlichen Seite mit Entwicklung der arbeitsteiligen Wirtschaft und des Kapitaleinsatzes; schließlich zur rein quantitativen Seite des bloßen Wirtschaftswachstums.

Das Ende dieser »Entwicklung« ist die Reduktion des Fortschritts-Begriffes auf eine einzige, rein wirtschaftlich-materielle Maßzahl mit dem Namen »*Bruttosozialprodukt* (BSP)« – ein nicht nur banales, sondern ein absurdes Maß. Es ist erstens absurd *in sich*, wie die Berechnung an wenigen drastischen Beispielen veranschaulichen kann: Das BSP nimmt ab, wenn ein Junggeselle seine Haushälterin heiratet, und zwar um den finanziellen Gegenwert der jetzt von der Ehefrau zu leistenden Hausarbeit; zum Ausgleich nimmt es kräftig zu, wenn beispielsweise das Krankenhauspersonal bei gleichbleibender oder verminderter Dienstleistung eine

1) Dieser Aufsatz ist eine Umarbeitung des Vortrages »Ökonomische Grenzen des Wachstums« (1. 11. 1977 in Bad Boll) mit einer Akzentverschiebung im Sinn der modifizierten Themenstellung und mit Zurückstellung einiger Gesichtspunkte, die bereits in dem Aufsatz: »Das Problem des Wirtschaftswachstums« (Fragen der Freiheit, Heft 115) untersucht wurden.

bessere Vergütung durchsetzt oder wenn durch vermehrte Verkehrsunfälle die Einnahmen von Autowerkstätten, Krankenhäusern, Ärzten und Rechtsanwälten wachsen. Zweitens ist das Maß BSP absurd in seinen *logischen* Konsequenzen, wenn nach einer allgemein akzeptierten Lehre dessen Wachstum um jährlich mindestens 3% eine notwendige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der freien Wirtschaft, speziell für Vollbeschäftigung ist. Denn das bedeutet Verdoppelung in 23,5 Jahren, also Anwachsen auf das Tausendfache in 235 Jahren (weil zehnmalige Verdoppelung den Faktor 1024 ergibt) und auf das Millionenfache in 470 Jahren (weitere zehnmalige Verdoppelung) und so weiter mit logisch unbegrenzter Fortsetzung, aber faktisch unausbleiblicher Katastrophe. Diese dritte, nämlich *faktisch* absurde Konsequenz stellte sich in allen Volkswirtschaften immer wieder als Zusammenbruch von Währung und Wirtschaft ein, und gegenwärtig droht sie sich durch Ausbeutung und Zerstörung unserer Umwelt zu einer Menschheitskatastrophe auszuwachsen. Erst diese drohende Katastrophe beginnt nun endlich die Mehrzahl der Menschen einschließlich Wirtschafts-Wissenschaftler und -Politiker aus ihrer ideologisch abgekapselten Gedankenlosigkeit aufzuwecken.

1.2. Die Problematik des Wirtschaftswachstums

Das erste Warnsignal gab der *Club of Rome* durch die von ihm angeregten Veröffentlichungen 1973 und 1974, die in den maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Kreisen weltweit eine sehr starke, teils nachdenkliche, teils heftig widersprechende Beachtung fanden. In breite Volksschichten Deutschlands fanden diese Gedanken Zugang durch das eindrucksvolle, populär gehaltene Buch: »Ein Planet wird geplündert« des CDU-Politikers *Herbert Gruhl* (1975) und durch die teils friedlichen, teils gewalttätigen Aktionen der Umweltschützer. Erst diese allgemein zunehmende Beunruhigung gab kompetenten Fachleuten den Anstoß zu längst fälligen, aber noch immer unzulänglichen sachlichen Auseinandersetzungen mit dieser Problematik; unter diesen verdient die neueste Veröffentlichung der *Eidgenössischen Kommission für Gesamt-Energie-Konzeption* (GEK) eine besonders sorgfältige Beachtung.

Bei allen Verschiedenheiten haben diese drei Veröffentlichungen und Lösungsansätze eine grundlegende Gemeinsamkeit, nämlich die *ideologische*[2] *Ausgangsthese,* daß eine freie Wirtschaft nur bei ständigem Wachstum funktionsfähig sei, daß also ein sich schädlich oder katastrophal auswirkendes Wirtschaftswachstum nur durch planende Maßnahmen oder dirigistische Eingriffe in die Volkswirtschaften oder in die Weltwirtschaft

2) Zur Begründung vgl. den in Fußn. 1 genannten Aufsatz, Ziff. 1 (S. 8–11)

beschränkt oder verhindert werden könne. Mithin bewegen sich alle diese Überlegungen nur im eindimensionalen Spannungsfeld zwischen dem liberalistischen Pol eines angeblich notwendigen Wirtschaftswachstums und dem sozialistischen Pol einer planwirtschaftlich erzwungenen Wachstumsbremsung.

Allerdings gibt es beachtenswerte Bestrebungen zur Überwindung dieser Schein-Alternative, indem das rein quantitative Maß BSP durch den Wertmaßstab *»Lebensqualität«* ersetzt werden soll. Er fußt auf dem vom amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler P. Samuelson (in Economics) eingeführten Begriff NEW (Net Economic Welfar), wurde vom sozialdemokratischen Politiker Eppler als heftig umstrittenes Thema in die deutsche innenpolitische Diskussion eingeführt und spielt, wie wir dem aufschlußreichen Vortrag von Prof. Dr. Kortzfleisch[3] entnehmen konnten, eine Schlüsselrolle in den gegenwärtigen Untersuchungen des Club of Rome. Das Programm der Lebensqualität als Maßstab der Wirtschaftsentwicklung weckt die Hoffnung einer Erneuerung des Fortschrittsglaubens auf einer das banale und absurde Maß BSP wieder überhöhenden Stufe. Aber leider bewegt sich, soweit sich bisher absehen läßt, auch dieses Programm nur auf der eindimensionalen Linie zwischen den Polen der liberalistischen und der sozialistischen Wirtschaftsauffassung mit der gefährlichen Tendenz, auf der Einbahnstraße zum Sozialismus die freie Wirtschaft und damit eine wesentliche Grundlage der gesellschaftlichen Freiheit Schritt für Schritt abzubauen.

Die genannten drei Veröffentlichungen wollen wir im folgenden unter der in unserem Thema formulierten Fragestellung untersuchen.

2. Veröffentlichungen im Auftrag des Club of Rome

2.1. »Die Grenzen des Wachstums«, Meadows, 1973.[4]

Diese Studie bringt eine Trend-Analyse für die voraussehbare Weltentwicklung hinsichtlich Produktion, Rohstoff-Reserve, Umweltbelastung, Ernährung und Bevölkerungswachstum anhand eines Weltmodells mit Einführung von 99 Variablen. Die Entwicklung jedes dieser fünf Faktoren – im folgenden werden wir uns auf die drei ersten mit den Bezeichnungen P, R, U beschränken – und vor allem ihr Zusammenwirken muß nach Meadows bis zum Jahr 2100 eine *Weltkatastrophe* herbeiführen, wenn nicht bis spätestens 1985 ein *Wachstums-Stop* erreicht ist. Es ist ein Mißverständnis oder eine bewußte Mißdeutung dieser Studie, sie als futorologisch-pessi-

3) auf der gleichen Tagung; ebenfalls im vorliegenden Heft abgedruckt.

4) Zitate nach rororo, Oktober 1973

mistische Weltsicht abwerten und widerlegen zu wollen; denn ihre, durch Computer-Rechnungen gesicherten und durch Graphen veranschaulichten Prognosen gelten unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der möglichst exakt ermittelte gegenwärtige Entwicklungstrend weiter anhält, und werden mit dem eindringlichen Appell verknüpft, diesen Trend zu ändern, damit die Voraussagen eben *nicht* eintreffen. Dabei beruht die Trend-Verlängerung in die Zukunft auf exakten mathematischen Gesetzmäßigkeiten, dargestellt durch mathematisch definierte Kurven, deren empirische Anwendbarkeit allerdings der sorgfältigen Prüfung bedarf. In ähnlicher Weise, wie eine ansteigende Gerade als Bild linearen Wachstums mathematisch durch zwei Punkte festgelegt, empirisch durch eine möglichst große Zahl von Punkten gesichert und theoretisch durch die Feststellung einer konstanten Zunahme begründet wird, geschieht dies auch bei der für die Meadows-Untersuchung typischen Kurve des exponentiellen Wachstums, das in einer konstanten Zuwachsrate (das heißt nicht absolut, sondern prozentual konstantem Zuwachs) besteht. In Anwendung auf die Wirklichkeit muß eine solche, mit immer steilerem Anstieg verlaufende Kurve schließlich an irgend eine Grenze stoßen – in unserem Fall: Erschöpfung der Rohstoffvorräte, der Energie, der Nahrungsmittel und Umweltzerstörung – und mit einer Katastrophe enden: Dezimierung der Menschheit durch Krankheit und Hunger, wenn nicht schon vorher durch sozialen Aufruhr und Weltkrieg. Ob eine solche gefährliche Exponentialkurve rechtzeitig in eine »Sättigungskurve« (das heißt verlangsamte Annäherung an einen Höchstwert oder einen optimalen Wert) verwandelt werden kann, ist gerade die Frage nach der Trendänderung durch neue, zu findende und zu realisierende Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung.

Es ist also unsachliche Kritik eines ideologisch fixierten Wissenschaftlers, oft auch unehrlich-böswillige Kritik eines interessengebundenen Wirtschaftlers, von einer »apokalyptischen Vision« zu reden, die mit den »Taktiken des Übersehens und Verschweigens« entworfen werde. Aber es ist ein ehrlicher und ernst zu nehmender Einwand, daß das primitive Mittel eines weltweiten Wachstums-Stops weder durchführbar noch zweckmäßig ist und im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eine empörende Ungerechtigkeit bedeuten würde.

2.2. »*Menschheit am Wendepunkt*«, *Mesarovic und Pestel, 1974*[5]

Diese Studie trägt der Kritik Rechnung, soweit sie mit Recht gegen die erste Studie des Club of Rome geäußert wurde. Zum ersten ersetzt sie das grobe Weltmodell durch ein *differenziertes Modell* mit 10 Weltregionen

5) Zitate nach der Ausgabe der Dt. Verl. Anst. Stuttgart, 1974

(zusammengefaßt nach Wirtschaftsentwicklung, Gesundheitspolitik, Tradition, Lebensstil) mit Einführung von 10.000 Variablen in 5 Ebenen (individuelle, sozialpolitische, demo-ökonomische, technologische, ökologische Ebene) und bestätigt im ganzen, aber mit zahlreichen Einzelkorrekturen, die wesentlichen Aussagen der ersten Studie. Zum zweiten erarbeitet sie hieraus einen entscheidend verbesserten Vorschlag zur Abwendung der Katastrophe, nämlich an Stelle des Wachstums-Stops ein *»organisches Wachstum«* mit gezielter Verzögerung oder Beschleunigung je nach Weltregion.

Freilich bleibt unter dem Gesichtspunkt des gestellten Themas auch gegenüber dieser zweiten Studie der Einwand bestehen, daß das liberalistische Übel eines ungehemmten Wirtschaftswachstums durch das entgegengesetzte Übel einer weltweiten *Wirtschaftsplanung* geheilt, also die Gefährdung der Existenz durch eine nicht minder ernste Gefährdung der Freiheit abgewendet werden soll mit dem sehr beträchtlichen Risiko, daß auch der Verlust der Freiheit die Existenzbedrohung nicht aufzuheben vermag.

3. *»Ein Planet wird geplündert«, Herbert Gruhl, 1975*[6]

3.1. Untergang oder »planetarische Wende«?

Im Unterschied von den eben besprochenen Veröffentlichungen ist Gruhls Buch eine popularisierende Sekundär-Arbeit mit gründlicher Verwertung zahlreicher Quellen, darunter natürlich auch die Veröffentlichungen des Club of Rome. Deren Prognosen erfahren bei Gruhl eine Wendung zu *pessimistischer Weltsicht* und rigorosen *moralischen Postulaten* in einer teilweise aggressiv-provokatorischen Sprache, so zum Beispiel in den Aussagen, die »Wachstumsfetischisten« seien die »schlimmsten Unheilbringer der heutigen Welt« (S. 343) und die in seinem Buch dargestellte »Überlebens-Chance« dürfte »den verwöhnten Menschen allzu mühselig sein, als daß sie sie annehmen werden«. (S. 341). An Stelle des Fortschrittsglaubens als der letzten, ebenso im Kommunismus wie im Kapitalismus herrschenden Weltreligion fordert er Hinwendung zu moralischen und ethischen Werten, Entzauberung der materiellen Werte, Ende der Ausbeutung der Erde, buddhistische Bedürfnislosigkeit. Ein Überleben sei, wenn überhaupt, nur »auf niedrigerem Niveau und in bedeutend geringerer Bandbreite« des »materiellen Besitzstandes« möglich (S. 341–343).

Der Weg zur möglichen, aber keineswegs sicheren Rettung vor der drohenden Katastrophe kann nach Gruhl nur über eine *»planetarische Wende«* führen, nämlich psychologisch eine Umstellung des Denkens von

6) Fischer Verl., Frankfurt a. M., 1975

Wünschen und Bedürfnissen (»Was will ich noch alles?«) auf die gegebenen *Grenzen unseres Planeten* (»Was kann der Mensch vielleicht noch?«) (S. 226), faktisch eine teilweise Rückkehr zum *»natürlichen Produktionskreis«* (nach dem Vorbild der ursprünglichen Landwirtschaft; analog auch Wiederaufbereitung der Rohstoffe in der Industrie) verbunden mit Sparsamkeit, Selbstgenügsamkeit, Reduktion des Anspruchsniveaus (S. 282). Weltweit gesehen beurteilt er die Überlebenschancen eines Volkes im bevorstehenden Verteilungskampf zwischen den Industrienationen, den Rohstoff besitzenden und den armen Entwicklungsländern als abhängig von militärischer Macht, Bevölkerungsplanung, Leidensfähigkeit des Volkes, ökologischer Unversehrtheit, Rohstoff- und Energie-Vorräten; daher seien sie am günstigsten für die östlichen Völker (Rußland, China) und allgemein umso besser, je gründlicher die von ihm vorgeschlagene Therapie befolgt werde.

3.2. *Gruhls »Wirtschaftsformel«*

Gruhl unterbaut seine heftige Kritik an der »künstlichen Produktionsweise der Ausbeutungswirtschaft« durch eine ebenso heftige *Kritik an der offiziellen Wirtschaftswissenschaft,* die durch »grobe Fehler« an der verhängnisvollen Fehlentwicklung mitschuldig geworden sei. Er will diese Wirtschaftswissenschaft korrigieren durch eine von ihm entwickelte *»Wirtschaftsformel«,* die allerdings nur das scheinbare Aussehen einer mathematischen Formel hat und keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben kann, sondern nur als symbolische Kurzschreibweise eine einprägsame Darstellung seiner Aussagen liefert. In diesem Sinn wollen wir sie kurz darstellen, zugleich als Vorbereitung auf jene echt mathematischen Formeln, die wirtschaftliche Zusammenhänge beschreiben und mit denen wir uns noch beschäftigen müssen.

Gruhl geht von der einfachen »Gleichung« aus: $P = N + A$; sie will aussagen, daß die Produkte des Wirtschaftens sich aus Natur und Arbeit zusammensetzen, wobei die Größen P, N, A, nicht als Maßzahlen definiert, also auch Plus- und Gleichheits-Zeichen nicht im mathematischen Sinn zu verstehen sind. Sodann will das »Produkt« $A \cdot (E+R)$ zum Ausdruck bringen, daß das Ergebnis der menschlichen Arbeit (A) durch den Einsatz von Energie (E) und Maschinen, also mittels der zum Maschinenbau benötigten Rohstoffe (R) vervielfacht wird. Hier setzt nun Gruhls vernichtende Kritik gegen die offizielle Wirtschaftslehre ein mit dem Vorwurf, daß sie die entscheidende Bedeutung der Zeit (Z) übersehen habe; diese nötigt nämlich zu der korrigierten Relation $A \cdot \left(\frac{E}{Z} + \frac{R}{Z}\right)$, zum Beispiel mit $Z = 1000$ für den Fall, daß die Weltvorräte an Energie und Rohstoffen noch schätzungs-

weise 1000 Jahre reichen, wobei sich allerdings ein unbemerkter Bedeutungswandel der Buchstaben E und R eingeschlichen hat. Aber nicht nur der Bestandteil mit A in der Darstellung der Produktion P hat einen begrenzten Zeithorizont, sondern auch der andere Bestandteil mit N infolge der zunehmenden Umwelt-Verschmutzung und Vergiftung; diese wird mit dem Symbol U_V bezeichnet und bewirkt eine Verringerung des Beitrages N nach der Formel $\frac{N}{1 + U_V}$. Und nun konzentriert Gruhl seine Vorschläge für eine richtige Produktionsweise auf die beiden Buchstaben-Symbole W für Wiederverwendung von Rohstoffen (Recycling) und U_S für Umweltschutz; mit deren Einführung erhält er die endgültige Gestalt seiner »*Wirtschaftsformel*«, nämlich

$$(1)\ P = \frac{N}{1 + U_V} + A \cdot \left(\frac{E}{Z} + \frac{R}{Z} + W \right) \cdot U_S$$

Dabei stört freilich die unklare Bedeutung des Buchstabens R als Rohstoff-Einsatz nur für Maschinen oder auch für die Konsumgüter; ferner die weitgehend willkürliche Einfügung des Symboles W als Kompensation gegen Z, versehen mit dem Pluszeichen, sowie des Symboles U_S als Kompensation gegen U_V, versehen mit dem Malzeichen und zwar einseitig auf der Seite des Bestandteiles A – ganz abgesehen davon, daß das Fehlen aller quantitativen Definitionen der eingeführten Buchstaben-Symbole die mathematischen Verknüpfungen mit Plus und Mal einigermaßen sinnleer macht und auch jeder Versuch zur Einführung von Maßzahlen von vorneherein an den Widersprüchen in den Maß-Dimensionen der »Formel« scheitern müßte.

Aber bei der vom Verfasser offenbar beabsichtigten, rein symbolischen Deutung der nur scheinbar mathematischen »Formel« zeigt sich, daß die mit ihr gemeinten Aussagen leicht verständlich und auch weitgehend richtig sind. Sie könnten sogar die Möglichkeit zu Realisierungen offen lassen, die mehr oder weniger mit einer freien Wirtschaft vereinbar wären; aber die vom Verfasser selbst gegebene Interpretation fordert eine die Bedürfnisse und Freiheiten des Einzelmenschen radikal einschränkende, *Wirtschaftsplanung* – wenn nicht in weltweitem Maßstab, so doch wenigstens in wirtschaftlichen Großräumen, deren Überleben im drohenden Endkampf um die Verteilung der zu Ende gehenden Rohstoff- und Energie-Vorräte gesichert werden soll.

4. Eidgenössische Studien zur Gesamtenergiekonzeption (GEK)

4.1. Studie der Arbeitsgruppe Energie-Wachstum-Umwelt (EWU)

(Studie Nr. 11 a: »Stabilisierungsvarianten«, Zürich, 1977)[7]

Ziel der auf den Schweizer Wirtschaftsraum beschränkten, aber grund-

7) Vertrieb: Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, Bern

sätzliches Interesse verdienenden Studie ist »die *Stabilisierung des überproportionalen Energieverbrauches*« und zwar in dem Maß, das *möglich* ist, ohne eine gegenwärtige Krise zu erzeugen, aber *notwendig*, um die künftig drohende Katastrophe zu vermeiden. Entscheidend für dieses Programm ist allerdings die Diagnose: Die Verfasser der Studie machen die *»industrielle Überproduktion«* und die damit verknüpfte wirtschaftliche Expansion verantwortlich für den überproportionalen Energieverbrauch, aber ebenso auch für die Verschwendung der Rohstoff-Reserven und die Umweltverschmutzung, darüber hinaus für die grundsätzliche gesellschaftliche Fehlentwicklung, nämlich die herrschende statt dienende Rolle der Wirtschaft im soziokulturellen System, die Überentwicklung des Rationalen, die Verkümmerung des Gefühlsmäßigen und Seelischen. Mit der Feststellung, daß keine Konzeption, Planung oder Strategie wertfrei ist, sondern daß sie immer einem bestimmten *Menschen- und Gesellschaftsbild* entspringen, bekennen sich die Verfasser offen zu ihrem weitergesteckten gesellschaftspolitischen Ziel, betrachten also die erstrebte Stabilisierung des Energieverbrauches als Mittel zur Bremsung der *grundsätzlich abgelehnten* »industriellen Überproduktion«.

Die Studie führt die erforderlichen Rechnungen zwecks vergleichender Kontrolle für *drei Stabilisierungsvarianten* mit verschiedenen Zeitprogrammen durch, wobei die mittlere als die hauptsächliche Variante eine Stabilisierung des Energieverbrauches bis zum Jahr 1985 auf dem Niveau von 130% gegenüber dem Stand von 1974 vorsieht; für die Übergangszeit soll die Wachstumsrate auf 2,3% bis 2,4% reduziert werden bis zur vollständigen Erreichung einer umweltfreundlichen Produktionsweise mit Nullwachstum. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles besteht in einer Steuerung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Energiesektor, und er wird entscheidend erleichtert durch ein *Energiepolster von fast 50%* auf Grund der bisherigen Energieverschwendung. Das *Energie-Angebot* soll verringert werden durch quantitative und qualitative Energie-Einsparung (Vermeidung des Einsatzes hochwertiger Energie, wo geringwertige Energie genügt) und soll ergänzt werden durch zusätzliche Energie-Erzeugung (Totalenergiesystem als flexible Gesamtheit von vielen, auch kleinen verschiedenartigen Energiequellen mit Speicherung, Rückfluß, Abwärmenutzung, Wärmepumpe). Die durch Trendanalyse ermittelte *Nachfrage-Entwicklung* soll gebremst werden durch finanzielle Steuerung (Preise, Steuern, degressive Tarife) und bewußtseinsmäßige Beeinflussung (Ge- und Verbote, Information, Erziehung). Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird im Hinblick auf das Energieprogramm in eingehenden Berechnungen geprüft, und in einer abschließenden Betrachtung werden noch ihre Auswirkungen auf Produktion, Wirtschaft, Außenhandel und Umwelt untersucht.

4.2. Stellungnahme des Schweizer Nationalkomité der Weltenergiekonferenz (Studie Nr. 11 b, 1977)[8]

Es handelt sich erstens um eine *Kritik* der eben besprochenen Studie mit dem Vorwurf, sie gehe von »zu optimistischen Grundannahmen« aus und beruhe auf »gesellschaftspolitischen Überzeugungen«, die sich »nur auf dieser Ebene diskutieren« ließen; zweitens um eine »*Berichtigung*« der angestellten Rechnungen durch Einführung »realistischer Grundannahmen« und »mit Berücksichtigung der Realisierbarkeit unter den gegebenen Bedingungen«. Der unvoreingenommene kritische Laie, dem natürlich die sachliche Nachprüfung der ebenso umfangreichen wie komplizierten Grundannahmen und Berechnungen nicht möglich ist, gewinnt den Eindruck einer Kontroverse zwischen einer uneingestandenen oder unbewußten konservativen Ideologie, die auf einer Interessengebundenheit an das derzeitige Wirtschaftssystem beruht, und einer offen bekannten progressiv-idealistischen Ideologie, die planwirtschaftliche Steuerung eines noch teilweise freien, nämlich durch Angebot und Nachfrage bestimmten Wirtschaftsablaufes erstrebt. Doch sind die in der Stellungnahme verbal formulierten Einwände anfechtbar, etwa daß die Planung im Energiesektor eine Störung des Gleichgewichtes mit den übrigen Produktionsfaktoren bewirke (obwohl die vorgeschlagenen Maßnahmen doch ein schon bestehendes Ungleichgewicht als Folge einer Überindustrialisierung beheben wollen); daß daher auch für diese eine Planung notwendig würde (was durchaus nicht einzusehen ist); daß die erhöhten Energiepreise auf die Konsumenten abgewälzt würden (was wohl nur zum Teil möglich ist und auch dann das Energieprogramm nicht beeinträchtigt).

5. Kritische Würdigung

5.1. Interpretation von Wirtschaftsformeln

a) Wir wollen die Auseinandersetzung mit den drei Arbeiten ein Stück weiter in Richtung unserer Themenstellung vorantreiben. Dazu müssen wir uns der *Formelsprache* bedienen, für die Gruhl ein rein symbolisches Beispiel bringt, während die beiden anderen Veröffentlichungen korrekte mathematische Verfahren anwenden. Als einfachste Beispiele mathematisch korrekter Formeln in Anwendung auf andere Wissenschaften sind uns auf der Schule schon physikalische Formeln begegnet. Wir wählen das *Ohmsche Gesetz*, also die bekannte Relation zwischen Stromstärke J (in Ampère), Spannung U (in Volt) und Widerstand R (in Ohm). Das Gesetz besagt in allgemeiner, also vager Formulierung:

8) vgl. Fußnote 7.

$J = f(U \cdot R)$, das heißt J ist eine Funktion von U und R;
in konkreter, also quantitativer Präzisierung:

$$J = \frac{U}{R}, \text{ zum Beispiel } \frac{220 \text{ Volt}}{50 \text{ Ohm}} = 4{,}4 \text{ Ampère.}$$

Diese Formel hat erstens und vor allem eine offensichtliche quantitative Bedeutung im Sinn der mathematischen Gleichung, also mit der Bedeutung einer *Größengleichheit.* Zweitens ermöglicht sie bei ausreichender Sachkenntnis eine *kausale Interpretation* derart, daß die Spannung U als die Ursache des Stromes J und der Widerstand R als ein im allgemeinen konstanter Begleitumstand betrachtet wird; es handelt sich um die einfachste Art der Kausalität, da die Wirkung J zur Ursache U direkt proportional ist nach der Schreibweise $J = \frac{1}{R} \cdot U$ mit der »Proportionalitätskonstanten« $\frac{1}{R}$(»elektrische Leitfähigkeit«). Bei der Anwendung des Ohmschen Gesetzes etwa auf eine Glühbirne muß jedoch berücksichtigt werden, daß der temperaturabhängige Widerstand des Glühfadens seinerseits durch die Erhitzung, also durch die Stromstärke bestimmt wird, und damit erweist sich als dritter Aspekt dieser Formel die *Interdependenz,* das heißt wechselseitige Kausalabhängigkeit. Daher kann die gesuchte Stromstärke nicht unmittelbar berechnet werden, sondern nur für den Endzustand eines Einpendelungs-Prozesses.

b) Genau in diesem dreifachen Sinn gilt die bekannte *wirtschaftliche Formel:*

$$(2)\ p = \frac{N}{A}; \text{ das heißt Preis} = \frac{\text{Nachfrage}}{\text{Angebot}}.$$

Sie bedeutet erstens eine *Größengleichheit,* zum Beispiel $\frac{220 \text{ DM}}{50 \text{ Stück}} = 4{,}4 \frac{\text{DM}}{\text{Stück}}$; zweitens eine *Kausalrelation* in dem Sinn, daß der Preis einer Ware als Funktion von Nachfrage und Angebot bestimmt ist; drittens eine mögliche *Interdependenz,* wenn zum Beispiel eine Preissenkung die Nachfrage nach der billiger gewordenen Ware erhöht (zu Lasten verfügbarer Ersatzwaren) und zugleich ihr Angebot verringert (wegen niedrigeren Produktionsgewinnes), so daß die Preissenkung eine preissteigernde Rückwirkung erzeugt und dieser »*Regelkreis*« zu einem stabilen Endzustand führt.

c) Wir betrachten nun die »*Verkehrsgleichung*«, die für eine (annähernd als abgeschlossen vorausgesetzte) Volkswirtschaft zwischen den Größen: W = Warenproduktion; p = Preisindex (Durchschnittspreis aller Waren); G = Geldmenge; U = deren Umlaufgeschwindigkeit die folgende Relation herstellt:

$$(3)\ W \cdot p = G \cdot U; \text{ zum Beispiel } \frac{\text{kg}}{\text{Tag}} \cdot \frac{\text{DM}}{\text{kg}} = \text{DM} \cdot \frac{1}{\text{Tag}}.$$

Dabei wollen wir von den Komplikationen absehen, daß das symbolische Produkt W · p in Wahrheit eine Summe von Produkten mit verschiedenen Maßen kg, m, cbm, Stück usw. für verschiedene Warengattungen darstellt, also p eine Durchschnittsbildung bedeutet und daß für G die Unterscheidung zwischen verschiedenen Geldarten, insbesondere zwischen Bargeld und Buchgeld nötig wäre.

Als *Gleichheitsrelation* bedeutet (3) von links nach rechts gelesen in unmittelbar einleuchtender Weise das aus der Produktion, also aus Löhnen, Gehältern und Produktionsgewinnen fließende Geldeinkommen, aber von rechts nach links gelesen die durchaus problematische Annahme, daß das laufende Einkommen aus der Produktion auch laufend die erzeugte Warenproduktion wieder aufkauft. Eine Störung dieser Gleichung bedeutet eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes derart, daß der unverkäuflich bleibende Produktionsrest eine Absatzstockung darstellt und in der Folge zu allen weiteren, leider wohlbekannten Erscheinungen der Wirtschaftskrise führt.

d) Die Verkehrsgleichung (3) läßt sich leicht in die Gestalt der Formel (2) überführen, nämlich:

(4) $p = \frac{G \cdot U}{W}$; das heißt Preisindex = $\frac{\text{Gesamtnachfrage (mittels Geld)}}{\text{Gesamtangebot (aus Warenproduktion)}}$

Daher lassen sich auch dieselben Überlegungen auf (4) anwenden wie auf Formel (2) (in Abschnitt b), aber mit einem verhängnisvollen Unterschied hinsichtlich der *Interdependenz:* Bei sinkender Tendenz des Preisindex p ergibt sich nicht eine kompensierende Rückwirkung, wie sie bei Einzelpreisen durch das Ausweichen zwischen Ersatzwaren ermöglicht wird, sondern das genaue Gegenteil, nämlich ein Rückgang der Gesamtnachfrage in Erwartung weiterer Preissenkung, das heißt es entsteht eine sich selbst verstärkende Deflation mit den bereits genannten Folgen von Absatzstockung und Wirtschaftsstörung. Allgemein sind *Deflation und Inflation* nicht Einpendelungsprozesse in Richtung auf neues Gleichgewicht (Selbststeuerung durch Regelmechanismen), sondern im Gegenteil *Ungleichgewichtsprozesse,* die sich selbst verstärken in komplizierten Wechselwirkungen mit den übrigen Wirtschaftsdaten: Absatz, Produktion, Beschäftigung, Löhne und Geldpolitik der Bundesbank.

e) Zum Abschluß betrachten wir die *ökonomische Formel,* die der Analyse der EWU-Gruppe (Ziffer 4.1) zugrundeliegt und auch im Vortrag von Herrn Professor von Kortzfleisch erwähnt wurde, nämlich die in allgemeiner Form dargestellte Relation:

(5) P = f (A; K; R; E; W)

das heißt, die Produktion P ist eine Funktion der für sie aufgewandten Größen A (Arbeit, das heißt Arbeitskräfte und Arbeitsstunden), K (Kapital,

das heißt Investition, also Umsetzung von Geld- in Produktionskapital), R (Rohstoffe für die Herstellung von Investitions- und Konsumgütern), E (Energie, also stoffliche Energieträger und sonstige Energiequellen) und W (Wissen und Können, also wissenschaftliche und technische Kapazität). Durch Konkretisierung dieser umfassenden Relation im einzelnen kann mit diesen, quantitativ definierten Größen eine echte (selbstverständlich auch in den Maßdimensionen stimmige) *Gleichheit* hergestellt werden. Für die *kausale Interpretation* sind natürlich recht viele und zum Teil komplizierte Wechselwirkungen zu berücksichtigen.

Am Rand sei noch bemerkt, daß für die Verteilung des Sozialproduktes an die Stelle der fünf aufgezählten Größen die drei »*Produktionsfaktoren*« Arbeit (A), Kapital (K) und Boden (B) treten, wobei offensichtlich R ausschließlich zu B (Bodenschätze), E zu B und K (Energieträger und Energiegewinnung), schließlich W zu A und K (Arbeitsfertigkeit und Kapitaldisposition) zu rechnen ist.

Der Vergleich der in Formel (5) vorkommenden Größen mit denen in Gruhls Formel (1) erweist die (wenigstens annähernd) gleiche Bedeutung der Buchstaben A, R, E; interessant ist das Neuauftreten des Symboles W (das nichts mit demselben Buchstaben-Symbol in Gruhls Formel zu tun hat), aber besonders auffällig das Neuauftreten des Buchstabens K; denn man sollte meinen, daß das *Kapital* eine hervorragende Rolle zur Charakterisierung der von Gruhl gegeißelten »Ausbeutungswirtschaft« spielen müßte.

5.2. Kausalanalyse des Wirtschaftswachstums

Die letzte Bemerkung führt uns zur überraschenden Feststellung, daß die drei besprochenen Arbeiten (Ziff. 2, 3 und 4) erstens die Rolle des Kapitals zu verkennen scheinen und zweitens die entscheidende Frage nach Grund oder Ursache des angeblich notwendigen und doch zugleich absurden Wirtschaftswachstums nicht grundsätzlich untersuchen. Der Verdacht liegt nahe, daß zwischen den beiden Fragestellungen ein innerer Zusammenhang besteht; diesem wollen wir an Hand der ökonomischen Formel (5) jetzt nachspüren.

Unsere Frage lautet: Welche der für P aufgezählten 5 »Produktionsfaktoren« erzwingt fortgesetzte Produktion und damit fortgesetztes *Wirtschaftswachstum*? Offensichtlich schaffen R und W (Rohstoffe und Wissen) lediglich die *Möglichkeit* oder gegebenenfalls gewisse *Grenzen* für Produktion und Wirtschaftswachstum, aber keinesfalls einen Zwang. Dasselbe gilt für E (Energie) und tatsächlich wollen ja auch die Verfasser der EWU-Studie (Ziff. 4.1) die Reduktion des Energieverbrauches als Mittel zur Bremsung des Wirtschaftswachstums einsetzen. Ein solcher Versuch ist allerdings, solange die eigentliche Ursache des Wachstumszwanges nicht

erkannt und beseitigt ist, ebenso wirkungslos und verhängnisvoll wie die Bremsung eines Kraftwagens bei unvermindertem Motor-Antrieb.

Die Größe A ist ebenso wie R, W und E notwendige Voraussetzung, aber überdies auch ein *Ansporn* zu Wirtschaftswachstum, allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze. Die Zunahme von A als Voraussetzung wachsender Wirtschaft erreicht nämlich rasch eine Sättigungsgrenze als Gleichgewichtszustand zwischen erstrebter Arbeitszeit und erwünschter Freizeit, also zwischen den erforderlichen finanziellen Mitteln und den zeitlichen Möglichkeiten zum Genuß der produzierten Konsumgüter. Das Gegenargument, die menschlichen Wünsche und Bedürfnisse seien unbegrenzt, muß für die Steigerung der Produktion und des Absatzes mit Stimulierung und Manipulierung neuer Bedürfnisse herhalten, ist aber psychologisch nur richtig im Sinn der verhängnisvollen Illusion, daß eine unbegrenzte Steigerung des Lebensstandards einschließlich der als selbstverständlich erwarteten Sozialleistungen möglich sei ohne entsprechende Steigerung oder sogar bei gleichzeitiger Verminderung der eigenen Leistungen und persönlichen Belastungen – eine Illusion, die unter dem Druck der gegenwärtigen Erfahrungen langsam zerbröckelt, übrigens auch schon von der Mehrheit der Bevölkerung durchschaut und abgelehnt wird, wie Repräsentativ-Umfragen des Bundesinnenministeriums sowie des Bundes für Natur- und Umwelt-Schutz ergaben.

Als möglicher Sündenbock bleibt also nur die Größe K übrig und in der Tat ist für das *Kapital* die *Unersättlichkeit der Selbstvermehrung* so gut bekannt, daß sie zu einer nicht mehr beachteten Selbstverständlichkeit geworden ist. Das von Karl Marx formulierte *Gesetz der Kapitalakkumulation* spricht aber nicht nur eine Wesenseigenschaft des Kapitals als Folge seiner Existenz aus, sondern die unerläßliche Bedingung seiner Wirksamkeit in der Wirtschaft. Das Geldkapital stellt sich der Investition nur zur Verfügung zu einem Mindest-Zinssatz von 3 bis 4%, den J. M. Keynes aus der Liquiditätspräferenz erklärte und S. Gesell als »Urzins« bezeichnete. Daraus folgt das exponentielle Wachstum des gesamten in der Wirtschaft investierten Kapitals, dessen wachsende Zinsforderungen nur aus erhöhten Wirtschaftserträgen, also durch wirtschaftliche Expansion erfüllt werden können; widrigenfalls ergeben sich aus mangelnder Investitionsbereitschaft auch Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit als selbstverständliche Folgen.

5.3. Kritische Rückfragen

Selbstkritische Vorsicht ist geboten, wenn man einen entscheidenden und unmittelbar einleuchtenden Zusammenhang zu entdecken meint, den man in maßgebenden fachwissenschaftlichen Darstellungen vermißt. Wenn

wir nun mit der Frage nach der Rolle des Kapitals für das Wirtschaftswachstum und dessen Probleme nachträglich nochmals die drei besprochenen Arbeiten prüfen, so finden wir bei geduldigem Suchen zwar nur wenige, aber doch verräterische einschlägige Stellen.

Zu 2.2. Im zweiten Bericht an den *Club of Rome* finden wir auf Seite 82 die Fußnote: »Man schiebt Maßnahmen zur Abwendung von Problemen, die in »ferner Zukunft« zu erwarten sind, so lange wie »möglich« auf. Ein zehnjähriger Aufschub etwa würde dann bei 7-prozentiger Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals eine Ausgabenersparnis in Höhe von 50 Prozent erbringen«.

Zu 3. Herbert *Gruhl* verteidigt mit aller Entschiedenheit sein merkwürdiges Unverständnis für die entscheidende Rolle des Kapitals mit den folgenden Ausführungen: »Die Ökonomie hat dem Kapital fälschlicherweise eine primäre Rolle zugewiesen, während ihm nur die eines Mittlers zukommt. Die Brauchbarkeit des konventionellen Geldkapitals ist von der Existenz des »biologischen Kapitals« (des Ökosystems) ganz und gar abhängig. Darum ist das Kapital in unserem Wirtschaftssystem ein – allerdings ausgezeichnetes – Hilfsmittel. Weil es nur Hilfsmittel ist, hat es in der Formel der Gesamtwirtschaft nichts zu suchen. Es ist richtiger, dort nicht das »Kapital«, sondern die dinglichen Faktoren R + E einzusetzen. Grundlage der Wirtschaft ist der Kreislauf der Stoffe und nicht des Geldes! Das sollte die Ökonomie nun endlich anerkennen«. (S. 200). – Aber einige Seiten später folgt mit weniger Pathos und mehr Berechtigung die nüchterne Feststellung, daß die Erhöhung des Bruttosozialproduktes und die Vollbeschäftigung durch gesteigerte Ausbeutung der Erde erreicht wird und – so fährt er fort: »um die Lust an der Kapitalanlage, besonders am Kauf von Aktien aufrecht zu erhalten, muß das Vertrauen in weiteres »Wachstum« ungebrochen bleiben. Aktien sind »Wachstumspapiere«; wenn sie andauernd fallen, ist niemand mehr geneigt, sein Geld zu riskieren«. (S. 208).

Zu 4. In der *EWU-Studie* findet sich eine ähnliche Gedankenkette in präziserer Formulierung: Da »das Energiegeschäft ständig kapitalintensiver« wird, bildet sich ein »Tummelfeld von Gruppeninteressen« in der Konkurrenz um das Ziel, »möglichst viele energieverschlingende Apparate abzusetzen, die auf den jeweiligen Energiebezug angewiesen sind«, also einen »Zwangskonsum« zu schaffen (Seite 2–1 bis 2–2). So entstehen in der Wirtschaft »strukturbedingte Wachstumszwänge« (S. 4–5). Nach unseren Überlegungen handelt es sich hier allerdings um eine, im Energie-Sektor beobachtete, spezifische Erscheinungsform des allgemeinen durch das kapitalistische Wirtschaftssystem bedingten Wachstumszwanges.

6. Die Antwort

Wir haben das gestellte Thema bis zu jenem Punkt verfolgt, der einerseits eine Beantwortung der aufgeworfenen Frage erlaubt, andererseits aber den Anfang einer neuen, über das gestellte Thema weit hinausführenden Untersuchung setzt.[9] Die Antwort entlarvt die gestellte Frage als eine *Schein-Alternative*, die auf einer, dem liberalistischen wie auch dem sozialistischen Denken gemeinsamen *Ideologie* gründet. Die Überwindung dieser Schein-Alternative zielt auf ein »*organisches Wachstum*« im wahren Sinn dieses Wortes, nicht in dem planwirtschaftlich verzerrten Sinn nach dem zweiten Bericht an den Club of Rome (»Menschheit am Wendepunkt«; vgl. Ziff. 2. 2). Im Gegensatz ebenso zum Wachstumszwang des kapitalistischen Wirtschaftssystems wie zum erzwungenen Nullwachstum einer sozialistischen Planwirtschaft wird die Entwicklung einer wirklich *freien Wirtschaft* nicht durch irgend welche, von außen antreibende oder hemmende Zwangskräfte bestimmt, sondern in ihrem Wachstum oder in ihrem funktionsfähigen Gleichgewichtszustand durch die Gegebenheiten, Möglichkeiten und echten Bedürfnisse der Wirtschaft wie Bevölkerungswachstum, Innovationen und Lebensänderungen gesteuert, selbstverständlich in den durch mögliche Nachfrage und mögliche Angebote gezogenen Grenzen. Damit ist bereits gesagt, daß es sich um eine »freie« Wirtschaft im doppelten Sinn dieses Wortes handelt: frei von Monopolen und von Dirigismus, also frei von privater und von staatlicher Vermachtung. Ihr Wesensmerkmal ist ein möglichst *vollständig freier Wettbewerb* auf dem Waren-, Arbeits- und Kapital-Markt, also mit freier Bildung von Preisen, Löhnen und Zinsen, die sowohl als Indikatoren relativer Knappheitsverhältnisse wie als Regulatoren zur beständigen Aufrechterhaltung eines dynamischen Gleichgewichtes funktionieren.

Diese in der klassischen Nationalökonomie nach Adam Smith postulierte *Selbststeuerung*, die sich binnenwirtschaftlich im freien Kräftespiel verwirklicht, erfordert allerdings für die gesamtwirtschaftliche Funktionsfähigkeit eine geeignete *Rechts-Rahmenordnung*, zu der insbesondere eine *funktionsfähige Ordnung des neutralen Geldes* gehört. Sie muß auf dem Warenmarkt das Gleichgewicht zwischen Gesamtangebot (Produktion) und Gesamtnachfrage (Geldumlauf; vgl. Formel (3) und (4) in Ziff. 5. 1), mithin einen *stabilen Preisindex* durch entsprechende Geldmengen-Änderungen bei nichthortungsfähigem Geld garantieren (»Indexwährung mit Umlaufsicherung«). Damit wird zugleich der Kapitalmarkt von der durch Liquiditätsvorliebe bedingten unteren Zinsschranke befreit, so daß im Spiel von Angebot und Nachfrage bei vermehrter Kapitalbildung die

9) Vgl. auch den Schlußteil des in Fußn. 1 zitierten Aufsatzes (S. 28 ff.)

Zinsen bis zur Nullgrenze sinken können, natürlich ohne Beeinträchtigung ihrer Steuerungsfähigkeit, und daß die fortgesetzte Kapitalbildung nicht mehr durch die künstlich aufrechterhaltene untere Zinsschranke gestoppt wird.

Aber mit diesen, freilich viel zu knappen Andeutungen haben wir bereits den abgesteckten Rahmen des Themas überschritten. Es sei nur noch bezüglich der aktuellen, durch den Wachstumszwang erzeugten Probleme der Rohstoff- und Energie-Verknappung sowie der Umweltverschmutzung der Hinweis gestattet, daß eine monopolfreie Wettbewerbswirtschaft mit reichlichem Vorrat an billigem Kapital auch in dieser kritischen Situation eine wirksame Selbststeuerung nicht nur über die Nachfrage, sondern auch über das Angebot ermöglicht, nämlich über Preise und Investitionen, wobei sich durch Beseitigung der Zinsbelastung ungeahnte neue Möglichkeiten für umweltfreundliche Produktionstechniken, grundsätzliche Innovationen und Erschließung umweltfreundlicher Energiequellen auftun. Freilich darf man sich nicht darüber täuschen, daß eine solche Entwicklung ihre Zeit braucht; so gewiß sie bei rechtzeitigem Beginn die gegenwärtige Zuspitzung der Krise verhindert hätte, so ungewiß ist, ob das derzeitig uns zur Verfügung stehende währungspolitische und marktwirtschaftliche Instrumentarium ausreicht. Über die Notwendigkeit, die oben angedeuteten Schritte zur Entwicklung einer freien Wirtschaft mit organischem Wachstum raschestens in die Wege zu leiten, besteht kein Zweifel.

Berichte

»Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus«

Bericht über die Tagung des *Seminars für freiheitliche Ordnung* in der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 6. bis 8. Januar 1978

Die Tagung wurde eingeleitet von *Dr. Heinz Hartmut Vogel,* Bad Boll, mit dem Thema: »*Politische und weltanschauliche Überzeugung und geistige Freiheit in unserem Lande*«.

Dr. Vogels Grundthese: Die Wurzel des Extremismus und Terrorismus unserer Tage ist vor allem in der Verhinderung des geistigen Wettbwerbs auf dessen ureigenstem Gebiet, der Schule und der Hochschule zu suchen – wiewohl unsere Verfassung doch in ihren Grundrechtsartikeln gerade die Würde des Menschen, die Freiheit und Selbstbestimmung der Person, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichberechtigung unterschiedlicher religiöser, weltanschaulicher und wissenschaftlicher Auffassungen, Überzeugungen und Richtungen, sowie die Freiheit von Forschung und Lehre und überdies das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ganz ausdrücklich als *die* Grundlage unserer Bundesrepublik Deutschland erklärt und als unveräußerliche, als »unantastbare«, von der staatlichen Gewalt« zu »achtende und zu schützende« Rechte sich verpflichtet hat. Dieser unser Verfassungsauftrag steht zu unserer Verfassungswirklichkeit, soweit die Bildungspolitik und -Praxis betroffen ist, in geradezu diametralem Widerspruch.

Ist unsere Gesellschaftsordnung derart, daß sie im Bereiche unseres Erziehungs- und Bildungswesens der Wahrheitssuche gegenüber offen ist? Offen zu neuen oder anderen als staatlich praktizierten Ideen und Erkenntnissen? Kommt die Vielfalt der wahrheitsuchenden Menschen in unserem Schul- und Bildungswesen zu ihrem Recht, zur Möglichkeit, sich auszuwirken?

Wenn der Satz richtig und ganz im Sinne der Grundrechtsartikel unseres Grundgesetzes ist, daß »der Mensch ein geistig-sittliches Wesen« ist, »darauf angelegt, in Selbstbewußtsein und Freiheit sich selbst zu bestimmen und sich in der Umwelt auszuwirken« – ist ihm dann auch in unserer tatsächlichen Gesellschaftsordnung und vor allem in unserem Bildungswesen die Möglichkeit zu solcher Entfaltung gegeben?

Ganz offensichtlich ist dies nicht der Fall. Und unser Grundgesetz selbst hat hierzu die Handhabe geliefert: Indem es in Artikel 7 »das gesamte Schulwesen« »unter die Aufsicht des Staates« gestellt und außerdem dem »öffentlichen« Schulwesen den Vorrang vor »privaten« Schulen eingeräumt hat, hat es den Ländern und ihrer Ministerialbürokratie und den parteipolitischen Instanzen, die diese wiederum bestimmen, ein solches Übergewicht über die wahren bildungsmäßigen, pädagogischen, geistigen Bedürfnisse und Belange der Menschen und der heranwachsenden Generationen gegeben, daß diese mit eben diesen Bedürfnissen und Notwendigkeiten hoffnungslos zu kurz kommen. Zumal auch noch in Artikel 20 GG festgelegt ist, daß die Bundesrepublik Deutschland

ein »demokratischer« und »sozialer« Bundesstaat ist, woraus die politischen Parteien vielfach ein Recht zur Beschlußfassung durch einfache Mehrheit über bildungspolitische Fragen jeglicher Art ableiten, wodurch Minderheiten, die andere Auffassungen vertreten, praktisch vollkommen unterdrückt werden.

Diese parteipolitisch-weltanschaulich bestimmte staatliche Zentralverwaltungs-Schulpolitik läßt aber die Persönlichkeitskräfte der Eltern und ihrer Kinder, aber gerade auch die der Lehrer und Pädagogen nicht zu freier Entfaltung kommen. Dadurch aber wird den Jugendlichen die Möglichkeit zu freier, selbständiger Urteilsbildung und Wahrheitsfindung verbaut, ihr Freiheits- und Erkenntnisstreben wird behindert. Sie fühlen sich als Menschen frustriert. Und schließlich wendet sich ihre ganze Energie entweder nach außen gegen die Schule und die bestehende Gesellschaft und deren »Ordnung« oder nach innen gegen die eigene Natur. So werden Extremismus und Terrorismus einerseits und Resignation, ja Selbstmord andererseits unmittelbare Folgen unseres reglementierenden, programmierten, amtlich aufgezwungenen sogenannten Bildungswesens.

So verwandelt sich das – geistige – Bestreben jedes Menschen nach innerer Selbständigkeit und Freiheit und der dazu unvermeidliche, ja notwendige Ideen-Wettstreit in einen – mehr oder weniger politisch motivierten – Kampf gegen die Gesellschaft, die der geistigen Freiheit nicht den ihr gebührenden Raum gewährt. »Er richtet sich gegen einen Zentral-Verwaltungsstaat, der in seiner Verfassung sich zwar freiheitlich demokratisch nennt, in Wirklichkeit aber das geistige Feld, auf dem sich die Persönlichkeitskräfte im Wettstreit um die besseren Überzeugungen tummeln sollten, durch eine anonyme persönlichkeitsfeindliche Bürokratie besetzt hält«.

»Die zur Entfaltung drängenden Persönlichkeitskräfte finden nicht den ihnen gemäßen gesellschaftlichen Raum. Die Wettbewerbsordnung, die den unternehmerischen Kräften in der Wirtschaft die Entfaltungsmöglichkeit bietet, muß auf dem Gebiete der Bildung, der Kultur erst hergestellt werden. Wenn dies gelingt, dürfen wir hoffen, daß die im politischen Extremismus fehlgeleiteten Kräfte sich produktiv, in Übereinstimmung mit unserer freiheitlichen Grundordnung entfalten werden«.

II

Vortrag: »Rechtsbewußtsein und Terrorismus«

– Sozialgeschichtliche Betrachtungen zur Entwicklung extremistischen Verhaltens –

gehalten von Dr. Lothar Vogel

Wenn wir heute auf die Zeit um 1948 zurückblicken, so müssen wir feststellen, daß damals in einem Punkte ein großartiger Konsensus den ganzen freien Teil Deutschlands erfaßt hatte: ein Freiheitsethos (Golo Mann), das die neue urbane Demokratie überhaupt erst möglich gemacht hat. So konnte im Sommer 1948 von heute auf morgen nicht nur die Marktwirtschaft wiedererrichtet werden, wodurch in kürzester Zeit ungeheure Impulse frei wurden,

sondern auch das trotz einiger – allerdings gravierender – Mängel freiheitlichste Staatsgrundgesetz verabschiedet werden, das Deutschland bislang erlebt hat. Warum aber, das ist nun die Frage, hat die Kultur und das Bildungswesen nicht den gleichen Stellenwert in diesem Grundgesetz bekommen wie die Wirtschaft? Es ist tief deprimierend, dieses Zurückbleiben der Freiheit im kulturellen Bereich feststellen zu müssen. Dabei kann selbst die Wirtschaft im Grunde nur aus der Kultur ihre Impulse bekommen. Kultur heute – das aber ist fast reinster Absolutismus in Zentralstaaten geworden. Welch eine Verödung im Vergleich mit dem Wettstreit im Kulturellen in der Zeit des ausgehenden Absolutismus vor 1789! Ist das eventuell die Folge eines anthropologischen Auflösungsprozesses seit etwa 1850? Eine Folge des staatlichen Bildungszentralismus? Der technischen Zivilisation, die wiederum die Konsequenz der Aufklärung ist? Jedenfalls haben wir seit der Goethezeit anstelle der Geistesfreiheit und Geisteseinheit, die auf dem einheitlichen verbindlichen Menschenbilde des ausgehenden Mittelalters beruhte, eine bloße Pseudofreiheit durch die Wirtschaftsfreiheit gewonnen, die zwar eine technisch-zivilisatorische Einheitlichkeit über die halbe Erde brachte, der jedoch ein verbindliches Ethos vollkommen fehlt. Es gibt heute kein verbindliches Menschenbild mehr. Deshalb wird der Soziale Organismus ständig von allen Richtungen her in Frage gestellt, gefährdet. – Denken wir nur an die Abermillionen von Toten, die die beiden Weltkriege, der Bolschewismus, der Nationalsozialismus und der Maoismus gebracht haben. Wie war das nur möglich? Daher gilt es zu fragen, wie wieder eine tragende »Mitte« gewonnen werden kann. Wie zwischen dem reinen »kalten« Objektivismus (Etatismus, Reaktion, Hierarchie, Gewalt = immanente Gesetzlosigkeit, versteinerten Überlieferungen, ideologisch-verhaftete Staatsformen) einerseits und dem sich im bloß empfindenden Subjektivismus (Anarchie, »Emanzipation«, gewalttätiger Avantgardismus, individueller Extremismus) andererseits eine vom Menschen, von der Person, vom Ich her entwickelte Mitte entstehen kann: eine echte, verantwortete Rechtsordnung.

Erinnern wir uns: Bei Marcuse (»Der eindimensionale Mensch«) wird das Ich vollkommen negiert. B. F. Skinner kennt weder Freiheit noch Würde des Menschen – um nur diese beiden zu nennen. Dagegen fragt zum Beispiel Schelling vor über 150 Jahren: »Wie müßte eine Welt für ein moralisches Wesen beschaffen sein?« Und er antwortet: »Gebt dem Menschen das Bewußtsein, wer er ist – er wird dann auch bald lernen, zu sein, der er ist«.

Es bleibt festzustellen: nur im Christentum gibt es den autonomen, verantwortlichen Menschen. Christentum heißt: den Menschen in seiner Gottessohnesschaft zu bestätigen. Das ist die Konsequenz der Ich bin-Worte. Wenn wir aber fortfahren wie bisher, nur den einseitigen Intellekt zu pflegen und die Produkte des Intellekts; wenn wir nur das Materielle, Meß-, Wäg-, Zählbare begreifen – dann ist dies bereits Extremismus des puren »Denkens«, der unsere Jugend so vollkommen allein und »kalt« läßt und frustriert. Daraus entspringt dann einerseits der Extremismus des Fühlens, der bis zum Nihilismus führt, und andererseits der Extremismus des Wollens, der Terror eines Teils der so Frustrierten. Gleich ob von links oder rechts, vom Subjektivismus oder vom Objektivismus – die

vollkommene Rechtsentleerung ist die Folge des Extremismus.

Deshalb muß vor allem das Recht in den Mittelpunkt des Lebens gerückt werden und die Menschwerdung des Menschen, das ist die eigentliche Aufgabe des Menschen, durch ein vom Staate und seinen Fesseln befreites Bildungswesen ermöglicht werden. Nicht Ausbildung, nicht Beruf, nicht Geldverdienen, nicht Zins, Rente und Rendite sind der Zweck des Menschen – sie entfremden ihn immer nur noch mehr – sondern die Entfaltung jedes Einzelnen zum Menschen, zu sich selbst, zum verantwortlichen Ich.

III

Vortrag: »Freiheit und Befreiung«

gehalten von Professor Dr. Martin Kriele, Köln

Professor Krieles Grundposition: Die Freiheit und die Verwirklichung der Menschenrechte sind die Grundbedingungen der Humanität; gleiche Freiheit und gleiche Rechte für alle, die Menschenantlitz tragen! Nicht die Volkssouveränität, die »Souveränitätsdemokratie«, die auf dem Ideal der *Identität von Herrschenden und Beherrschten* beruht, wodurch mehr Identität zugleich aber auch mehr Freiheit bedeute, ist in der Lage, die Menschenrechte zu garantieren – ganz im Gegenteil, sie zerstört sie, weil sie niemand mehr verantwortlich ist und jenseits aller Gesetze und Rechte völlig willkürlich handeln kann und, nach aller weltgeschichtlichen Erfahrung, handelt –, sondern allein der demokratische Verfassungsstaat, in dem alle Souveränität (sprich: bindungslose, unkontrollierte Herrschaft) von Menschen *und Institutionen aufgehoben* ist und alle ausnahmslos der demokratischen Verfassung und den mit ihr im Einklang stehenden parlamentarischen Gesetzen unterworfen sind, vermag die Menschenrechte, die Gerechtigkeit für alle und damit die Freiheit aller und dadurch die Humanität herbeizuführen und zu garantieren.

Erst wenn sich die Überzeugung von der Richtigkeit dieser Auffassung ganz allgemein durchgesetzt haben wird, können wir hoffen, daß Frieden, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – wenigstens zunächst im Innern – tatsächlich eintreten und herrschen werden.

Vorerst sieht es freilich eher so aus, als stünde uns die Austragung des Konflikts zwischen Freiheit (der Freiheit aller durch die Etablierung und Sicherung der Menschenrechte) und Befreiung, gleich »Emanzipation« (Emanzipation aus gesellschaftlichen Zwängen und Herrschaftsverhältnissen, zu denen nicht nur die Institutionen des bloßen Staates, sondern letztlich vor allem auch die des demokratischen Verfassungsstaates gerechnet werden müssen) überhaupt erst richtig bevor. Wird unser freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat die Belastungsprobe bestehen, der er aller Wahrscheinlichkeit nach in zunehmendem Maße in naher Zukunft ausgesetzt sein wird?

Die Französische Revolution von 1789–94 hat *alle wesentlichen Grundmodelle* der Demokratie innerhalb weniger Jahre geradezu beispielhaft durchprobiert, denn die erste Revo-

lution von 1789, die den Verfassungsstaat errichtet hat und garantieren sollte (Bindung aller staatlichen Gewalt an die Verfassung, an das Recht; Dreiteilung der Gewalten, Regierung, Gesetzgebung, Rechtsprechung, wodurch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklicht werden sollten), wurde durch die zweite Revolution von 1792 überwältigt, indem deren Akteure sich um der Durchsetzung ihrer »Ideen« und Prinzipien willen über Verfassung und Recht erhoben und sich absolute Souveränität ohne jegliche Verantwortlichkeit dem Volke und der Idee der Menschenwürde gegenüber anmaßten.

Damit aber traten an die Stelle von Freiheit und Gleichheit aller der Terror und die Willkür derjenigen, die glaubten, alleine im Besitze der Wahrheit zu sein. An die Stelle der Rechte aller traten Ausnahme-»Gesetze«; die Freiheit aller wurde durch die absolute Herrschaft der »Wissenden« vernichtet, das heißt derjenigen, die in der Hypertrophie ihres Selbstbewußtseins den elitären Anspruch erheben, die wahren Interessen des Volkes besser zu kennen als dieses selbst; derjenigen, die den Rechtsstaat befreiungsfeindlich – in der Terminologie unserer Zeit »faschistisch« – nennen und ihre eigene Legitimität als »Gegengewalt« begründen; derjenigen, die alle Freiheiten – die doch die Voraussetzung der Wahrheitsfindung sind – ablehnen, denn was Wahrheit ist, definieren allein die »Befreier« selbst.

So wie sich schon Karl Marx gegen die Verfassung von 1791 ausgesprochen hat, weil darin noch die Glaubensfreiheit garantiert war; die geistigen Elemente aber dürften sich nicht »zügellos« bewegen; es komme vielmehr auf die Befreiung von der Religion an, auf die Beherrschung des Geistes, auf die Dogmatisierung des dialektischen Materialismus. Die »Befreiung« sei ein evolutionärer Zustand; alles was der Staat zu seiner Erhaltung tut, wird als »faschistisch« denunziert. Letztlich müsse es völlig überwunden werden ... Die Bedingungen der RAF sind endlos und daher unerfüllbar.

Was liegt diesem »Befreiungs«-Impuls zugrunde? Worin gründet dieses Mißtrauen in die Meinungsfreiheit? Warum werden die Menschenrechte uminterpretiert? Warum?

Die Würde des Menschen, allen Gesetzen vorausgesetzt, das christliche Ethos, die Verpflichtung gegenüber der Idee des Menschen, die Ehrfurcht vor dem Menschen als solchem sollen abgeschafft werden. Das europäische Freiheitsethos soll überwunden werden. Und noch die letzten Reste christlicher Überlieferung – so die »Menschenwürde« bei der Aufklärung – sollen verschwinden. Warum?

Der Begriff »Mensch« sei – so B. F. Skinner, der extremste der Verhaltensforscher – fälschlicherweise aufgewertet, der Mensch sei aber in Wirklichkeit auch nur ein Tier. Deshalb müsse er auf das reduziert werden, was er in Wahrheit sei: auf eben dieses Naturwesen Tier und dessen Bedürfnisstruktur und technischen Verstand und sonst nichts – damit er beherrscht werden kann!

Der »neue Mensch« – das ist letztlich das Ziel dieses absoluten Nihilismus.

Entfällt aber das Ethos der Menschenwürde, dann sind Auschwitz wie der Archipel Gulag, dann sind jede Art von Terrorismus »verständliche« Folgen.

Deshalb muß – unter allen Umständen – die Freiheit als Bedingung der Humanität erhalten werden.

IV
Vortrag:
»Die Entfremdung des Menschen – Hauptursache des Terrorismus«

gehalten von Fritz Penserot, Kirn

Wo sind die eigentlichen Ursachen des Terrorismus und – diesem vorausgehend – die wahren Ursachen des tiefen Unbehagens der jungen Generation an den bestehenden Verhältnissen zu suchen? Weder die zahllosen Schriften, zumal die aus der »linken« Ecke, noch die im vergangenen Spätherbst vor der CDU gehaltenen, zum Teil sicherlich ganz hervorragenden Reden über den Terrorismus und schon gar nicht das »Terrorismus«-Heft des Generalsekretärs der CDU, Heiner Geißler, geben eine wirklich befriedigende und zutreffende Erklärung für das Phänomen des Aufstandes der jungen Generation in den vergangenen fünfzehn Jahren, der ja erst die Voraussetzung des in den letzten Jahren zum Ausbruch gekommenen radikalen Terrorismus ist.

Wo also ist die eigentliche Ursache des Unbehagens der Jugend zu suchen? Die Jugend hat offensichtlich ihr Vertrauen in die Weisheit der Lenker unserer Geschicke in allen Lebensbereichen verloren. Mehr noch, sie hat sogar ihr – normalerweise jedem Kinde von Geburt an mitgegebenes – Vertrauen in die Welt selbst und deren Sinn verloren. *Deshalb* begehrt sie gegen diese Welt, gegen die in ihr errichteten »Ordnungen« und gegen deren Repräsentanten auf. Die Jugend begehrt auf gegen die Leistungsgesellschaft, in der sie keinen »menschlichen« Sinn erkennen kann; sie begehrt auf gegen autoritäre Strukturen aller Art; gegen die Technik und die daraus resultierenden Zwänge, Unerträglichkeiten, Naturzerstörungen und Menschenverachtung (Beispiel: zentrale Datenerfassung); vor allem aber auch begehrt sie auf gegen die von Technik, Großindustrie, Großkapital und staatlicher Bevormundung des Menschen auf allen Lebensgebieten (Sozialstaat, staatliches Bildungswesen mit »Berechtigungserteilungen« für spätere Lebens- und Sozialchancen) verursachte *Entfremdung* des Menschen von sich selbst, von seiner erahnten Bestimmung, von seiner Arbeit und von dem Produkt derselben; sie begehrt auf gegen das »Profitstreben« der »Kapitalisten« und der »Bourgeosie«, gegen die anonyme Macht der Politiker, Bürokraten, Funktionäre, besonders aber gegen die Schul- und Hochschulbürokratie mit Versetzungen, Normenbüchern. Numerus Clausus, Zulassungen – und späterer Aussicht auf Arbeitslosigkeit. Kurzum, sie begehrt auf gegen unsere heutigen Verhältnisse und Zwänge schlechthin und gegen die Macht all derer, von der sie irgendwie abhängig ist, von der sie fremdbestimmt wird, von der ihr ganzes weiteres Schicksal unter Umständen abhängt.

Alle Äußerungen des Unmuts gegen unsere Verhältnisse erscheinen trotz aller Plausibilität dennoch als nur vordergründiger Natur. In den meisten Fällen dürfte es sich nur um Symptome von dahinter liegenden Ursachen handeln. Wenn tausende von Studenten roten Fahnen nachlaufen, bzw. nachliefen – denn mittlerweile sind viele bereits eingeschüchtert und fürchten die Foto-Augen der Polizei (des »Polizeistaates«, wie auch sehr liberale Studenten schon sagen und auf eine Parallele zum Kotzebu-Mord und den Karlsbader Beschlüssen der Metternich-Ära hinweisen) –, so ist das lediglich Ausdruck ihrer Unruhe, ihres Protestes. Der *wahre Grundimpuls,* der sie zur

Aktion und zum Studium der Marx-Engels-Werke treibt, oder auch zur Resignation, ist *nicht* die Sehnsucht nach den darin verborgenen Erkenntnissen, sondern der wahre Grundimpuls ist eine ihnen *unbewußte Sehnsucht* nach Halt, nach Sicherheit, nach Orientierung, nach Erkenntnis, nach tragender, realer, echter Substanz, nach Erfahrung des Sinns dieser Welt, nach Überwindung der Entfremdung, in die sie unsere Zivilisation geworfen hat. Sie alle, die da protestieren, sind *Suchende;* sind junge Menschen auf der Suche nach wahrer, tragender Wirklichkeit, nach Humanität, Gerechtigkeit und Freiheit.

Und genau hier hat unsere Schule, unsere Hochschule, unsere Gesellschaft, haben unsere Kirchen, haben letztlich wir alle versagt. Wir haben unser christliches Erbe, die Offenbarungswahrheiten der Bibel, die unsere Welt ein Jahrtausend lang getragen haben, weder beibehalten, noch weiterentwickelt. Wir haben mit der Aufklärung »die Vernunft der christlichen Religion« (Hegel) beiseite geschoben und das – den Menschen mit der Welt verbindende – Denken als nur noch subjektiv erlebt. Der moderne Mensch erlebt sich nicht mehr als »Person« in dem Sinne, daß durch ihn das Geistig-Ursprüngliche sprechen könnte. Damit hat er auch das Freiheitserlebnis verloren. Er erlebt sich vielmehr als »Geworfen ins Nichts«. Hinzu kommen die »Erkenntnisse« von Marx und allen Materialisten, daß alles Wahre, Geistige, Wesentliche überhaupt nichts Reales sei, sondern Ideologie, »Überbau« des Materiellen, im Dienste der Interessen der herrschenden Klasse der Kapitalisten; hinzu kommt der Darwinismus, der Freudianismus, die Verhaltensforschung bis hin zu B. F. Skinner, für den Freiheit und Würde des Menschen bloße Schimären sind. Kurzum, unser ganzes Zeitalter ist dem Geistigen Feind und nur noch dem Fassbaren, Greifbaren, Machbaren, Praktischen zum Zwecke der Erhöhung der Annehmlichkeiten des Lebens, der »Lebensqualität« zugetan.

Und genau diese Grundhaltung wird den Kindern in den *staatlichen Schulen* durch ein Jahrzehnt hindurch – wenn vielleicht auch nicht absichtlich, so doch tatsächlich – beigebracht. Die Religion hat man aus den offiziellen staatlichen Schulen verbannt, die *materialistische Weltanschauung* ist in sie eingezogen. »Wahr« ist, was man wiegen, zählen, messen kann. »Wahr« ist, was wirkt, was zum Erfolg führt; was »real«, das heißt materiell ist. *Zweitens* hat man aus den staatlichen Schulen die Muße verbannt, die Voraussetzung für die Entfaltung des »inwendigen Menschen«. Unsere Schulen sind nur noch *Ausbildungsstätten für das praktische Leben,* von Bildung im eigentlichen Sinne kann gar keine Rede mehr sein. *Drittens* sind unsere staatlichen Schulen immer mehr reine *Leistungsschulen* geworden, wobei allein das Abfragbare und die Noten noch zählen. Liebendes Sich-selbst-versenken in selbstgestellte Aufgaben völlig zweckfreier Natur, ohne jeden Seitenblick auf zu erlangende Berechtigungen (Abitur, Noten, Numerus Clausus), ist geradezu verpönt worden. *Viertens* ist die *polytechnische »Erziehung«* bei uns immer weiter im Vordringen. Im Grunde ist hier der gleiche Materialismus und Intellektualismus am Werk wie drüben in der DDR. *Fünftens* kommen durch die Tatsache der Staatlichkeit unseres Schulwesens zwei Prinzipien in *Konflikt* miteinander, die aus der Natur der Sache heraus nicht miteinander vereinbar sind: *Staat und Pädagogik.* Der Staat will die

Gleichheit aller und die Gerechtigkeit – Pädagogik will die Entfaltung des je individuellen Menschen zu sich selbst. Das Verhältnis des Staates und seiner Organe zu den Menschen (Lehrern und Schülern) ist stets nur ein unpersönliches Rechtsverhältnis – das Verhältnis des Lehrers zum Schüler hingegen muß ein warmes persönliches Mensch-zu-Mensch-Verhältnis sein, wenn es Früchte tragen soll. *Sechstens* wirkt sich die Staatlichkeit unseres Schulwesens umso nachteiliger für das Kind aus, je mehr die *politischen Parteien* Einfluß darauf nehmen. Die Politiker, bzw. die jeweilige Mehrheit der Politiker bestimmen die Bildung des jungen Menschen, verbilden die Menschen nach jeweils *ihrem* Bilde, machen die zukünftigen Bürger zu »Bürgern für ihre Gesetze«, für ihren Staat, für ihre Leistungsgesellschaft. *Siebtens* macht das dem staatlichen Prinzip der Gleichheit entsprungene Noten- und Berechtigungswesen die Schüler im Laufe der Jahre *allergisch gegen Wissensaufnahme* überhaupt. Da diese zur Qual wird, reagieren die Kinder (nach dem Gesetz von den Pawlow'schen Hunden) nach ihrer Schulzeit wahrer Wissenschaft gegenüber desinteressiert oder gar ablehnend. *Achtens* werden die Kinder durch das Noten-, Versetzungs- und Berechtigungswesen zur *Lebenslüge* erzogen, weil es ja »nur« auf den Erfolg ankomme – die Sache selbst bleibt den Kindern völlig gleichgültig. Der Zweck lehrt die Kinder die Mittel heiligen. Und *neuntens* kann von einer Herstellung *von Chancengleichheit* in diesem System überhaupt *nicht die Rede* sein, weil gerade das nicht zur Entfaltung kommt, worum es der wahren Pädagogik geht: die Entfaltung der Individualitäten, der Sonderbegabungen, sodaß gerade die sensibelsten, begabtesten, originellsten jungen Menschen unter diesem Staatsschulsystem am meisten leiden.

Wundert es uns da noch, daß unsere Jugend einem Staate gegenüber, der ihr dies alles angetan hat, ablehnend gegenübersteht? Einem Staate gegenüber, der die Auffassungen gezüchtet hat, die nun gegen ihn zurückschlagen? Nicht die Marxisten sind die Urheber des tiefen Unbehagens in unserer Jugend, sondern dieses ist vor allem durch unsere Staatsschule selbst entstanden. Die Entfremdung ist das »legitime« Kind unserer eigenen wirtschaftlichen, vor allem aber staatlich-schulischen Verhältnisse.

V

Vortrag: »Streitbare Demokratie«

gehalten von Professor Dr. Hans Buchheim

Unsere Demokratie hat sich mit dem Grundgesetz vom Mai 1949 eine verfassungsmäßige Ordnung und zugleich eine freiheitlich-demokratische Grundordnung gegeben. Was aber ist das eigentliche *Konzept* unserer Verfassung? Nach Hegel ist das Christentum die Religion der Freiheit (und nicht nur nach Hegel). In der Antike galt das Handeln in Übereinstimmung mit der Gesellschaft als »sittliches Handeln«. Das Christentum hingegen stellt den Menschen frei von der Gesellschaft und lädt jedem Einzelnen die ganz persönliche Verantwortung für sein Tun auf. Und eben diese Freiheit muß in die »Ordnung« gebracht werden. Der moderne Verfassungsstaat erkennt daher das Person-sein und die Verantwortlichkeit der Person als das eigentliche und

einzige absolut verbindliche Grundprinzip und als die Grundlage der Gesamtordnung. Dieses Person-sein und die Verantwortlichkeit der Person – das ist *der* Grundwert unserer ganzen Lebensordnung.

Auch der Marxismus spricht von Demokratie, von freiheitlichem Zusammenleben – ohne jedoch objektiv verpflichtende Institutionen errichtet zu haben zum Schutze der Freiheitlichkeit der Menschen. Im Gegenteil, er betreibt den Abbau aller Institutionen, soweit er dazu in der Lage ist, in unserem Lande. Daraus ergibt sich die Frage: Beruht unser Grundgesetz noch auf dem Grundkonsens der Bevölkerung der Bundesrepublik? Buchheim ist in dieser Hinsicht durchaus optimistisch, wenngleich er die Möglichkeit des Mißbrauchs des Grundgesetzes nicht übersieht. Entscheidend ist der Grenzbereich: der Mißbrauch, ohne daß er gerichtlich nachweisbar ist. Die Angriffe gegen die Verfassung werden ja im politischen Bereich geführt.

Deshalb aber muß unsere Demokratie – zur Abwehr ihrer Unterminierung – politisch streitbar sein. Vergleiche hierzu vor allem Artikel 21, 2 GG. Freilich ist auch Art. 21,2 noch stumpf, weil bei politischen Parteien kaum noch nachweisbar ist, wie weit sie verfassungswidrig handeln wollen. Solange aber keine gerichtlichen Urteile vorliegen, kann die Regierung nichts gegen vermutete Verfassungswidrigkeiten unternehmen. Aktuell ist dieses Problem vor allem bei dem Radikalenerlaß geworden. Deutlicher als Art. 21,2 äußert sich das Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz: wer Beamter werden will, muß positiver zum Staat stehen als der normale Staatsbürger. Er muß die »Gewähr« für verfassungskonformes Handeln und Verhalten bieten. Freilich: wer vermag das sicher zu bestimmen. Hier kommt es also gewissermaßen auf die »Prognose« an.

Zum Terrorismus: Wesentlich ist, daß den Terroristen mit relativ kleinem Aufwand eine große Wirkung gelingt. Terror muß dabei nicht einmal unbedingt Gewaltanwendung sein, sondern schon Irritierung des sozialen Zusammenlebens verfehlt die Wirkung des Terrors nicht. Durch den Terror können Menschen in Gewissenssituationen, in Gewissenszwickmühlen kommen.

Das Entscheidende am Terror ist, daß Menschen von den Terroristen nicht mehr als Personen genommen und behandelt werden. Es ist die totale Pervertierung des sozialen, personalen Zusammenlebens. Damit wird auf die eigentliche politische Substanz des Staates gezielt – auf das Person-sein – als dessen unverzichtbare Grundlage.

Deshalb gilt es, das, was den Staat trägt, das Person-sein hervorzuheben, zu pflegen, sich dessen bewußt zu werden, politisch zu begreifen und in allen politischen Auseinandersetzungen und gesetzlichen Maßnahmen zuvörderst zu beachten.

* * *

N. B.

Entgegen der Vorankündigung war es Herrn Professor *Dr. Erwin Scheuch*, Köln, wegen Krankheit unmöglich, den von ihm vorgesehenen Vortrag »*Soziologische Beiträge zur Analyse des politischen Terrorismus*« zu halten.

Desgleichen mußte Herr *Hermann Schäfer*, Königswinter, seine Teilnahme an der Tagung wegen einer unerwartet notwendig gewordenen Dienstreise nach Iran absagen. Sein Referat: »*Assassinen des 20. Jahrhunderts*« wurde jedoch von Dr. Lothar Vogel vorgelesen und später in den Arbeitskreisen mitdiskutiert.

Vortrag:

Die Gefahr extremistischer Entwicklung durch Ideologisierung des Bewußtseins. – Ideologie und selbständige Wahrheitsfindung –

Zugleich eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse

gehalten von Dr. Ernst Winkler, München

»Luzifers Glanz stellt die eigentliche Gefahr der Verführung dar«. Winkler fragt zunächst: Was ist Ideologie? Es ist der Wahrheitsanspruch einer aus politischen oder materiellen Interessen vorgetäuschten Weltanschauung. Marx: alle Religion-, Rechtsverhältnisse, *alles Geistige ist nur Ausdruck materieller* Verhältnisse und Interessen in der Absicht, sie in den Rang seiner Ideen (geistiger Wesenheiten) zu erheben, während es in Wirklichkeit solche »Ideen« gar nicht gebe. Diese seien vielmehr der ideologische Überbau der materiellen Interessen der Herrschenden (Bourgeoisie). (Und auch diese Behauptung des Marx ist ebenfalls eine Ideologie.)

Winklers Forderung: das Denken muß in sich widerspruchsfrei sein; es muß sich in der Wirklichkeit bewähren«; es muß den Konsens der echten Wissenschaft finden. (Frage: was aber ist »echte Wissenschaft?«) Das Gegenteil von Ideologie ist mithin die objektive Wissenschaft, die offen, wunschfrei, wertfrei, rational sein muß. (Frage: »objektiv?«, »wertfrei?«). Freilich, *vor* der Wissenschaft steht die Thematik, wodurch wiederum irrationale Momente in die Wissenschaft hineinwirken können. *Umso wichtiger seien deshalb die Forderungen* der Bewährung (Verifikation oder Falsifikation) und des Konsensus.

Es folgt eine psychologische Analyse. Die vielerlei unterschiedliche Psychen der Terroristen sagen nichts über den politisch-ideologischen Ausgangspunkt *der Initiatoren des Aufstands. Woher* kommt der gnadenlose »Moralismus?« *(Schmidtchen) Ein Pubertäts- und Generationen-Problem?* Warum führt das Generationenproblem zur Krise? Die äußeren Autoritäten unterdrücken das Ich der erwachenden Persönlichkeiten. Je härter die Autoritäten, desto notwendiger der Zusammenschluß mit *Gleichgesinnten. Je Ich-schwächer der* Einzelne, desto wichtiger die Gruppe. Die Folge: das Bestehende muß weg! Zumal die ältere Generation sichtlich ihre eigenen Probleme nicht gelöst, sondern verdrängt und dadurch ein schlechtes Gewissen bekommen hat. *Dieses schlechte Gewissen, das bis zur* Heuchelei führt, wird angegriffen von der jungen Generation mit gutem Gewissen.

Die weitere psychologische Folge: Marx habe also recht, denn er steht ja gegen die Bourgeois-haftigkeit der älteren Generation *mit ihrem Kapitalismus.*

Wie kommt es zu dem ideologischen Kampf mit falschen Fronten, der DGB gegen den Kapitalismus aber für die Atomenergie (deren Entwicklung doch vor allem im Interesse des großen Kapitals liegt) und »die« Wirtschaft für die »Soziale Marktwirtschaft«, die aber den Kapitalismus noch keineswegs überwunden hat und insofern sehr unsozial ist. Die Jugend sieht darin eine ungeheure Heuchelei.

Zum inhaltlichen Teil der Ideologie der neuen Linken: das Ziel heißt Emanzipation, »Befreiung von den unbegriffenen und unkontrollierten Mächten der Gesellschaft« (Dutschke); von der Manipulation und Repression der Men-

schen durch die Herrschenden. Der Weg: Kampf gegen den »faschistischen« Staat (»faschistisch«, weil es der Staat der mächtigen Kapitalisten sei). Gegen die »repressive« Gewalt der Herrschenden wendet sich die »legitime« Gewalt der Beherrschten. Endziel: »der neue Mensch«. Die Wirkung aber: So berechtigt die Kritik an vielen Mängeln der Gesellschaft auch ist, hier wird das Kind, der Rechtsstaat, mit dem Bade ausgeschüttet. Die Gesellschaft und ihr Staat wehren sich gegen diese durch Terror und Kriminalität bewirkte Erschütterung des Systems – und sind, freilich, nunmehr dabei, das System noch reaktionärer zu gestalten, als es bislang schon gewesen ist.

Die *Tagungsleitung* lag in den kundigen Händen von *Jürgen Rauh*, Gießen. Die *Arbeitskreise* wurden geleitet von *Dr. H. H. Vogel, Dr. Ernst Winkler* und *Fritz Penserot*.

Der Vortrag von Fritz Penserot war ursprünglich nicht vorgesehen. Penserot sprang ein – wenn auch mit einem etwas anderen Thema – für Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, der kurz vor der Tagung krank geworden war. F. P.

* * * *

Dr. Ernst Winkler, München, sprach über »Die Interdependenz der Ordnungen von Kultur, Staat und Wirtschaft«. Zunächst erklärte er die Staatszentralordnung (Beispiele: Pharaonenstaat, Sowjetstaat); sehr stabile Zwangsordnung, in der von Freiheit der Menschen keine Rede sein kann. Eine freiheitliche Ordnung verträgt sich nicht mit zentral gelenkter Wirtschaft, noch mit zentral gesteuertem Kulturleben. Bei der Erklärung der tatsächlichen Ordnung der Bundesrepublik muß man vorab zwischen Verfassung und Verfassungsauftrag einerseits und Verfassungswirklichkeit andererseits unterscheiden. Der Grundrechtskatalog bestimmt eindeutig die Persönlichkeitsrechte aller Einzelpersonen; die Menschenrechte werden gewährleistet durch die Gewaltenteilung. Aber Art. 20 GG erklärt auch, daß die Bundesrepublik Deutschland ein »demokratischer und sozialer Bundesstaat« ist. Und Art. 7 GG unterstellt das gesamte Bildungswesen der Aufsicht des Staates, bzw. der Länder. Dies ist ein eindeutiger Stilbruch in unserer Verfassung. Auch die Artikel 14 und 15 sind in sich widersprüchlich: das Eigentum und das Erbrecht sind gewährleistet, sie können zugleich aber auch zum Wohle der Allgemeinheit enteignet werden. Grund und Boden sind Privateigentum, können aber in Gemeineigentum überführt werden. Damit wird die Problematik des Eigentumsbegriffes deutlich: es stützt die Freiheit – der Eigentümer – und es schränkt die Freiheit der Nichteigentümer ein. Deshalb müßte der funktionale Inhalt des Eigentums neu definiert werden. Und zur Verfassungswirklichkeit: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«. (Art. 2 GG) Wie aber sieht es faktisch damit aus? Es ist heute praktisch gar nicht realisierbar. In der Wirtschaft bestimmt das Kapital weitgehend über die Industrie, die Meinungen, die Menschen, weil Kapital praktisch nicht allen zugänglich ist, sondern denen immer mehr zufließt, die es bereits besitzen. Der Lobbyismus der Verbände höhlt die Absicht des Staates aus, nur dem Rechte zur Geltung zu verhelfen. Andererseits kommt durch Art. 20 GG (das »Sozialstaatsgebot«) ein Demokratismus in das Wirtschaftsdenken, der alle Verantwort-

lichkeit und Initiative auszulöschen droht. Der Staat garantiert eben nicht mehr die Freiheit der Menschen, sondern er entmündigt sie (und demütigt sie dadurch noch obendrein). (Siehe »Gesundheitswesen«, »Bildungs«-wesen, »Sozial«staatswesen usw.) Die Menschenrechte sind ausgehöhlt worden zugunsten von Organisationsrechten, die Organisationen aber zum Schutze der Menschen werden zum Selbstzweck. Unsere Ordnung wird laufend in Richtung Verstaatlichung aller Lebensbereiche verändert. (Auch in der Wirtschaft, wie die Forderungen nach Investitionsmeldung, dann Investitionsgenehmigung und schließlich Investitionssteuerung und Investitionskontrolle zeigen.)

Wundert es dann noch jemand, daß man im »Parlament« lesen muß: »Die gesamtwirtschaftliche Planung ist eine verfassungsmäßige Möglichkeit und eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit«. Durch Einbau von immer mehr »Demokratisierung« in der Wirtschaft will man ganz offensichtlich die Freiheit in der Wirtschaft allmählich abschaffen – wiewohl gerade von Freiheit *für alle* in der Wirtschaft infolge unseres mangelhaften Geldwesens und unserer nur die Eigentümer begünstigenden Bodenordnung ohnehin gar keine Rede sein kann. Statt Freiheit für alle zu fordern, will man so die Freiheit ganz abschaffen. Kann man denn so borniert sein, daß man noch immer nichts aus den Zuständen im Osten gelernt hat? Zentralregierung, Zentralwirtschaftslenkung, Zentralbildungswesen – und Diktatur, Mangel und Ausbeutung, Erziehung der Menschen zu »Bürgern für die Gesetze«. Von Freiheit aber kann nirgend mehr die Rede sein.

Zur Bildungs- und Kultur-Freiheit: Hierüber ist an anderer Stelle soviel gesagt worden, daß sich eine Erörterung hier erübrigt. Nur soviel möchte man unseren Kultusministern zurufen: Geben Sie Gedankenfreiheit. Geben Sie das Schulwesen frei und schaffen Sie das Berechtigungswesen ab. Nur der Ideenwettstreit kann uns vor der sich ankündigenden Sklerotisierung der »Bildung« noch bewahren.

Fritz Penserot

Ankündigungen

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

Einladung

zur 2. Jahresveranstaltung 1978
des *Seminars für freiheitliche Ordnung*
in Verbindung mit der *Landeszentrale für politische Bildung*
(Fachreferat Erwachsenenbildung) Stuttgart

Beginn:	Freitag, den 31. März 1978 um 17.00 Uhr
Ende:	Sonntag, den 2. April 1978 um 16.00 Uhr
Tagungsort:	Hotel Höhenblick, 7341 Mühlhausen/Schwäbische Alb (Autobahnausfahrt Mühlhausen) Tel. 07335/5066/7
Rahmenthema:	*Zentralismus oder Föderalismus im europäischen Bildungswesen*
Tagungsleiter:	Jürgen Rauh, Gießen

Tagesordnung

Freitag, den 31. 3. 1978

17.00 Uhr	Anreise, Begrüßung	Dr. med. H. H. Vogel Bad Boll/Eckwälden
17.30 Uhr	Zur gegenwärtigen Situation der europäischen Einigungsbestrebungen	Thomas Beck, Kirchheim/Teck
18.30 Uhr	Abendessen	
20.00 bis 21.15 Uhr	Freie Hochschulen im europäischen Bildungswesen am Beispiel England – USA	Hans Joachim Maître Chefredakteur, Hamburg

Samstag, den 1. 4. 1978

9.00 bis 10.15 Uhr	Europäische Zusammenarbeit im Bildungswesen	Dr. jur. Michael Vorbeck, Ministerialrat, Sekretär des Hochschulausschusses des Europarates in Straßburg
10.30 bis 11.00 Uhr	Plenum	
12.30 Uhr	Mittagessen	
14.30 Uhr	Kaffee	

15.00 bis 16.15 Uhr	Dirigistische oder autonome Organisation der Schule in Europa	Giselher Hauptmann Realschuldirektor a. D. Esslingen
16.30 bis 17.00 Uhr	Plenum	
17.00 bis 18.30 Uhr	Gruppenarbeit	
18.30 Uhr	Abendessen	
20.00 bis 21.30 Uhr	Zur Geschichte der Universität in Europa	Dr. med. Lothar Vogel Bad Boll

Sonntag, den 2. 4. 1978

9.00 bis 10.15 Uhr	Das Bildungswesen in Europa unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten	Jürgen Rauh, Jurist Gießen
10.15 bis 10.45 Uhr	Plenum	
11.00 bis 12.30 Uhr	Gruppenarbeit	
12.30 Uhr	Mittagessen – anschließend Kaffee	
14.00 bis 15.30 Uhr	Zusammenfassung der Ergebnisse – Berichte der Arbeitsgruppen	
15.30 bis 16.00 Uhr	Anschließende Plenumsdiskussion	
	Abreise	– Änderungen vorbehalten –

Die europäische Einigung ist nur scheinbar ein Problem des gemeinsamen Marktes. Die weitaus größeren Schwierigkeiten für eine Einigung liegen in der kulturellen Eigenart und der nationalen Geschichte der europäischen Völker. Die Erhaltung der kulturellen Mannigfaltigkeit in einem geeinten Europa wird damit zu einer ordnungspolitischen Frage ersten Ranges, von deren Klärung die nächsten politischen Schritte abhängen.

Das in besonderen Traditionen verankerte unterschiedliche Bildungswesen der europäischen Länder darf in einem geeinten Europa nicht angetastet werden. Demgegenüber besteht die Frage nach der Freizügigkeit beim Übergang von einem Land in das andere, die mit der gegenseitigen Anerkennung der Schul- und Hochschulabschlüsse mit der Niederlassungsfreiheit und der freien Arbeitsplatzwahl zusammenhängt.

Wegen der grundlegenden Bedeutung der Alternative: europäischer Bildungszentralismus- oder Föderalismus widmet das Seminar für freiheitliche Ordnung in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg diesem Thema eine besondere Tagung. – Wir laden Sie zur Teilnahme ein –

* * * *

Der Tagungsbeitrag beträgt DM 30.–. Kosten für Unterkunft und Verpflegung sind an das Hotel zu zahlen. Zuschuß ist im Bedarfsfalle – auf Antrag – möglich. Wir bitten um vorherige Anfrage. Für Studenten, Lehrlinge und Schüler ist die Unterkunft und Verpflegung frei.

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wären wir für recht baldige *verbindliche Anmeldung* dankbar: An das Seminar für freiheitliche Ordnung, Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Bad Boll. (Bitte beachten: Die Geschäftsleitung des Hotels teilt uns mit, daß für jede kurzfristige Absage, das heißt für Absagen nach dem 28. 3. 1978 20% des Gesamtbetrages der Teilnehmer- und Pensionskosten als Entschädigung vom Angemeldeten zu sahlen sind.

Mit freundlichen Grüßen
SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG

(Dr. med. H. H. Vogel)

* * * *

Bitte beachten Sie den voraussichtlichen Veranstaltungskalender bis Herbst 1978

26. Mai – 28. Mai 1978 – Politische Akademie Eichholz, Wesseling/Bonn – Wirtschaftskrisen und ihre Überwindung – Das Problem der Vollbeschäftigung – Zur Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit.

13. Juli – 24. Juli 1978 – Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes Herrsching/Ammersee – Die Gesamtverantwortung des Menschen –

a) Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –
b) als Bildungsinhalt und Bildungsziel. – Der Zusammenhang zwischen Kulturwissenschaft und Sozialanthropologie: Der Beitrag der Ökonomie, Arbeits- und Berufserziehung, Soziologie, Politik, Recht, Pädagogik, Literatur, Wissenschaftslehre (Philosophie), Ästhetik u. a.

September/Oktober 1978 – Politische Akademie Eichholz, Wesseling/Bonn
– Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus –

November 1978 – Ein Systemvergleich im Bildungswesen in beiden deutschen Staaten

Außerdem werden vom Seminar für freiheitliche Ordnung Schüler – Studenten – Seminare jeweils am schulfreien, zweiten Wochenende eines jeden Monats im Kreis Göppingen (Tagungsort: »Hotel zur Post« 7346 Wiesensteig i. T.) durchgeführt. *Nächste Termine:* 10./12. März, 7./9. April, 19./21. Mai, 9./11. Juni 1978

Bitte fordern Sie Programme an beim SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG, Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Telefon 07164/2572

56./57. Tagung

Für 1978 sind die Sommerveranstaltungen des Seminars für freiheitliche Ordnung

für die Zeit *vom 14. bis 19. Juli*

und

vom 21. bis 25. Juli

wieder in der Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes *im Herrsching am Ammersee vorgesehen.*

Seminar I vom 14. bis 17. Juli

Arbeitsthema:

Die Verantwortung des Menschen
– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –

Seminar II vom 18. bis 24. Juli

Arbeitsthema:

Die Verantwortung des Menschen als Bildungsinhalt und Bildungsziel

– Der Beitrag der Ökonomie, Arbeits- und Berufserziehung, Soziologie, Politik, Recht, Pädagogik, Medizin, Literatur, Wissenschaftslehre (Philosophie), Ästhetik u. a.

Bitte merken Sie die Termine schon jetzt vor und machen Sie auch Ihre Freunde auf die Tagungen aufmerksam. Bitte fordern Sie rechtzeitig das jeweilige Programm an. Wegen Begrenzung der Teilnehmerzahl wird frühzeitige Anmeldung empfohlen.

Studienkreis für freiheitliche Ordnung
Nußbaumweg 1 CH 8353 Elgg

veranstaltet ein

Wochenende im Evangelischen Tagungs- und Studienzentrum »Boldern« CH 8708 Männedorf (Schweiz)

15./16. April 1978, Beginn Samstag 14 Uhr
Ende Sonntag ca. 16 Uhr

Thema: *»Wesen und Grenzen der Demokratie«*

Referenten: P. *Schürmann,* Handelshochschule St. Gallen
Dr. Rudolf *Kugler,* Stadtrat, Zug
Dr. Andreas *Melchior,* Stadtpräsident, Chur
Hanspeter *Luder,* Arbeitsgemeinschaft demokratischer Systemgestaltung
Daniel *Wiener,* Redaktor »Leserzeitung«

Auskünfte, Programme und Anmeldung beim Sekretariat: Studienkreis für freiheitliche Ordnung, CH 9658 Wildhaus, Telefon 074/52415

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Herbert Hensel,	Prof. Dr. med., Direktor des Physiologischen Institutes der Universität Marburg
Gert von Kortzfleisch	Prof. Dr. rer. nat., Mitglied des Club of Rome, Universität Mannheim
Ulrich Müller	Referent für Grundsatzfragen, Staatsministerium Stuttgart
Fritz Penserot	Kirn/Nahe, Dhaunerstraße
Heinz Hartmut Vogel	Dr. med., Bad-Boll
Ernst Winkler	Dr. phil., Physiker und Mathematiker, Pullach/München, Mozartstraße 7

Vorankündigung für Heft 131/II 1978

Thema: *Die gesellschaftspolitischen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus*

Hans Buchheim	Streitbare Demokratie – Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Abwehr von verfassungswidrigen Aktivitäten
Martin Kriele	Freiheit und Befreiung
Hermann Schäfer	Assassinen des 20. Jahrhunderts
Heinz Hartmut Vogel	Politische und weltanschauliche Überzeugung – Freiheit und Toleranz –
Lothar Vogel	Rechtsbewußtsein und Terrorismus – Sozialgeschichtliche Betrachtungen zur Entwicklung extremistischen Verhaltens –
Ernst Winkler	Die Gefahr extremistischer Entwicklung durch Ideologisierung des Bewußtseins – Ideologie und selbständige Wahrheitsfindung –

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 30.–, sfr. 30.–, ö. S. 220.–
inclusive Versandkosten
Einzelhefte: DM 5.50, sfr. 5.50, ö. S. 37.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen

* Aus Werner Heisenberg, Atomphysiker und Nobelpreisträger: »Schritte über Grenzen«, Vortrag: »Naturbild Goethes und die technisch-naturwissenschaftliche Welt«, Verlag R. Piper, München 1971